



HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG, Frankfurt

---

Bertold Meyer  
unter Mitarbeit von Hannes Vorhofer

## **Aus der Traum?**

Das Scheitern des Nahost-Friedensprozesses  
und seine innenpolitischen Hintergründe

HSFK-Report 2/2001

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

## Zusammenfassung

Waren für das Scheitern des siebenjährigen Verhandlungsprozesses über ein friedliches Neben- oder gar Miteinander von Israelis und Palästinensern im Herbst 2000 der Besuch des damaligen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Jerusalemer Tempelberg und die darauf folgende Welle der Gewalt (*Al-Aqsa-Intifada*) verantwortlich? Oder sind beides, der provokative Besuch eines konservativen jüdischen Politikers mit 1000 Polizisten vor den muslimischen Heiligtümern genauso wie die sich Bahn brechende Gewalt nur deutliche Belege dafür, dass beide Konfliktparteien noch nicht „reif“ für den Frieden sind?

Der Report bemüht sich um eine Analyse der innenpolitischen Verhältnisse in Israel und bei den Palästinensern mit dem Ziel, herauszufinden, wie stark jene Kräfte sind, die einem friedlichen Ausgleich im Wege stehen. Zugleich will er dabei die von der Theorie des demokratischen Friedens vertretene Grundannahme, dass Demokratien gegeneinander keine Kriege führen, unter der Frage überprüfen, ob es bei den Beteiligten zuerst der Demokratie oder zuerst des Friedens bedarf, um eine solche Situation zu erreichen.

Die Auseinandersetzung mit der These vom demokratischen Frieden geschieht vor dem Hintergrund, dass Israel unter einer Reihe von Kriterien als eine Demokratie anzusehen ist und dass es das Ziel der in Oslo 1993 ausgehandelten Prinzipienklärung war, in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten, die der Autonomie zugeführt werden sollten, demokratische Strukturen zu errichten. Damit wäre in dem Moment, in dem der Staat Palästina hätte ausgerufen werden können, eine zweite Demokratie in der Nahost-Region entstanden.

Die nähere Betrachtung Israels zeigt eine Vielzahl von Spannungslinien, die verhindern, dass *eine* israelische Gesellschaft überhaupt entstehen kann, und die zugleich die demokratische Substanz dieses Staates gefährden. Zunächst verlaufen diese Linien zwischen der jüdischen Mehrheit und der Minderheit arabischer Israelis, denen nicht die vollen Bürgerrechte zuerkannt werden, dann zwischen den verschiedenen Gruppen der seit über 100 Jahren nach Israel eingewanderten Juden. Hierbei ist besonders wichtig die Spannung zwischen der vor allem aus Europa und Nordamerika stammenden aschkenasischen Elite und den später eingewanderten orientalischen (sephardischen) Juden, die meist schlechter gebildet und ärmer, vor allem aber in einem strengeren Sinne religiös sind. Allerdings ist diese Linie nicht ganz identisch mit der zwischen säkular orientierten Zionisten und (ultra)orthodoxen Juden. Während die erste Gruppe für einen Ausgleich mit den Palästinensern nach dem Konzept „Land für Frieden“ eintritt, weigern sich die streng Religiösen, die Gebiete des – gerade ihnen sehr – Heiligen Landes wieder zurückzugeben, die 1967 erobert und in denen inzwischen über 150 Siedlungen mit etwa 200.000 jüdischen Siedlern errichtet wurden. Eine besondere Gruppe bilden die seit dem Ende der Sowjetunion nach Israel eingewanderten „Russen“, die etwa ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung ausmachen, deren Aufnahme die Grenzen der Integrationsfähigkeit deutlich gemacht hat.

Die herkunftsmäßige und von ihrer religiösen Orientierung her geprägte Vielfalt der israelischen Gesellschaft spiegelt sich in einem zersplitterten Parteiensystem wider, in dem die großen alten Parteien, die sozialdemokratische Arbeiterpartei und der konservative

### III

Likud, seit 1999 nicht einmal zusammen eine strategische Mehrheit bilden können. Seitdem sie entweder auf die Zusammenarbeit mit den religiösen oder den arabischen Parteien angewiesen sind, hat die ohnehin nicht sehr große Stabilität des politischen Systems weiter abgenommen. Die religiösen Parteien sind aufgrund ihrer Kombination von Klientelismus und Überziehung der Macht als „Zünglein an der Waage“ sehr unzuverlässige Koalitionspartner, die die Handlungs- und Überlebensfähigkeit der jeweiligen Regierung beeinträchtigen.

Da seit Gründung Israels bestimmte Einrichtungen, die anderswo staatlicher Natur sind, dem Rabbinat übertragen wurden, z. B. alle personenstandsrechtlichen Angelegenheiten, wurde schon damals, erst recht aber nach der Besetzung der biblischen Landschaften „Judäa“ und „Samaria“ eine Tendenz zu einem überhöhten Einfluss religiöser Kräfte sichtbar. Diese stehen im Gegensatz zu demokratischen Prinzipien sowie der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und nichtjüdischen Minderheiten und behindern massiv alle Bemühungen um einen Ausgleich mit den Palästinensern.

Alle diese negativen Faktoren kulminierten während der kurzen Amtszeit des friedenswilligen Ministerpräsidenten Ehud Barak und sorgten dafür, dass er kurz vor dem wichtigen Gipfel von Camp David im Juli 2000 die Mehrheit im israelischen Parlament, der Knesset, verlor. Trotzdem versuchte er in Camp David, unterstützt vom amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, mit Palästinenserpräsident Yassir Arafat eine Übereinkunft über den Endstatus der Palästinensischen Autonomie herbeizuführen. Doch der Gipfel scheiterte an unüberbrückbaren Gegensätzen in den Fragen des endgültigen Zuschnitts Palästinas und seiner Hauptstadt in Ost-Jerusalem, sowie der Zukunft der jüdischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten und der Anerkennung des Rechts auf Rückkehr für die ehemaligen palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachfahren.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen führten Baraks Bemühungen um eine Mehrheit zu einem Zickzackkurs, zu dem es auch gehörte, dem Likudführer Scharon, um ihn politisch einzubinden, einen Besuch auf dem Tempelberg zu genehmigen. Nach der daraufhin sich ausbreitenden Gewaltwelle und den fehlgeschlagenen Versuchen, sie einzudämmen, nahm der Ministerpräsident, der es versäumt hatte, ein vernünftiges Arbeitsverhältnis zu den Repräsentanten der arabischen Minderheit zu entwickeln, Zuflucht zu vorgezogenen Wahlen, um sein friedenspolitisches Mandat zu erneuern. Dies endete am 7. Februar 2001 in einem Debakel für Barak und einem Desaster für den Friedensprozess. Insgesamt zeigt die Analyse der israelischen Seite, dass diese aufgrund ihrer internen Spannungen und des zunehmenden Einflusses radikal-religiöser Kräfte von einer Friedensfähigkeit weit entfernt ist.

Die palästinensische Gesellschaft ist kaum weniger zerklüftet, auch wenn sie bei allen Interessendivergenzen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen, alten Eliten und verbreiteter Armut, säkularen und religiösen Kräften, ein einigendes Band umfasst, der Wunsch nach einem eigenen Staat. Dieser Wunsch bezog sich nach der Gründung Israels 1948 und der dadurch eingeleiteten Teilung des alten Palästinas sowie nach der israelischen Eroberung der restlichen Gebiete im Sechs-Tage-Krieg von 1967 auf das ganze Land. Ab 1974 spalteten sich die Positionen in eine der gemäßigteren Kräfte innerhalb der PLO um Arafat, die einsahen, dass es notwendig sein würde, auf einen Teil

des Landes zu verzichten, um wenigstens auf dem anderen diesen Staat zu errichten, und solche, die bei der Absicht blieben, mit bewaffneter Gewalt das ganze Land zurückzuerobern.

Während der PLO-Vorsitzende durch seinen Kurswechsel internationale Reputation erfuhr und diesen deshalb auch in weiten Teilen der in der PLO organisierten Flüchtlinge mit der Hoffnung auf internationale Unterstützung festigen konnte, nahm unter denjenigen, die in den besetzten Gebieten lebten und vor allem im Gazastreifen unter elenden Verhältnissen hausen mussten, die Ungeduld über Arafats Politik zu. Dort bildeten sich Ende der achtziger Jahre im Umfeld der Muslimbruderschaft die islamistische Befreiungsbewegungen Jihad und Hamas, die nun versuchten, mit gewaltsamen Mitteln die israelische Herrschaft „abzuschütteln“ (so die deutsche Übersetzung für *Intifada*) und auch den israelischen Staat ganz zu beseitigen. Aus dieser Position heraus wurden die Islamisten auch zu Gegnern Arafats und seiner – aus dieser Sicht – Appeasementpolitik.

Als Arafat infolge der Autonomievereinbarungen zum Vorsitzenden der Autonomiebehörde (*Ra'is*) wurde, machte Israel die Rückgabe von Territorien an die Palästinenser davon abhängig, dass Arafat gegen alle diejenigen, die mit einem religiösen oder säkularen Hintergrund gewaltsam gegen Israel vorgingen, mit aller Härte durchgreifen würde. In diesem Zusammenhang konnte der Ra'is einen umfangreichen Polizeiapparat aufbauen, den er freilich nicht nur gegen die Friedensfeinde einsetzte, sondern auch zur Festigung seiner Macht gebrauchte. Zwar war im Januar 1996 aus einigermaßen fairen Wahlen ein 88-köpfiger Autonomierat hervorgegangen, aber Arafat, der bei denselben Wahlen zum Ra'is gewählt worden war, betrachtet den Rat eher als Bestätigungs- denn als Legislativorgan. Er verhindert bisher auch die längst fälligen Neuwahlen und begründet dies damit, dass dieser Akt erst nach der Ausrufung des Staates Palästina erfolgen solle. Polizeistaatliche Methoden, die Vermischung von Legislativ- und Exekutivfunktionen, mangelnde Rechtssicherheit und ein beachtliches Maß an Vetternwirtschaft derjenigen, die mit Arafat lange Zeit im Exil gelebt haben, sind die Hauptkennzeichen dafür, dass man in den Autonomiegebieten noch nicht von einer Demokratie sprechen kann, obwohl es auf lokaler und berufsständischer Ebene schon aus der Zeit vor der Autonomie eine Vielzahl von demokratischen Ansätzen gibt.

Die Zuspitzung der israelisch-palästinensischen Beziehungen seit dem Herbst 2000 kann gleichermaßen der Schwächung der Demokratie in Israel wie dem Noch-nicht-vorhandensein einer ausgereiften Demokratie in den Autonomiegebieten zugeschrieben werden. Diese erste Diagnose erlaubt daher noch keine eindeutige Aussage darüber, ob Demokratie die Voraussetzung für Frieden ist. Allerdings gibt es auch keine Anzeichen dafür, dass sich nach einer Friedensvereinbarung zwischen beiden Seiten die Qualität der beiden Demokratien deutlich verbessern würde. Vielmehr wären in Palästina gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Arafats Polizei und der Hamas zu erwarten, wobei die Sicherheitskräfte – um eine erneute Abriegelung zu verhindern – alles daran setzen müssten, ein Ausgreifen nach Israel und Anschläge auf israelische Bürger zu unterbinden. Aber auch in Israel müsste mit einer innerjüdischen Zerreißprobe zwischen säkularen und religiösen Kräften gerechnet werden, die gewaltsame Formen einschließt.

In einem weiteren Schritt untersucht der Report die Wechselbeziehungen, die sich aus den innergesellschaftlichen Verhältnissen ergeben. Dabei zeigt sich, dass die von den Vermittlern in Oslo angestrebte Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien nicht zustande kam. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es zu keiner wechselseitigen Anerkennung als existenzberechtigte Partner kam. Hierfür sind auf israelischer Seite diejenigen verantwortlich, die aus religiösen oder strategischen Gründen eine vollständige Rückgabe von Land gegen Frieden ablehnen, und auf palästinensischer Seite diejenigen, die – ebenfalls mit einer religiösen Argumentation – den Staat Israel nicht akzeptieren wollen.

Die asymmetrische Struktur des Konfliktes fand in der Formel für seine Beilegung einen Ausdruck, der sich für die Vertrauensbildung denkbar schlecht eignete: „Land gegen Frieden“ bedeutete auf der einen Seite, dass Israel exakt bemessbar etwas abgeben musste, von dem es sich nur ungern trennen wollte, und für das es sich lediglich ein Versprechen einhandelte, dessen Dauerhaftigkeit bis zum Beweis des Gegenteils fragwürdig blieb. Dies erklärt das israelische Bedürfnis, sich so lange wie möglich Faustpfänder zurückzuhalten. Dieses Verhalten verursacht auf der anderen Seite aber die Enttäuschung und das fehlende Vertrauen der Palästinenser in die Vertragstreue der Israelis.

In der ersten Euphorie nach dem Abkommen von 1993, aber auch danach, als die erste Intifada nicht schlagartig endete und Verzögerungen der Rückgabe von Landflächen schon an der Tagesordnung waren, haben es die Politiker beider Seiten versäumt, ihre Bürger darauf vorzubereiten, dass der vor ihnen liegende Weg zu einem friedlichen Neben- oder gar Miteinander sehr schwierig, voller Hindernisse und Rückschläge sein würde, dass sie dies aber nicht an der Zielsetzung irre werden lassen dürfe. Dadurch gelang es nicht, den schon auf der Ebene der Politiker schwierigen Vertrauensbildungsprozess auf die Ebene der Bürger mit ihren Alltagsängsten und -nöten zu transponieren. Doch Anerkennung und Vertrauensbildung muss in einer Situation, in der zwei einander mit äußerstem Argwohn begegnende Gesellschaften so dicht beieinander leben und letztlich darauf angewiesen sind, Nachbarn zu bleiben, auf dieser Ebene Platz greifen, wenn die Friedensbemühungen nicht insgesamt scheitern sollen.

\*\*\*

In der gegenwärtigen prekären Lage kann Hoffnung auf Besserung nur von jenen vermittelt werden, die aus der Mitte der jüdisch-israelischen oder der palästinensischen Gesellschaft heraus Anstöße zum innenpolitischen Umdenken geben. Ein Beispiel hierfür, das über die Grenzen Israels hinaus zur Kenntnis genommen werden sollte, ist der im Mai 2001 vom israelischen Co-Direktor des binationalen Peace Research Institute in the Middle East (PRIME), Professor Dan Bar-On, verfasste Aufsatz „Es wird Zeit, sich zu entscheiden“. Er enthält unseres Erachtens wichtige Anstöße für eine Neudefinition der politischen Ziele des Zionismus. Wir präsentieren ihn daher im Anhang dieses Reports in einer deutschen Übersetzung.

## Inhaltsverzeichnis

1.	Israelis und Palästinenser – nicht „reif“ für den Frieden“	1
2.	Israel und die Israelis – ein Einwandererstaat mit einer zerrissenen Gesellschaft	6
2.1	Einwanderung und innergesellschaftliche Polarisierung	6
2.2	Säkularer Zionismus versus (ultra-)orthodoxes Judentum	12
2.3	Wahlrecht, Parteiensystem und Koalitionswänge – die programmierte Instabilität	17
2.4	Koalitionspolitische Gründe für das Scheitern Baraks	21
2.5	Zwischenfazit: Schalom – mehr als ein Grußwort?	33
3.	Die Palästinenser und Palästina – Flüchtlinge und Eingesessene kämpfen für einen eigenen Staat	38
3.1	Die PLO – primär eine säkulare Interessenvertretung der Flüchtlinge	40
3.2	Jihad, Hamas und der islamische Widerstand in den besetzten Gebieten	42
3.3	Die palästinensische Demokratie und der Ra'is	45
3.4	Arafat, das Scheitern von Camp David und die Al-Aqsa-Intifada	52
3.5	Zwischenfazit: Zivilgesellschaft und Polizeistaat ohne eigenes Territorium	56
4.	Das Grunddefizit – Anerkennung und Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien	59
Anhang		
	Dan Bar-On „Es wird Zeit, sich zu entscheiden“	66

## 1. Israelis und Palästinenser – nicht „reif“ für den Frieden?

Als nach sieben Jahren, in denen zwischen Vertretern Israels und der PLO bzw. der Palästinensischen Autonomiebehörde mit wechselndem, aber zeitweilig durchaus sichtbarem Erfolg über ein friedliches Neben- oder sogar Miteinander verhandelt worden war, Ende September 2000 erneut und mit unerwarteter Härte und Dauer Gewalt ausbrach, hieß es in manchen Kommentaren, weder Israelis noch Palästinenser seien „reif“ für den Frieden. Eine solche Einschätzung entspricht einem Politik-, Gesellschafts- und Friedensverständnis, demzufolge unter allen Herrschaftsformen die „reife“<sup>1</sup> Demokratie am ehesten friedensstauglich sei.

Ob das dahinter stehende Konzept des „demokratischen Friedens“ zur Analyse des Nahost-Konfliktes und seiner Bewältigung taugt, erscheint auf den ersten Blick zweifelhaft, denn für keine der beiden Hauptvarianten dieser Theorie, nämlich dass (A) demokratische Staaten grundsätzlich friedlicher seien als Nicht-Demokratien, bzw. (B) Demokratien zumindest untereinander Konflikte eher mit friedlichen Mitteln zu bearbeiten versuchen als mit Gewalt, scheinen dort die Voraussetzungen gegeben zu sein. Zu A: Zwar wird Israel gern als die einzige Demokratie im Nahen Osten bezeichnet, aber es hat in den ersten 50 Jahren seit seiner Gründung immer wieder mit seinen Nachbarn Kriege geführt und dabei mehr als einmal als erstes zu den Waffen gegriffen. Diese Variante könnte also bestenfalls dann auf Israel zutreffen, wenn es sich gegen die angrenzenden Nicht-Demokratien stets nur – gegebenenfalls präemptiv – verteidigt hätte. Dies soll hier jedoch nicht vertieft werden. Zu B: Da unter der These von der eher friedlichen Konfliktregelung zwischen Demokratien bisher nur zwischenstaatliche Beziehungen untersucht wurden, jedoch nicht das Verhältnis zwischen einem Staat und dem von ihm besetzten Gebiet und den darin lebenden Menschen, stellt sich die Frage, ob sich die israelisch-palästinensischen Beziehungen überhaupt darunter fassen lassen. Wenn im folgenden nach der Bedeutung innenpolitischer Faktoren für das Scheitern des Oslo-Friedensprozesses unter Bezug auf die Variante (B) gefragt wird, dann geschieht dies, weil die 1993 in Oslo zwischen Israelis und Palästinensern ausgehandelten Vereinbarungen auf die Förderung der Demokratie in den von Palästinensern bewohnten Gebieten und auf Anerkennung und Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien zielten.

Alle drei Aspekte werden in dem grundlegenden Dokument, der „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ zusammen gesehen, wenn auch nicht in einem Satz-zusammenhang genannt. In deren Präambel bekennen sich beide Seiten zur Zielsetzung der „historischen Versöhnung“. Diese ist nur unter Beteiligung der Gesellschaften möglich, denn der Wandel vom Hass zur Versöhnung bleibt auf der Ebene der „Staatsmänner“ auf Deklarationen beschränkt, wenn er nicht von einem Prozess der Anerkennung und Vertrauensbildung zwischen den Angehörigen der betroffenen Völker begleitet wird. Zu Recht sagt Avi Primor, der langjährige Botschafter Israels in Deutschland: „Solange die Palästinenser keine Existenz in Würde finden, wird es im Nahen Osten keinen Frieden geben, auf jeden Fall keinen echten, dauerhaften Frieden.“<sup>2</sup> Erst eine Anerkennung des Anderen als vollwertig und gleichberechtigt ermöglicht diesem eine Existenz in Würde. Anerkannt wurde von Seiten der PLO zwar das

---

1 Der Begriff „reife, entwickelte“ Demokratie wird in der Demokratisierungsforschung dem der „jungen, noch nicht konsolidierten“ gegenübergestellt, vgl. Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Puhle, Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Opladen-Wiesbaden 1999, S. 167.

2 Zitiert nach Reinhard Mutz, Bruno Schoch und Ulrich Ratsch, Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: dies. (Hg.), Friedensgutachten 2001, Münster-Hamburg-London 2001, S. 5.

Existenzrecht Israels, von diesem aber nur das Recht der PLO, für die Palästinenser zu sprechen, nicht jedoch der Anspruch der Palästinenser auf einen eigenen Staat. Anerkennung ist eine zentrale Voraussetzung für Vertrauensbildung. Die Entstehung von Vertrauen – verstanden in dem Sinne, dass die eine Seite den Zusicherungen der anderen glaubt, hier vor allem, von Gewalt abzulassen oder Landflächen zu übertragen, und darin auch nicht enttäuscht wird – vollzieht sich oder unterbleibt gleichermaßen auf der politischen wie auf der gesellschaftlichen und damit der individuellen Ebene. Sie kann insofern als die Variable (und der Erfolgsmesser) zwischen den Extrempositionen Hass und Gewalt auf der einen, Versöhnung und Frieden auf der anderen Seite gesehen werden. Vertrauensbildung ist, damit die Gesellschaften in den Prozess einbezogen werden können, ohne demokratische politische Partizipation nicht möglich, mit ihr allerdings auch stets dem Risiko von Rückschlägen, ja des völligen Scheiterns ausgesetzt.

Da es in der Prinzipienklärung von 1993 um die Errichtung einer Selbstverwaltung des palästinensischen Volkes geht, steht in ihr die Bildung demokratischer Strukturen an vorderster Stelle. Hierbei nimmt die demokratische Wahl einer Parlamentarischen Versammlung unter der Bezeichnung „Rat“ einen zentralen Platz ein. Obwohl die Bestimmungen nur für eine Übergangszeit gelten sollten, richtete sich ihr Ziel, dem palästinensischen Volk im Westjordanland und im Gazastreifen zu ermöglichen, sich „nach demokratischen Prinzipien selbst (zu) regieren“,<sup>3</sup> zweifellos auch auf die Zeit danach. Zwar bestand keine Einigung zwischen den Verhandlungspartnern darüber, ob am Ende dieser Übergangszeit ein selbständiger Staat Palästina mit allen Attributen der Souveränität ausgerufen werden sollte. Doch unbeschadet davon, zu welchem „dauerhaften Status“ die späteren Verhandlungen geführt hätten, denen alle strittigen Fragen zugewiesen wurden, ging es um die „Verwirklichung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seiner gerechtfertigten Bedürfnisse“,<sup>4</sup> was im Kontext dieser Erklärung die Errichtung einer dauerhaften demokratischen Ordnung einschließt.

Wäre der „Oslo-Friedensprozess“ so verlaufen, wie er damals intendiert war, so wäre also neben Israel, das nach gängigen Kriterien *prima vista* als eine „reife“ Demokratie gilt (seine demokratischen Institutionen funktionieren leidlich gut, ein breites politisches Parteienspektrum artikuliert sich äußerst lebhaft, es herrscht Gewaltenteilung, Wahlen werden nicht manipuliert, Machtwechsel gehen zivilisiert von statten und freie Medien können die Regierungspolitik offen kritisieren), mit dem palästinensischen Gemeinwesen eine zweite Demokratie<sup>5</sup> in der Nahostregion errichtet worden. Dies ist in den Jahren seit der Einsetzung der Autonomiebehörde nur in ersten Ansätzen geschehen: so fanden die vorgesehenen Wahlen am 20. Januar 1996, also relativ bald nach der Erlangung des Status der Autonomie, unter hinreichend fairen Bedingungen<sup>6</sup> statt. Allerdings wurden die politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger und ihrer parlamentarischen Vertretung gleich von mehreren Seiten her beschnitten: insgesamt vor allem dadurch, dass Israel den Kompetenzen der Autonomieverwaltung bisher enge Grenzen

---

3 Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation über befristete Selbstverwaltung, unterzeichnet in Washington am 13. September 1993, Prinzipienklärung über vorübergehende Selbstverwaltung, Artikel III, Wahlen, in: Europa-Archiv, Folge 24/1993, S. D 527.

4 Ebenda.

5 Sicher ist auch der Libanon nach seiner Verfassung eine Demokratie. Doch er steht unter syrischer „Vormundschaft über die Innenpolitik“ (vgl. Andreas Rieck, Libanon, in: Deutsches Orient-Institut Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes (Hg.) Nahost-Jahrbuch 1998, Opladen 1999, S. 110).

6 Helga Baumgarten, Die palästinensischen Wahlen 1996, in: Orient, Heft 4/96, kritisiert zwar zurecht einige Wahlbeeinträchtigungen und Ergebnisfälschungen, berichtet aber auch, dass die offiziellen Wahlbeobachter der EU letztlich keinen Einspruch gegen das Resultat erhoben (vgl. Kap. 3.3).



setzt, was auf die Entscheidungsbefugnisse des Autonomierates durchschlägt; eine zweite Einschränkung erfahren sie durch die Prärogative des Palästinensischen Nationalrates, der vorwiegend aus im Exil lebenden Palästinensern besteht, sowie eine dritte durch Arafats autoritären Herrschaftsstil und das von ihm zu verantwortende Hinausschieben der inzwischen längst fälligen Neuwahlen bis nach der endgültigen Staatsausrufung.

Auch die so ausgereift erscheinenden israelischen Demokratie weist erhebliche Mängel auf: So wirkt sich zum Beispiel seit langem die breite Vielfalt politischer Parteien als permanente Produktionsstätte politischer Instabilität und damit als Hindernis für die Handlungsfähigkeit der Regierungen aus. Als zunehmend problematisch wirkt sich darüber hinaus die Behandlung der israelischen Araber als Bürger zweiter Klasse aus, obwohl sie prinzipiell die gleichen Bürgerrechte besitzen. Außerdem gibt es neben einer zivilen Gerichtsbarkeit eine religiöse, die für alle Angelegenheiten des Personenstandsrechts zuständig ist und damit unmittelbar auch in das alltägliche Leben derer eingreift, die nicht dem jüdischen Glauben anhängen. Sie ist ein Beispiel für den großen Einfluss der jüdischen (Ultra-)Orthodoxie<sup>7</sup> auf das gesamtgesellschaftliche Leben, der in keinem Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung steht, jedoch in den letzten Jahren noch gewachsen und dabei ist, den demokratisch orientierten säkularen Zionismus an den Rand zu drängen. Pointiert ausgedrückt: Israel ist in Gefahr, sich von einer Demokratie zur Theokratie zu wandeln.

Diese Kurzcharakterisierungen der beiden Konfliktparteien zeigen, dass es sich bei Israel und der Palästinensischen Autonomie (PA) zwar um Demokratien handelt, dass sie jedoch auf eine je spezifische Weise als defizitär bezeichnet werden müssen. Wenn wir die Dyade Israel – PA unter der Variante (B) der Theoriekonzepte des demokratischen Friedens betrachten wollen, müssen wir deshalb nach der Bedeutung demokratischer „Reife“ bzw. Funktionsfähigkeit für das Gelingen und demokratischer Defizite für das Misslingen von Friedensbemühungen fragen. Dazu lassen sich zunächst unabhängig von dem konkreten Fall folgende Thesen formulieren:

Der gängigen Auffassung vom demokratischen Frieden entspricht die Aussage: *(1) Je höher der demokratische Reifegrad bzw. die demokratische Funktionsfähigkeit zweier Konfliktparteien ist, desto größer sind ihre Chancen zu einer friedlichen Streitregelung zu gelangen.*

Es kann jedoch nicht verallgemeinert werden, ob Demokratiedefizite die Ursache oder die Konsequenz von Spannungen und Gewalt sind.<sup>8</sup> Deshalb kann auch die umgekehrte Beobachtung zu einer These zusammengefasst werden: *(2) Erst im Frieden kann sich Demokratie wirksam entfalten.*

In einem nächsten Schritt ist zu überlegen, ob das, was in der Theorie von demokratischen Frieden als Charakteristikum für „normale“ zwischenstaatliche Beziehungen angesehen wird,

---

7 Die Begriffe „orthodox“ und „ultraorthodox“ werden den religiösen Parteien und politischen Strömungen Israels in der Literatur keineswegs eindeutig zugeordnet (vgl. Stephan Maul, *Israel auf Friedenskurs? Politischer und religiöser Fundamentalismus in Israel. Wirkungen auf den Friedensprozeß im Nahen Osten*, Münster 2000, S. 44ff.). Hinzu kommt noch die gelegentliche Verwendung des Begriffs „Fundamentalismus“. Unter den Hauptströmungen des Judentums, Orthodoxie, konservatives (d. h. eher liberales) und Reformjudentum, ist die Orthodoxie in Israel am stärksten vertreten. Allerdings bezeichnen sich insgesamt nur ca. 30 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels als praktizierende Juden, von ihnen versteht sich etwa ein Drittel als ultraorthodox (Vgl. *Botschaft des Staates Israel* (Hg.), *Religiöse und Säkulare in Israel*, Bonn 1998, S. 4), von denen die strengsten den weltlichen Staat Israel gänzlich ablehnen.

8 Vgl. zu der reziproken Sichtweise allgemein: William R. Thompson, *Democracy and peace: putting the cart before the horse?* In: *International Organization*, 50, 1, Winter 1996, S. 141-174.

auch für eine asymmetrische Konfliktbeziehung zwischen einem Staat und dem von ihm besetzten Gebiet gilt, wie sie zwischen Israel und der PA gegeben ist. These (1) lässt sich für diese Konstellation (gewissermaßen in Abstraktion der Aussage Primors) ergänzen: (3) *In einer asymmetrischen Konfliktbeziehung hängt das Gelingen eines friedlichen Ausgleichs sowohl davon ab, wie ausgereift und funktionsfähig die Demokratie des Stärkeren ist, als auch davon, welche Möglichkeiten der Stärkere dem Schwächeren lässt, sich zu einer funktionsfähigen Demokratie zu entwickeln bzw. ob er eine solche Entwicklung sogar aktiv fördert.*<sup>9</sup>

Es ist eine über den konkreten Fall hinausgehende Erfahrung, dass diejenigen, die aus dem Fortbestand einer spannungsgeladenen oder gewalthaltigen Beziehung Nutzen ziehen, über die Konfliktlinie hinweg einander – gewollt oder ungewollt – in die Hände arbeiten und damit einen Teufelskreis installieren. Unabhängig davon, ob Frieden der Demokratie vorangeht oder folgt, liegt es daher im Interesse der Demokraten und der um Frieden Bemühten beider Seiten, diesen Kreis zu durchbrechen und die Friedensfeinde unschädlich zu machen. Die für asymmetrische Konstellationen formulierte These (3) kann deshalb dahingehend ergänzt werden, dass (4) *die stärkere Seite die schwächere bei diesen Bemühungen dadurch unterstützen kann, dass sie im eigenen Einflussbereich damit beginnt, gegen die Friedensfeinde vorzugehen.*

Im folgenden geht es darum, diese Thesen in Bezug auf die Beteiligten an der Konfliktkonstellation Israel – PA zu überprüfen. Hierfür ist zunächst zu fragen:

- Welche gesellschaftlichen und innenpolitischen Faktoren tragen in Israel dazu bei, dass dieser Staat in Gefahr geraten ist, sich von der Demokratie, die in einem relativ ausgereiften Maße schon vorhanden war, zunehmend zu einer mit deren Prinzipien unvereinbaren Theokratie zu entwickeln?
- Welche gesellschaftlichen und innenpolitischen Faktoren behindern den Weg zu einer ausgereiften Demokratie in dem Noch-nicht-Staat Palästina?
- Stehen die je spezifischen Demokratiedefizite und die Schwierigkeiten, mit einander in Frieden zu leben, in einem Zusammenhang?
- Wenn ja, wie lässt sich dieser beschreiben?
- Welche Bedeutung hatten und haben die innenpolitischen Faktoren für die Schwierigkeiten bei der Herausbildung einer tragfähigen wechselseitigen Vertrauensbasis und für das Scheitern des in Oslo vereinbarten Friedensprozesses im Herbst 2000?
- Würde eine Beseitigung der Demokratiedefizite die Chance für Frieden erhöhen, oder verhält es sich gerade umgekehrt, dass erst im Frieden Israel und Palästina zu reifen Demokratien werden können?

Um diese Fragen zu beantworten, betrachten wir zunächst die beiden Konfliktparteien jeweils einzeln (Kapitel 2 und 3). Im abschließenden Kapitel werden die Wechselwirkungen der innergesellschaftlichen Faktoren auf das Nichtzustandekommen einer Vertrauensbasis und dabei die Plausibilität der Thesen und die Folgerungen, die sich hieraus für die künftigen Bemühungen um Demokratie und Frieden in der Region ergeben, untersucht.

---

9 Ein Beispiel zur Unterstützung dieser These ist das Verhalten der westlichen Alliierten gegenüber den von ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg besetzten Teilen Deutschlands und nach 1949 gegenüber der noch nicht souveränen Bundesrepublik Deutschland.

An der Vorbereitung dieser Arbeit hatte Hannes Vorhofer während seines Praktikums im Herbst 2000 in der HSFK einen beachtlichen Anteil. Ich möchte ihm an dieser Stelle ausdrücklich für seine Mitarbeit danken. Weiterhin gilt mein Dank den Kolleginnen und Kollegen Nicola Buskotte, Nicole Deitelhoff, Sabine Fischer, Lena Inowlocki, Peter Kreuzer, Bernd W. Kubbig, Bernhard Moltmann, Harald Müller, Annette Schaper, Peter Schlotter, Hans-Joachim Schmidt, Stephanie Sohnius, Hans-Joachim Spanger, Niklas Schörnig, Simone Wisotzki und Rudolf Witzel, die mit mir mehrere Entwürfe des Reports gründlich diskutiert und mich ermutigt haben, den ursprünglich auf das aktuelle Geschehen konzentrierten Text in den Kontext unseres Forschungsschwerpunktes „Antinomien des demokratischen Friedens“ zu stellen. Da ein Teil der Vorbereitungsarbeiten in meinen Beitrag zum diesjährigen Friedensgutachten einfloß, war die über zahlreiche E-Mails geführte Diskussion mit Margret Johannsen über unsere beiden Texte<sup>10</sup> auch für den Report von Nutzen. Daher geht auch ein Dank nach Hamburg. Last but not least möchte ich Markus Kaim in Jena für seine kritischen Kommentare danken. Natürlich bin ich für die Lehren, die ich aus all den Gesprächen und Kommentaren gezogen oder auch nicht gezogen habe, allein verantwortlich.

---

10 Margret Johannsen, Zu heilig für den Frieden? Der Streit um Jerusalem, in: Reinhard Mutz, Bruno Schoch und Ulrich Ratsch (Hg.), Friedensgutachten 2001, Münster 2001, S. 44-54 und Berthold Meyer, Das Scheitern des Oslo-Friedensprozesses, in: ebenda, S. 55-64.

## 2. Israel und die Israelis – ein Einwandererstaat mit einer zerrissenen Gesellschaft

### 2.1 Einwanderung und innergesellschaftliche Polarisierung

Die sich über mehrere Einwanderungswellen (Alija, Aliot)<sup>11</sup> hinziehende Rückwanderung der im Jahre 70 n. Chr. von den Römern aus Palästina vertriebenen und über die Welt verstreuten (griechisch: Diaspora) Juden in das damals vorwiegend von Landwirtschaft treibenden Arabern bewohnte und zum osmanischen Reich gehörende Gebiet begann 1882 – also noch vor dem Erscheinen von Theodor Herzls Buch „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ (1896), das der von ihm begründeten zionistischen Bewegung die Richtung weisen sollte.

Bis zur israelischen Staatsgründung 1948 spricht man von fünf Aliot. Die ersten beiden (bis 1914) umfassten zusammen 60.000 bis 70.000 Menschen vor allem aus Rußland, die dem mittelständischen und landwirtschaftlichen Bereich entstammten, aber auch Intellektuelle, die sozialreformerische und sozialrevolutionäre Ideen mit nach Palästina brachten. Die Autorität dieser Gründergeneration war auch in den späteren Einwanderergruppen unumstritten. Der dritten Welle (1919 bis 1923) gehörten etwa 35.000 Einwanderer aus Polen und Rußland an. Sie trugen ideologisch und personell zur Gründung säkularer links stehender Parteien (vor allem der Kommunisten) wie auch linksreligiöser Parteien (hier vor allem die Agudat Israel) bei. Die vierte Alija (1924 bis 1931) stammte ebenfalls überwiegend aus Polen und der Sowjetunion. Aus ihr erwuchs erstmals ein überwiegend bürgerliches Potential für nicht-sozialistische Gruppierungen. Mit der fünften Alija (1932-1938) kamen 200.000 Flüchtlinge vorwiegend aus Deutschland und Mitteleuropa. Unter ihnen führte eine starke Gruppe extrem strenggläubiger Orthodoxen zur Spaltung des religiösen Lagers. Sie lehnen jeden Kompromiss mit den eine säkulare Staatsgründung anstrebenden Zionisten ab, weil sie glauben, dass der Staat Israel erst nach der Ankunft des Messias errichtet werden dürfe. Demgegenüber forderten die gemäßigeren Religiösen, die bereits den Antisemitismus der zwanziger Jahre in Polen und Deutschland miterlebt hatten, gegenüber den Arabern und der britischen Mandatsmacht die Staatsgründung durchzusetzen. Durch die fünfte Welle wurde überdies das bürgerliche Lager gestärkt, denn mit ihr wanderten viele Angehörige bürgerlicher Berufe, wie Ärzte, Anwälte, Architekten usw., ein.

Nach der Staatsgründung blieb Israel ein Einwanderungsland, allerdings eines mit einer selektiven Einwanderungspolitik, die sich auf Menschen jüdischer Herkunft beschränkt. Dafür gab und gibt es unterschiedliche Motive. Ein generelles war die Sorge, ein kleines Volk könne in der feindlich gesonnenen arabischen Umwelt nur überdauern, wenn möglichst viele seiner in der Diaspora lebenden Angehörigen ebenfalls „nach Hause“ kämen. Nach der Einbürgerung der im israelischen Kernland verbliebenen Araber kam ein anderes Motiv hinzu: man wollte sicherstellen, dass der jüdische Charakter Israels gewahrt bliebe.

Um die Komplexität der israelischen Gesellschaft anschaulicher zu machen, wird traditionell zwischen europäisch-amerikanischen Juden, den *Aschkenasim* oder dem „ersten Israel“, und den orientalischen Juden, also Einwanderern aus arabischen und asiatischen Ländern, auch *Sephardim* oder das „zweite Israel“ genannt, sowie den *Nicht-Juden* unterschieden. Doch seit der ab 1989 einsetzenden Welle von Einwanderungen aus der ehemaligen Sowjetunion müssen diese inzwischen fast ein Sechstel der jüdischen Bevölkerung Israels ausmachenden „*Russen*“ als eine

---

11 Die Daten zu den verschiedenen Einwanderungswellen wurden übernommen aus: Michael Wolffsohn/Douglas Bokovoy, Israel. Geschichte – Wirtschaft- Gesellschaft – Politik, Opladen 1996, S. 273-284.

weitere Gruppe angesehen werden, obwohl frühere Einwanderer aus denselben Herkunftsgebieten zu den Aschkenasim gezählt werden. Eine weitere Binnendifferenzierung betrifft die aus Äthiopien eingewanderten Juden. Sie fallen zwar zahlenmäßig nicht so sehr ins Gewicht, ihre Integration stellt aber zumindest in den Orten, in denen eine größere Anzahl von ihnen angesiedelt wird, ein gesellschaftliches Problem dar, kommen sie doch aus einem völlig anderen Kulturkreis.

### *Spannungen zwischen Aschkenasim und Sephardim*

Schon die aschkenasischen Einwanderer waren keine homogene Gruppe. Sie kamen aus höchst verschiedenen Regionen in Europa und Amerika und gründeten viele eigenständige Gemeinschaften und Kommunen. Innerhalb der Aschkenasim gab es besonders in frühstaatlicher Zeit große Differenzen zwischen Religiösen und Säkularen. Diese gehen auf Auseinandersetzungen innerhalb der Zionistenbewegung vor der Staatsgründung zurück.<sup>12</sup> Die europäischen Zionisten haben sich von Anfang an als eine Emanzipationsbewegung für alle Juden verstanden und sich bemüht, die Begriffe „jüdisch“ und „zionistisch“ gleichgesetzt zu verwenden. Für die Mehrheit der Zionisten bedeutete dieses Begriffspaar den „neuen, säkularen Juden“, der für einen zukünftigen jüdischen Nationalstaat der ideale Staatsbürger war. Allerdings musste man nach der Staatsgründung alsbald erkennen, dass europäische Juden nicht unbegrenzt als billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Da man sich auf arabische Arbeiter nicht stützen wollte, begann eine gezielte Einwanderungspolitik der israelischen Regierungen,<sup>13</sup> mit der Sephardim aus den arabischen Ländern mit großem Eifer „nach Hause“ gebracht wurden.<sup>14</sup>

Der Ausdruck Sephardim für die orientalischen Juden ist ursprünglich eine Bezeichnung für Juden, die Ladino, einen mittelalterlichen spanischen Dialekt, sprechen und somit auch europäischen Ursprungs sind.<sup>15</sup> Deren Anteil an dieser Gruppe ist nicht unerheblich. Jedoch dominieren unter ihnen arabisch-sprechende Einwanderer aus Nordafrika, insbesondere aus Marokko. Die meisten Sephardim sind nationalistischer und fühlen sich an die jüdische Religion stärker gebunden als die Aschkenasim, was sich auch in einer wesentlich höheren Geburtenrate bemerkbar macht. Mit der durch Zuwanderung und Nachwuchs bedingten demographischen Veränderung wuchsen die sozio-ökonomischen Spannungen. Obwohl sich in den letzten Jahren die Ausbildung und wirtschaftliche Lage der Sephardim verbessert hat, konnten sie mit den Wachstumsraten des Einkommens der eher in Führungspositionen gelangenden Aschkenasim nicht mithalten.

---

12 Vgl. Israel – Gesellschaft unter innerer Hochspannung, in: Neue Züricher Zeitung vom 9./10. Mai 1998.

13 Don Peretz/Gideon Doron, *The Government and Politics of Israel*, Boulder 1997, S. 49. Dabei war der „Abstoß-Effekt“ stärker als der „Sog-Effekt“, d. h. die Hauptgründe für eine Auswanderung waren Antisemitismus und wirtschaftliche Benachteiligung in den Herkunftsländern und weniger die zionistische Ideologie oder die Attraktivität Israels. An dieser Stelle darf die beträchtliche jüdische Auswanderung nicht unerwähnt bleiben: Seit der jüdischen Staatsgründung bis jetzt beträgt die Zahl der ausgewanderten israelischen Staatsbürger ungefähr 250.000. So liegt die Zahl der jüdischen Emigranten in die USA über der in umgekehrter Richtung. Zeitweise hoben sich Immigration und Emigration auf. Erst die Rettung der äthiopischen Juden Anfang der achtziger Jahre und das Ende der Sowjetunion und die darauffolgende Einwanderung von russischen Juden zu Beginn der neunziger Jahre, veränderten die Statistik zugunsten der Immigration (vgl. Adam Garfinkle, *Politics and Society in Modern Israel. Myth and Realities*, London 1997, S. 99).

14 Vgl. Ludwig Watzal, *Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart*, Berlin 1998, S. 264.

15 Peretz/Doron (1997; s. Anm. 13), S. 52.

Auch wurde die aschkenasische Dominanz in Militär und Politik durch die demographischen Verschiebungen nicht aufgehoben. Allerdings akzeptieren Sephardim nicht mehr stillschweigend, wie ihre Elterngeneration vom damaligen linken Establishment als kulturell minderwertig behandelt zu werden. Diese wollten die Neueinwanderer mit zum Teil herabwürdigenden Maßnahmen zu „richtigen“ Israelis erziehen,<sup>16</sup> oder wie Ludwig Watzal es beschreibt: „Eine Erste-Welt-Elite schuf eine Nation mit einem Dritte-Welt-Volk, den Sephardim.“<sup>17</sup> Trotz einiger Versuche, Elemente der sephardischen Kultur zu integrieren, blieben die israelische Gesellschaft und ihre politische Kultur überwiegend europäisch.

Was die Araber- und Territorialpolitik betrifft, so haben Umfragen<sup>18</sup> zu unterschiedlichen Zeiten ergeben, dass Israelis euro-amerikanischer Herkunft eher bereit sind, mit Arabern zu verhandeln, als diejenigen, die aus dem Orient stammen. Dies korreliert damit, dass Aschkenasim traditionell eher zu den linken Parteien neigen und mit der Friedensbewegung sympathisieren, während Sephardim den konservativen Likud sowie die religiösen Parteien bevorzugen.<sup>19</sup> So lange insbesondere die Schas-Partei und ihr politischer Einsatz von Religion bei den Orientalen eine so wichtige Rolle spielen, wird sich an dieser Grunddifferenz wenig ändern.

*Das dritte Israel: Die russischen Einwanderer*<sup>20</sup>

Seit der Öffnung der Sowjetunion unter Gorbatschow, vor allem aber nach deren Zusammenbruch wanderte über eine Million Menschen von dort nach Israel aus. Diese Einwandererwelle veränderte das Land so grundlegend, wie es keine frühere Alija vermocht hatte. Diese „Russen“ machen inzwischen fast ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung Israels aus. Da aber auch Christen und religiös nicht Gebundene als Ehepartner und Verwandte mit zuwanderten, bekam das Problem der Möglichkeit, weltliche Trauungen und Beerdigungen durchzuführen, eine neue politische Dimension.<sup>21</sup> Obwohl die neuen Einwanderer nach alter Lesart zu den Aschkenasim zu zählen wären, etablierten sie sich als selbständige Bevölkerungsgruppe, die ihre Sprache und Kultur beibehalten wollen. Zwar wurden Anfang der neunziger Jahre in der GUS so genannte *jachad*-Gruppen (hebr. für zusammen) gebildet, um die Auswanderungswilligen auf Israel vorzubereiten und ihnen Grundzüge der hebräischen Sprache zu vermitteln,<sup>22</sup> außerdem erteilen die israelischen Behörden den Neuankömmlingen sofort intensiven Hebräisch-Unterricht, dennoch behielten mehr als sechzig Prozent von ihnen im Alltag das Russische bei. Die Knesset-Abgeordneten der Einwandererparteien verlangen inzwischen, dass Russisch als dritte Amtssprache neben Hebräisch und Arabisch anerkannt wird.<sup>23</sup> Heute gibt es in Israel vier russischsprachige Tageszeitungen, gleich viele wie auf hebräisch, elf

---

16 Vgl. Winfried Veit, Israel. Politische Perspektiven nach den Wahlen, FES-Analyse der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn, Juni 1999, S. 11.

17 Watzal (1998; s. Anm. 14), S. 264.

18 Vgl. Wolffsohn/Bokovoy (1996; s. Anm. 11), S. 304-307 und 310/311.

19 Vgl. Michael Wolffsohn, Frieden jetzt? Nahost im Umbruch, Frankfurt am Main 1996, S. 80.

20 Ich weiche mit dieser Zählweise von der gebräuchlicheren älteren ab, in der noch die arabische Minderheit als „drittes Israel“ bezeichnet wurde (vgl. Irmgard Tophoven, Grundzüge der israelischen Gesellschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Israel. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft. München 1995, S. 41).

21 Vgl. Wulf Sörgel, Die Einwanderung der sowjetischen Juden seit 1989, in: Ferhard Ibrahim/Abraham Ashkenasi (Hg.), Der Friedensprozeß im Nahen Osten. Eine Revision, Münster 1998, S. 231-252, hier S. 242.

22 Ebenda, S. 238.

23 Die Zeit vom 6. Mai 1999.

Wochenblätter, fünf Magazine und über fünfzig Lokalgazetten. Russische Kunst und Literatur nehmen inzwischen in der israelischen Kulturszene herausragende Plätze ein. Dies hängt auch damit zusammen, dass unter den Einwanderern sehr viele Künstler, Intellektuelle und andere Angehörige akademischer Berufe waren.<sup>24</sup> Viele von ihnen mussten sich beruflich umorientieren, was auch bedeutete, Arbeiten zu übernehmen, die nicht gut bezahlt waren.

Bei den Knessetwahlen von 1992 versuchten zwar schon drei von Immigranten dominierte Parteien, die russischen Einwanderer zu umwerben. Doch auch die großen alten Parteien bemühten sich um sie und warben sogar auf russisch um ihre Stimmen und hatten damit den größeren Erfolg: 47 Prozent der Neueinwanderer wählten die Arbeitspartei, 18 Prozent Likud und elf Prozent Meretz, während die Einwandererparteien keine Sitze erlangen konnten.<sup>25</sup> Dies änderte sich mit dem Auftreten der Einwandererpartei Israel b'Aliya mit dem ehemaligen Dissidenten Nathan Scharansky an ihrer Spitze, die bei den Knessetwahlen 1996 auf Anhieb sieben Mandate erreichte und unter Netanjahu gleich zwei Minister stellte. Bei den Wahlen von 1999 erlangte sie allerdings nur noch sechs Sitze, da eine weitere, eindeutig rechtsgerichtete Partei, Israel Beitenu (Unser Haus Israel), um die russischen Wähler warb und vier Sitze errang.

#### *Staatsbürger zweiter Klasse: Die Araber in Israel*

Während des unmittelbar auf die Staatsgründung am 14. Mai 1948 folgenden ersten israelisch-arabischen Krieges, in der offiziellen israelischen Geschichtsschreibung auch Unabhängigkeitskrieg genannt, floh ein großer Teil der in Israel lebenden Araber oder wurde vertrieben. Es blieben jedoch zahlreiche Araber, überwiegend Moslems, zu einem kleinen Anteil Christen, im Lande. Die arabische Minderheit,<sup>26</sup> die inzwischen im israelischen Kernland ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, stand bis in die sechziger Jahre unter Kriegsrecht und erhielt erst dann der Form nach demokratische Bürgerrechte. Trotzdem haben sich aufgrund ihres Status als Nichtjuden (so noch in den Statistischen Jahrbüchern bis 1985<sup>27</sup>) oder „bedingten Staatsbürgern“<sup>28</sup> ihre sozialen und ökonomischen Benachteiligungen erhalten.<sup>29</sup> 1992 hatten zum Beispiel zwölf Prozent von ihnen keine Schule besucht. Bei den jüdischen Israelis lag die Quote bei vier Prozent. Unter den arabischen Frauen ist der Anteil ohne Schulbildung überdies dreimal so groß, wie bei den Männern dieser Minderheit. Die Erwerbsstruktur hat sich über die Jahrzehnte hinweg stark gebessert: Waren 1955 noch 50 Prozent der Araber in Israel in der Landwirtschaft tätig, so waren es 1994 nur noch fünf Prozent. Im Handel, Verkehr und Dienstleistungssektor waren 1955 nur 14 Prozent beschäftigt, im Jahre 1994 bereits 49 Prozent: Hieran wird die Modernisierung deutlich, was sich auch im Anstieg des durchschnittlichen Monatseinkommens niederschlägt. Dieses betrug für die Araber 1994 74 Prozent des aschkenasischen Durchschnittsverdienstes,

---

24 „Bestimmte Berufe waren unter den Neueinwanderern besonders überrepräsentiert. So wanderten von 1990-1994 beispielsweise 59.400 Ingenieure ein, während es 1989 in ganz Israel nur 27.000 gegeben hatte, für Ärzte und Zahnärzte sind die entsprechenden Zahlen 12.600 Neueinwanderer aus der Sowjetunion, 14.100 Israelis im Jahr 1989.“ (Sörgel 1998; s. Anm. 21, S. 242).

25 Vgl. ebenda, S. 245.

26 Weitere Minderheiten sind Drusen, die im Norden Israels sowie im Süden Libanons und Osten Syriens leben und einer muslimischen Sekte angehören, sowie Tscherkessen, die aus Kaukasien stammen und sunnitische Moslems sind, und Beduinen, die vorwiegend als Halbnomaden im Süden Israels (Negev) leben und in jüngster Zeit zum Islamismus neigen.

27 Reiner Bernstein, *Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten*, Berlin 2000, S. 71.

28 So Joseph Algazy in *Ha'aretz* (Internet-Ausgabe) vom 6. Oktober 1998 nach Bernstein 2000, S. 71.

29 Die folgenden Daten wurden übernommen von Wolffsohn/Bokovoy (1996; s. Anm. 11), S. 315-319.

während das der orientalischen Juden bei 87 Prozent lag. Damit verbunden ist auch eine schnelle Verstädterung der Araber, deren Grad von 24 (1948) auf 92 Prozent (1994) anwuchs. Die großen sozialen Unterschiede gegenüber der jüdischen Bevölkerung werden durch die „natürliche“ und geographische Distanz der Wohnsiedlungen<sup>30</sup> innerhalb der Städte und besonders auf dem Land verstärkt.

Während die allgemeine Wehrpflicht für jüdische Männer drei Jahre, für unverheiratete jüdische Frauen 20 Monate dauert, werden israelische Araber nicht zum Wehrdienst eingezogen, weil man sie nach wie vor als potentielle Feinde im eigenen Land betrachtet und im Kriegsfall nicht für loyal hält. Dies ist einerseits historisch plausibel, andererseits jedoch insofern bemerkenswert, als die Wehrpflicht, von der sonst nur religiöse Frauen sowie orthodoxe Schüler der Talmud- und Bibelschulen befreit sind, ganz gezielt als ein Institut zur gesellschaftlichen Integration eingesetzt wird.<sup>31</sup> Da die Araber hieran nicht beteiligt werden, bleibt ihre Distanz zur jüdischen Mehrheit bestehen, was diese offenbar für richtig hält. Die Nicht-Integration der Araber wird besonders augenfällig, wenn man am israelischen Nationalfeiertag in die arabischen Viertel Jerusalems geht: Während in den jüdischen Vierteln zahllose israelische Flaggen die Fenster und Balkone zieren, ist dort nicht eine zu sehen, weil die Araber die Freude der Staatsgründung auch 52 Jahre danach nicht zu teilen bereit sind, sondern – übrigens gemeinsam mit den anderen Palästinensern<sup>32</sup> – die Erinnerung an dieses Ereignis als Tag der „*Naqba*“, der nationalen Katastrophe, begehen. Eingeständnisse wie das der israelischen Eingliederungsministerin Yuli Tamir, dass „die arabische Bevölkerung den Preis der nationaljüdischen Auferstehung bezahlt (hat), wofür eines Tages die Entschuldigung fällig werde“,<sup>33</sup> sind die Ausnahme.

Nach den Vereinbarungen von Oslo wurde das Autonomieabkommen von 81 Prozent der israelischen Araber begrüßt, aber nur von 48 Prozent der jüdischen Israelis. Damals sagten 78 Prozent der in Israel lebenden Araber, sie würden auch nach der Gründung eines Staates Palästina weiterhin in Israel bleiben. Lediglich vier Prozent zeigten sich zu jener Zeit bereit, nach Palästina überzusiedeln.<sup>34</sup> Dies erklärt sich vor allem aus der wirtschaftlichen Attraktivität Israels für die

---

30 Diese geographische Distanz wurde auch von der israelischen Siedlungs- und Bebauungspolitik bewusst unterstützt. So haben Araber große Schwierigkeiten Bauland zu erwerben, wenn es in Vierteln liegt, die eigentlich für Juden vorbehalten sind (vgl. FAZ vom 23. Februar 2001)

31 So lautet der Leitspruch in der Selbstdarstellungsbroschüre „Vision of the Education and Youth Corps“ des „Chief Education and Youth Officer's Headquarters“ der israelischen Streitkräfte (Israel Defense Force. IDF): „A Nation Builds an Army Which Builds a Nation“. Zu dessen Hauptaufgaben gehört u.a. „Immigrant absorption and optimal integration of the immigrants into the IDF“, „To imbue the Hebrew language to immigrant soldiers at the beginning of and during their service“, sowie „to imbue educational tools to the commanders of the IDF, which enable them to identify with state and military values...“ sowie „to develop, direct and operate information orientated activity in the IDF regarding State Security, Israeli society, Judaism and Zionism, democracy, the sanctity and importance of Jerusalem...“. Der in diesem Kontext stehende politische Unterricht, den ich im Mai 2000 in der Ausbildungskaserne in Akko mit verfolgen konnte, war sehr intensiv und verlief unter aktiver Beteiligung eines großen Teils der jungen Soldatinnen und Soldaten.

32 Vgl. dazu die in Ost-Jerusalem erscheinende „Jerusalem Times“ vom 12. Mai 2000.

33 Bernstein (2000; s. Anm. 27, S. 72) bezieht sich dabei auf ein Interview mit der Ministerin im Oktober 1999 mit der Monatszeitschrift „News from Within“ des Alternative Information Center Jerusalem/ Bethlehem. In der Beilage zur Wochenend-Ausgabe von Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 17. März 2000 forderte Amos Os Ministerpräsident Barak auf, in einer Erklärung vor dem Palästinensischen Nationalrat die palästinensische Tragödie von 1948 als solche anzuerkennen. Und Gideon Levy überschrieb einen Kommentar in Ha'aretz (Internet-Ausgabe) zum 52. Jahrestag der Staatsgründung am 8. Mai 2000 mit „Our celebration, their tragedies“.

34 Peretz/Doron (1997; s. Anm. 13), S. 56.



Araber. Denn die wechselseitige Abneigung ist immens, was sich in verschiedenen Meinungsumfragen zeigt: Im Zusammenhang mit der Frage, ob Israel weitgehend jüdisch-national bleiben, oder ein jüdisch-arabischer Staat werden solle, ergab eine Erhebung von 1995: 57 Prozent der Juden waren der Meinung, die Araber „hassen uns“, 47 Prozent der Araber dachten dasselbe über die Juden.<sup>35</sup> Dies wurde in den Jahren danach nicht besser und hat sich durch die neue Intifada dramatisch verstärkt. Eine kurz vor der Ministerpräsidentenwahl 2001 erstellte Analyse spricht von einer „zunehmende(n) Abwendung der arabischen Minderheit vom (jüdisch dominierten) Staat“ und „wachsende(m) Einfluss radikal-islamischer Gruppen.“<sup>36</sup> „Eine verhängnisvolle Spirale scheint in Gang gesetzt: Je länger der Staat seinen arabischen Bürgern (...) Rechte vorenthält und sie nicht im gleichen Maße am wirtschaftlichen Fortschritt und der Versorgung mit öffentlichen Gütern teilhaben lässt, wie ihre jüdischen Landsleute, desto mehr werden Stimmen laut, die nicht mehr in erster Linie ihre Rechte als Staatsbürger einklagen sondern Autonomie fordern – kulturelle oder sogar geographische.“<sup>37</sup>

Die Politik der Nicht-Integration könnte langfristig für die Aufrechterhaltung der in Israel verbreiteten politischen Vorstellung, Israel sei der Staat der Juden, problematisch werden, denn die erheblich höhere Geburtenrate der Araber läßt erwarten, dass die Größe ihres Bevölkerungsanteils den der Juden um das Jahr 2015 ungefähr erreicht,<sup>38</sup> auch ohne dass palästinensische Flüchtlinge nach Israel zurückkehren.

## 2.2 Säkularer Zionismus versus (ultra-)orthodoxes Judentum

### *Das jüdische Nationalitätsverständnis verhindert das Entstehen einer israelischen Nation*

Der von Herzl und seine Anhänger verkörperte Zionismus war in seiner Entstehungsphase eine säkulare politische Bewegung – ähnlich wie andere nationale Strömungen des 19. Jahrhunderts, wenngleich auf eine besondere Weise motiviert durch die Diskriminierungen und Verfolgungen, denen Juden immer wieder in der Diaspora ausgesetzt waren. Sie lehnten eine religiöse Begründung für die angestrebte jüdische Heimstatt in Palästina „strikt ab“.<sup>39</sup> Die durch den Zionismus motivierte Rückwanderung nach Palästina umfasste daher sowohl Menschen, die sich der Religion der hebräischen Bibel verbunden fühlten, wie auch solche, die ihr fern standen oder gar nicht religiös gebunden waren. Sie alle verstanden sich aber insofern einem einzigen Volk zugehörig, als jede/r von ihnen Kind einer jüdischen Mutter war. In diesem Sinne war die Grundlage des 1948 gegründeten zionistischen Staates Israel die jüdische Nationalität, definierte sich Israel als jüdischer Staat.

---

35 Vgl. Adam Garfinkle (1997; s. Anm. 13), S. 107.

36 Winfried Veit, Israel: Friedensuche im Chaos, FES-Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Januar 2001, S. 13. Über den Einfluss islamistischer Bewegungen auf islamistische israelische Araber heißt es schon in einer 1997 erschienenen Studie des Washington Institutes: „Although Israeli Islamists did not 'import' the armed struggle into Israel, they did not condemn its use in the territories either, and continued to show solidarity, sympathy, and support for Hamas' and Islamic Jihad's ideological platforms.“ (The Washington Institute, Policy Focus 33, Islamism Across the Green Line. Relations Among Islamist Movements in Israel, the West Bank, and Gaza, Washington, August 1997, p. v.)

37 Veit (2001; s. Anm. 36), S. 13.

38 Peretz/Doron (1997; s. Anm. 13), S. 56.

39 Moshe Zimmermann, Geschichte umschreiben – Was ist Zionismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 14/98, S. 14.

Für viele geschichtsbewusste Juden hatte dieser Staat indes einen entscheidenden Geburtsfehler: Er lag nicht im biblischen Urland, Judäa und Samaria, sondern in der Küstenebene und im Negev. Als 1967 aber durch die Eroberungen im Sechs-Tage-Krieg ein historisch-geographisch „richtiges“ Israel entstand, wurde es demographisch zu einem jüdisch-arabischen Staat, auch wenn die Palästinenser in den besetzten Gebieten nicht die israelische Staatsbürgerschaft erhielten und die im später annektierten Ost-Jerusalem lebenden nur eine eingeschränkte. Die israelische Politik vermied es, dieser Veränderung durch die Schaffung einer israelischen Nationalität<sup>40</sup> Rechnung zu tragen, denn es widersprach dem Selbstverständnis der Gründergeneration, eine über das Judentum hinausgehende israelische Nation oder gar Identität entstehen zu lassen. Mit der Eroberung des biblischen Kernlandes bekam überdies die jüdische Religion einen neuen, größeren, vor allem aber politischen Stellenwert im Bewusstsein vieler Juden. Dadurch geriet der – von Konzessionen an die Religiösen wie bei dem rabbinischen Monopol auf die Eheschließung abgesehen – weitgehend säkulare Charakter des Staates, der bis 1967 durch die politische Dominanz der zionistischen Linken nicht in Frage gestellt war, zunehmend in Bedrängnis.

Dennoch gab es für die jüdische Mehrheit unabhängig von ihrer jeweiligen Nähe zur Religion während der ersten fünf Jahrzehnte seit der Staatsgründung ein politisch wirksames Wir-Gefühl. Dieses speist sich aus mehreren Quellen. So gründet sich das Gefühl, sich auf niemanden außerhalb des eigenen Volkes verlassen zu dürfen, auf der Erfahrung, in der fast 1900jährigen Diaspora immer wieder Verfolgungen ohne fremde Unterstützung durchgestanden zu haben, wie schließlich in der geographischen Lage des Staates Israel, der sich bis zum Friedensvertrag mit Ägypten 1979 im – zumindest kalten – Kriegszustand mit sämtlichen arabischen Nachbarn befand und fast wie ein neues Ghetto in der heutigen Staatenwelt wahrgenommen wird. Israels Freunde und Unterstützer, vor allem die USA, sind weit entfernt. Die israelische Verteidigungspolitik ist deshalb, von finanzieller und rüstungstechnischer Hilfe abgesehen, auf sich allein gestellt – mit all den Aspekten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann wie dem Bau eigenen Nuklearwaffen und einer exceptionell langen Wehrpflicht. Amos Elon hat dieses Gefühl in seinem Buch „Die Israelis, Gründer und Söhne“ treffend als „Pessimismus“, als ein Gefühl „des völligen Alleinseins in der Welt“<sup>41</sup> bezeichnet.

Die Erinnerung an die Vernichtung der Juden (die *Shoa*) in Nazideutschland und den von diesem eroberten Ländern spielte in der Gründungsphase des Staates Israel noch keine identitätsstiftende Rolle. Damals konnten oder wollten viele der Überlebenden nicht darüber reden, und diejenigen, die vor der Zeit der Shoa nach Palästina eingewandert waren, auch nicht davon hören. Vielmehr konzentrierte man sich auf den Neuanfang. Dies änderte sich erst um die Zeit des Eichmann-Prozesses 1961. Das sogenannte Holocaust-Syndrom<sup>42</sup> beschränkt sich nicht nur auf diejenigen, die die Konzentrationslager überlebten und dadurch traumatisiert wurden, und ihre Nachkommen. Vielmehr wird es auch von den nicht unmittelbar von dieser Leiderfahrung betroffenen, sondern aus arabischen Staaten nach Israel eingewanderten Juden als wesentlicher

---

40 Vielmehr wird auf den israelischen ID-Cards als Nationalität entweder „jüdisch“ oder „arabisch“ angegeben. Israel ist daher das einzige Land, in dem „Araber“ eine juristisch determinierte Form von Nationalität ist. Vgl. Peretz/Doron (1997; s. Anm. 13), S. 60.

41 Vgl. Amos Elon, *Die Israelis, Gründer und Söhne*, Tel Aviv/Wien/Frankfurt 1972, S. 14.

42 Vgl. zum Holocaust und seiner politischen Instrumentalisierung für den israelischen Staat u.a.: Moshe Zimmermann, *Wende in Israel. Zwischen Religion und Nation*, Berlin 1996, S. 83-99; Susanne Urban-Fahr: *Schweigen, Trauma und Erinnerung*, in: Heiner Lichtenstein / Otto R. Romberg (Hg.): *Fünfzig Jahre Israel. Vision und Wirklichkeit*, Bonn 1998.

Teil der Leidensgeschichte des eigenen Volkes empfunden. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass diese Menschen während des Zweiten Weltkrieges unter vergleichbaren Ängsten litten.<sup>43</sup> Darüber hinaus tragen die jährlichen Erinnerungstage, an denen im ganzen Land Sirenen zu Gedenkminuten aufrufen und die Fernsehprogramme auf allen Sendern dem Thema gewidmet sind, ebenso wie die obligatorischen Schulklassenbesuche in Yad Vashem, der wichtigsten Holocaust-Gedenkstätte, dazu bei, die Erinnerung zu bewahren und an die zukünftigen Generationen sowie an die neuen Einwanderer weiterzugeben.

Beide Syndrome ergänzen einander dahingehend, dass sie geeignet sind, den jüdischen Israelis das Gefühl zu vermitteln, ständig von anderen verfolgt zu werden,<sup>44</sup> und sie in diesem Sinne zu politisieren: Vor dem Horizont historischer wie aktueller existenzieller Bedrohungen entstand ein beispielloses „Wir-Gefühl“, das über die Vielfalt der Herkunftsländer und -kulturen hinweg in weiten Teilen der Gesellschaft den Grundkonsens erzeugte, in Zukunft „nie wieder Opfer“ sein zu wollen. Die Kehrseite dieses Selbstbildes zeigt sich in einer weit verbreiteten Unfähigkeit, Empathie für das Leiden der Palästinenser unter der israelischen Expansions- und Besatzungspolitik zu entwickeln.

#### *Das Ende des klassischen Zionismus*

„Gott schütze uns vor den Religiösen!“ Mit diesem Ausruf betitelte 1997 der israelische Schriftsteller Yoram Kaniuk einen sehr besorgten Zeitungsartikel über die Auseinandersetzungen zwischen den religiösen und säkularen Kräften in Israel.<sup>45</sup> Er konfrontierte den Leser mit einer äußerst pessimistischen Analyse des innerjüdischen Konflikts, in dem er vorerst keine Lösung außer einer räumlichen Trennung sah: „Ich schlug ihnen vor, einen eigenen Staat an den heiligen Stätten Israels zu gründen, einschließlich Hebrons, wo die mythologischen Erzväter genauso wenig begraben sind wie der Baron Münchhausen. Dort können sie nach ihren versteinerten Gesetzen leben, treulose Ehefrauen steinigen und garantiert koscheres Leitungswasser trinken, statt unter unserer Bettdecke und in unsere Töpfe zu spähen, um zu sehen, mit wem wir ins Bett gehen und was wir essen. Es geht nicht mehr.“<sup>46</sup>

Der Autor sprach damit drei Kernpunkte an, die um die Jahrtausendwende den Konflikt zwischen säkularen und religiösen Juden bestimmen. Zum einen ist es der kompromisslose Anspruch religiöser oder zumindest religiös argumentierender Juden auf das Heilige Land „*Eretz Israel*“ – in diesem Zitat Hebron –, der jeglichen Ausgleich mit den Palästinensern ausschließt und damit maßgeblich die politische Zukunft Israels beeinflusst. Dadurch würden auch jene Israelis, die für eine friedliche Nachbarschaft mit den Palästinensern eintreten, mit in die Gewaltspirale des Nahen Ostens hinein gezogen. Zum zweiten geht es um die Einflussnahme religiös begründeter Politik auf den Rechtsstaat und seine zivilen Gesetze. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil es in Israel keine klare Trennung zwischen Staat und Synagoge gibt, was sich z. B. daran zeigt, dass der aschkenasische und der sephardische Oberrabbiner auf der website der israelischen Regierung

---

43 Im Irak wurden z. B. 1941 während eines prodeutschen Aufstandes sämtliche Juden pauschal als Zionisten verdächtigt und dadurch verfolgt und ermordet (vgl. Wolffsohn/Bokovoy (1996; s. Anm. 11), S. 38). Ähnliches gilt für Äthiopien, wobei hier die Verfolgungen nicht etwa mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufgehört haben, sondern bis in die achtziger Jahre andauerten. Deshalb unternahm Israel mit amerikanischer und sudanesischer (!) Hilfe eine Rettungsaktion, genannt „Operation Moses“, Anfang der achtziger Jahre, um jene Juden, genannt „Falaschas“, nach Israel auszufliegen (vgl. ebd. S. 39).

44 Ebenda. S. 84.

45 Yoram Kaniuk, Gott schütze uns vor den Religiösen! in: Die Zeit vom 15. August 1997.

46 Ebenda.

als „Senior Government Officials“ geführt werden.<sup>47</sup> Der Rückgriff der Religiösen auf eine metaphysische letzte Instanz, die über jeder weltlichen Gerichtsbarkeit steht, läßt das israelische Rechtssystem beinahe bedeutungslos erscheinen. Zuletzt wird ein Konfliktpotential deutlich, das für die Zukunft der Demokratie in Israel entscheidend sein wird, nämlich der Versuch eines Teiles der jüdischen Fundamentalisten, ihre Vorstellungen eines theokratischen jüdischen Staates der säkularen Mehrheit aufzuzwingen. Kaniuk sieht in deren Wirken die Ursache für eine Anomalie, in der das jüdische Volk lebt, die Nationalität und Religion gleichsetzt.<sup>48</sup>

Religiöse Zionisten blieben lange Zeit eine kleine Minderheit innerhalb der Nationalbewegung des Zionismus. Sie artikulierten sich politisch in der Nationalreligiösen Partei und rückten erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stärker in dessen Zentrum, wo sie zugleich ein neues zionistisches Selbstverständnis erzeugten. Beim Machtwechsel von der Arbeiterregierung zur Koalition des „nationalen Blockes“ unter Menachem Begin 1977 wurden erstmals auch Ultraorthodoxe in die Regierung einbezogen. Dabei kam es trotz aller Meinungsunterschiede zu einer Annäherung zwischen diesen und den Nationalreligiösen mit der Folge einer völligen Uminterpretation des Zionismus und seiner Geschichte – eine wichtige Voraussetzung für den weiteren gemeinsamen Siegeszug der religiösen Kräfte in Israel:<sup>49</sup> Fortan war der Zionismus nicht mehr nur ein paar Jahrzehnte, sondern zweitausend Jahre alt. Dieser „echte“ Zionismus – wie ihn die national-religiöse Anschauung jetzt darstellte – habe schon mit der Zerstörung des zweiten Tempels in Jerusalem im Jahre 70 n.Chr. begonnen. Er habe daher immer schon einen religiösen Charakter besessen, an der die Entwicklungen im 19. Jahrhundert nichts wesentliches, abgesehen von der Umsetzung in die Praxis, geändert hätten.<sup>50</sup> Herzls politischer Zionismus sei hinter seiner weltlichen Fassade praktisch immer religiös motiviert gewesen.<sup>51</sup>

Kritische Historiker und Sozialwissenschaftler, die in den letzten Jahren gegen die religiöse Interpretation des Zionismus und die daraus folgende politische Instrumentalisierung zu argumentieren versuchten, werden paradoxerweise vom orthodoxen Lager als „Postzionisten“<sup>52</sup> bezeichnet, die den religiösen „Ursprung“ des Zionismus untergraben wollten. Diesem gelingt es so, die bisherigen säkularen Geschichtsinterpretationen des jüdischen Volkes zu ignorieren und die moderne Betrachtung des israelischen Staates durch eine neue religiös-romantische Sichtweise zu ersetzen und so eine orthodox motivierte Politik zu legitimieren. Für Moshe Zimmermann ist daher die Epoche des Zionismus nach hundert Jahren beendet.<sup>53</sup>

---

47 Vgl. <http://www.mfa.gov.il>

48 Vgl. Kaniuk (1997; s. Anm. 45).

49 Vgl. Zimmermann (1998; s. Anm. 38) S. 14.

50 So schreibt der Oberrabbiner Shlomo Goren: „Der Zionismus war nicht zur Lösung des jüdischen Problems durch die Schaffung eines jüdischen Staates angetreten, sondern als Werkzeug der heiligen Erlösung, Israel auf dem Weg der Erlösung voranzubringen. Der essentielle Auftrag ist nicht die Normalisierung des Volkes Israel, damit es ein Volk unter allen Völkern [Goj kechol haGojim], sondern dass es ein heiliges Volk werde, ein Volk, das in Gott lebt und dessen Grundlage Jerusalem und ein königlicher Tempel in seiner Mitte ist.“ (zitiert nach Bernstein (2000; s. Anm. 27), S. 106).

51 Vgl. zum Kontext: Zimmermann (1996; s. Anm. 42), S. 19-24 und ders. (1998; s. Anm. 38), S. 14 und 15.

52 Vgl. Postzionistische Geschichtsschreibung, NZZ vom 20./21. Juni 1998. Historisch korrekt wäre es hingegen, die vom rechtsreligiösen Lager getragene romantisch-theologische Version des Zionismus als „Postzionismus“ zu bezeichnen (vgl. Zimmermann (1996; s. Anm. 42), S. 18).

53 Vgl. ders., Die Geschichte des Zionismus steht nach hundert Jahren an ihrem Ende, in: Frankfurter Rundschau vom 6. September 1996.

Die gesamte Diskussion um Zionismus, Postzionismus und „neue Historiker“ steht stellvertretend für die generelle Frage, welchen Charakter ein zukünftiger israelischer Staat haben soll. Es geht in dieser gesellschaftlichen Kontroverse um die Beziehung zwischen Religion und Staat,<sup>54</sup> mehr noch, um das Primat der Orthodoxie im Staat und um die Grundfrage, ob Israel von einer im großen und ganzen westlichen Demokratie zu einer Theokratie wird.

Wie weit diese Tendenz vorangeschritten ist, zeigt sich daran, dass einerseits die einstigen Vorzeigemodelle des Zionismus und des „neuen Juden“ im Sinne Herzls längst ihren Glanz verloren haben. So sind die Kibbuzim und Moschawim<sup>55</sup> größtenteils bankrott und permanenter Kritik bezüglich der staatlichen Subventionen ausgesetzt. Andererseits verschaffte der Eintritt der Ultraorthodoxie in die Begin-Koalition 1977 dem separaten Jeshiva-Schul- und Hochschulsystem<sup>56</sup> den finanziellen Zugang zu öffentlichen Geldern. Heute entspricht der Zulauf zu religiösen Bildungseinrichtungen, wie den Jeshivot oder die Schulen und Kindergärten der Schas-Partei, fast dem zu säkularen öffentlichen Schulen. Die säkularen Universitäten verlieren zunehmend an Attraktivität gegenüber den religiösen Hochschulen. Die rabbinischen Hochschulen werden vom Staat finanziell erheblich unterstützt, und in der Knesset wurde 1998 über die akademische Anerkennung des Titels eines Rabbiners diskutiert.<sup>57</sup>

Selbst das Militär, der wohl immer noch unumstrittensten staatlichen Institution und dem Symbol für die Standhaftigkeit des jüdischen Staates, öffnet sich langsam für streng religiöse Gruppen und deren Vorstellungen. Religiöse Soldaten und Offiziere gab es bei den IDF (Israeli Defence Forces) zwar immer schon, doch nun versuchen ultraorthodoxe Organisationen die Religion auch innerhalb der Armee zu institutionalisieren. So können Jeshivot-Studenten während ihres Militärdienstes rabbinische Hochschulen besuchen. Auch hat die Zahl der Religiösen im Offizierskorps in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Weitere Beispiele für die wachsende Einflussnahme religiöser Parteien auf die Gesetzgebung sind Bestimmungen, denen zufolge gesellschaftliche Restriktionen, wenn sie einen religiösen (definitiv jüdischen) Hintergrund haben, im Antirassismus-Gesetz als nicht-rassistisch gelten;<sup>58</sup> die zunehmenden Einschränkungen am Schabbat für Wirtschaft, Sport und sonstige Unterhaltung sowie die Einführung einer täglichen Talmudstunde für Beamte im gehobenen Dienst. Mit anderen Worten, die religiösen Parteien nutzen ihre Schlüsselstellung im Parlament, den Hütern der säkularen Demokratie immer mehr von deren Substanz abzutrotzen.

Die Politik der Zurückdrängung des säkularen Zionismus zugunsten einer „Charedisierung aller Lebensbereiche“<sup>59</sup> erfolgt unter der Zielvorgabe der „Einheit des jüdischen Volkes“. In diesem Zusammenhang sind die Auseinandersetzungen um das Personenstandsrecht von großer

---

54 Vgl. Ludwig Watzal, Kontroverse um Israels 'neue Historiker' in: NZZ vom 8./9. August.1998.

55 Kibbuzim sind sozialistisch geprägte landwirtschaftliche Kommunen, in denen die Produktionsmittel der Gemeinschaft gehören und auch die Bedürfnisse der Mitglieder von der Gemeinschaft gedeckt werden, während Moschawin landwirtschaftliche Genossenschaften sind, in denen jede Familie weitgehend für sich selbst wirtschaftet.

56 Jeshiva (pl. Jeshivot, hebr. für Lehrhaus) ist eine religiöse Schule bzw. Hochschule zum Studium des Talmud, der Thora und anderer religiöser Fächer.

57 Vgl. Zimmermann (1998; s. Anm. 38), S. 17.

58 Vgl. Moshe Zimmermann (1996; s. Anm. 42), S. 121.

59 Amos Elon, zitiert Bernstein (2000; s. Anm. 27), S. 110; der Begriff bezieht sich auf die Charedim, die ultraorthodoxen Juden, die im Gegensatz zur modernen Orthodoxie darauf achten, dass die strikten Standards der religiösen Verhaltensregeln (z. B. der koscheren Küche und der Schabbatruhe) eingehalten werden.

Bedeutung. Dies zeigt das Schicksal eines Beschlusses des Obersten Gerichtshofes, nach der in die regionalen und städtischen Religionsräte, die über Fragen wie die Konversion zum Judentum, Eheschließungen und Bestattungen entscheiden, auch Vertreter des – in Israel weit weniger als in der Diaspora praktizierten – konservativen und des Reformjudentums (und damit auch Frauen) aufgenommen werden sollten. Diese Entscheidung wurde Anfang 1999 von der Knesset durch ein von den religiösen Parteien eingebrachtes Gesetz annulliert, das den orthodoxen Rabbinern weiterhin die alleinige Autorität in den Religionsräten sichert.<sup>60</sup> Ein weiterer Beleg für die religiöse Einvernahme staatlicher Kompetenzen ist die 1998 geführte Diskussion um das Konversionsgesetz. Nach dem Willen der Orthodoxen sollten vom Staate Israel nur jene Konversionen akzeptiert werden, die vorher vom orthodoxen Rabbinat anerkannt worden waren. Dies beträfe dann nicht mehr nur die israelischen Juden, sondern träfe auf dem Weg über die Frage der Einwanderungsabsicht generell die anderen jüdischen Strömungen.<sup>61</sup> Da diese in der Diaspora die Mehrheit ausmachen, würde dieses Gesetz die juristische Spaltung zwischen Diasporajudentum und israelischem Judentum bedeuten. Neben dieser folgenschweren theologischen Spaltung ist ein anderer Aspekt politisch noch wichtiger: Mit dem Gesetz würde nämlich ein religiöser Akt zum entscheidenden Merkmal "jüdischen Nationalität" werden. Eine Gleichsetzung von Nation und Religion wäre somit vollzogen.<sup>62</sup>

### 2.3 Wahlrecht, Parteiensystem und Koalitionszwänge – die programmierte Instabilität

Schon aus der komplexen Zusammensetzung der Gesellschaft Israels ergeben sich vielfältige Konfliktlinien: Ashkenasische Eliten versus orientalische Mehrheit und beide gegenüber den „Russen“; religiöse versus säkulare Juden; Einwanderer gegen „Im-Land“-Geborene; Arme gegen Reiche; Linke versus Rechte; und Juden gegen Araber. Diese Linien brechen sich in dem zersplitterten Parteiensystem ein weiteres Mal.

Bei der Staatsgründung wurde die Knesset der Versammlung der WZO (World Zionist Organisation) nachgebildet, in der eine Vielzahl von Fraktionen vertreten war. Um die Tradition einer größtmöglichen Repräsentation des gesamten Spektrums des Weltjudentums weiter zu führen, beschloss man zum Einzug in die Knesset eine Ein-Prozent-Hürde. So sehr dies einem pluralistischen Demokratieverständnis entspricht, in dem es die parlamentarische Vertretung kleinster Parteien zulässt, so verschaffte es diesen im Laufe der Zeit jedoch einen überproportionalen Einfluss und erschwerte Koalitionsbildungen. Es galt in Verbindung mit der starren landesweiten Listenwahl als Hauptursache für häufige Abspaltungen und dadurch verursachte Koalitionskrisen und Regierungsumbildungen sowie für die Handlungsschwäche mancher Regierung.<sup>63</sup> Es handelt sich hierbei zunächst um kein spezifisch israelisches Problem, sondern um eine Antinomie des demokratischen Prinzips, die so lange um des Pluralismus willen akzeptiert werden kann und muss, wie dadurch die Existenz eines Staates und seiner demokratischen Ausrichtung nicht gefährdet wird.<sup>64</sup> Aus ihr wird aber eine Gefahr für den

60 Vgl. Fischer Weltalmanach 2000, Frankfurt 1999, S. 381f.

61 Vgl. Akuter Kulturkampf in Israel, NZZ vom 20./21. Juni 1998.

62 Vgl. Zimmermann (1998; s. Anm. 38), S. 18.

63 Vgl. Philipp A. Keller, Direktwahl des Premierministers – Israels Verfassungsreform von 1992, in: ZPol 2/1998, S. 597.

64 In der Demokratieforschung gelten stark fragmentierte Parteiensysteme allgemein als stabilitätsgefährdend für das gesamte politische System, vgl. Merkel/Puhle (1999; s. Anm. 1), S. 153.

demokratischen Frieden, wenn in Zeiten, in denen ein breiter Grundkonsens zur innenpolitischen Stabilisierung eines Landes erforderlich ist, um weitreichende außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen zu legitimieren, Feinde der freiheitlichen Ordnung und der ihr innewohnenden Toleranz an der Macht partizipieren oder diese sogar usurpieren. Inwieweit dies in Israel der Fall ist, soll im folgenden untersucht werden. Die Risiken einer übermäßigen Fragmentierung wurden in der politischen Elite Israels lange gesehen, doch Reformversuche scheiterten jahrzehntelang an machtpolitischen Kalkülen. Nach lebhaften Diskussionen über zahlreiche Vorschläge von Juristen und Politikwissenschaftlern zur Stabilisierung der Regierungen kam es 1992 zu einer Wahlrechtsreform.<sup>65</sup> Sie sah die Einführung der Direktwahl des Premierministers sowie die bescheidene Anhebung der Einzugs Klausel für das Parlament von ein Prozent auf 1,5 Prozent vor. Eine höhere Hürde war auf Grund des starken Einflusses der kleinen Parteien nicht durchsetzbar, die offenbar zutreffend kalkulierten, dass sie diese leichte Anhebung nicht zu scheuen hatten.

Dass die israelischen Wähler 1996 plötzlich zwei Wahlzettel bekamen, eröffnete ihnen die Möglichkeit, „eine Stimme vom Kopf und eine Stimme vom Herzen“<sup>66</sup> abzugeben. Viele Wähler nutzten diese Möglichkeit, was dazu führte, dass vielfach die Direktstimme an einen der beiden Hauptkonkurrenten (Schimon Peres vs. Benjamin Netanjahu) und die zweite Stimme einer der kleineren Parteien gegeben wurde. Deren Stärke nahm also nicht ab, sondern zu. Aufgrund des neuen Mischsystems zwischen präsidentieller und parlamentarischer Demokratie<sup>67</sup> kam es zu einer noch größeren Fragmentierung in der Knesset und in der Folge zu noch kürzeren Halbwertzeiten von Koalitionsverträgen. Waren es 1992 noch zehn Fraktionen gewesen, so stieg ihre Zahl 1996 auf elf, und als dann bei den vorgezogenen Neuwahlen 1999 wiederum Ministerpräsident und Knesset gleichzeitig getrennt zu wählen waren, auf 15.

Nach der dritten – am 6. Februar 2001 erstmals ohne gleichzeitige Neuwahl des Parlaments abgehaltenen – Direktwahl des Ministerpräsidenten beschloss die Knesset am Tage der Vereidigung der neuen Regierung eine Gesetzesänderung zur Abschaffung der Direktwahl. Dies war Bestandteil der Koalitionsvereinbarung zwischen Likud und dem um die Arbeitspartei gebildeten Bündnis „Ein Israel“ und soll ab der für November 2003 vorgesehenen nächsten Knessetwahl gelten. Zu den weiteren gravierenden Änderungen des neuen „Grundgesetzes“ gehört die Einführung eines konstruktiven Misstrauensvotums gegen die Regierung, für das eine absolute Mehrheit in der Knesset erforderlich ist. Von dieser Neuregelung verspricht sich nicht nur Parlamentspräsident Avraham Burg eine Stabilisierung der israelischen Politik.<sup>68</sup>

### *Die gegenwärtige Parteienlandschaft*

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ergebnisse der Knessetwahlen von 1992, 1996 und 1999. Für letztere enthält sie außerdem die ursprüngliche Sitzverteilung für die von Barak gebildeten Koalition und die Veränderung für das Regierungsbündnis vom März 2001 unter Sharon.<sup>69</sup> Die Tabelle macht nicht nur die Zersplitterung deutlich. Vielmehr läßt der Vergleich

---

65 Keller (1998; s. Anm. 63), S. 597.

66 Zitiert nach Wolffsohn/Bokovoy (1996; s. Anm. 11), S. 86.

67 Ausführlich dazu Reuven Hazan: Presidential Parliamentarism. Direct Popular Election of the Prime Minister. Israel's New Electoral and Political System, in: Electoral Studies 15 (1996), S. 21-37.

68 Vgl. Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 8. März 2001.

69 Baraks Koalition konnten in der Tabelle auch noch die Stimmanteile der damaligen Oppositionsparteien gegenübergestellt werden, was bei der gegenwärtigen Koalition insofern schwierig ist, als Gescher und die NRP zwar nicht in die Koalition eingebunden sind, aber mit ihr stimmen wollen, während noch nicht sicher ist,

erkennen, wie schnell sich Wahlbündnisse auflösen und neu formieren oder Parteien spalten und in neuer Konstellation zur Wahl stellen. Auffällig ist ferner, dass die beiden großen säkularen Parteien, die in der Geschichte Israels sämtliche Ministerpräsidenten gestellt haben, die sozialdemokratische Arbeitspartei und der national-konservative Likud-Block<sup>70</sup>, im Laufe der neunziger Jahre deutlich an Stimmen verloren haben. Hatten sie 1992 zusammen noch fast zwei Drittel (76 Sitze) aller 120 Abgeordneten, so waren es 1996 noch 66 und 1999 mit 45 kaum mehr ein Drittel, d. h., sie sind inzwischen nicht mehr in der Lage, ohne die Einbeziehung weiterer Parteien eine „große“ Koalition der „nationalen Einheit“ zu bilden. Beiden gelang es in den neunziger Jahren auch nicht, ihre Sympathieverluste durch Wahlbündnisse zu kompensieren. Likud konnte 1996 durch die Aufnahme von Tsomet gerade noch seine Sitzzahl halten, während die Arbeitspartei 1999 mit dem Wahlbündnis „Ein Israel“ sogar Verluste hinnehmen musste. Demgegenüber hat die Zahl der Sitze der religiösen Parteien Schas (sephardisch ultraorthodox), Thora-Partei (ultraorthodox) und der unter den Siedlern stark vertretenen Nationalreligiösen Partei über die drei Wahlen zugenommen. Ihre Stimmengewinne wie auch die Anteile der von den russischen Einwanderern bevorzugten Parteien Israel b'Alija und Israel Beitenu zeigen in etwa, in welche Richtungen Likud und Arbeitspartei Wähler verloren haben. Allerdings hat sich, wie die Zunahme des Anteils der „Russen-Parteien“ und der arabischen Parteien zeigt, auch die Bevölkerungsentwicklung negativ auf das Stimmgewicht der traditionellen Parteien ausgewirkt.

---

ob die gesamte Fraktion der Arbeitspartei mit der Koalition stimmt. Für wertvolle Hilfe bei der Erstellung der Spalte für die Stimmverteilung 2001 danke ich Dennis Meiser von der Botschaft des Staates Israel, Berlin.

70 Der Likud wurde 1973 aus der Herut-Bewegung Menachim Begins und der rechtsgerichteten Liberalen Partei sowie drei weiteren kleineren Rechtsparteien gebildet und hat seinen ideologischen Ursprung bei den zionistischen Revisionisten um Vladimir Jabotinsky. Hauptinitiator dieses Zusammenschlusses (hebr. Likud) war der Ex-General Ariel Scharon.



**Tabelle: Sitzverteilung in der Knesset**

Listennamen (für die Wahl 1999)	Sitze nach der Wahl 1992	Sitze Nach der Wahl 1996	Sitze nach Wahl 1999 und Bildung der Barak-Koalition / Opposition	Sitze nach MP-Wahl 2001 und Bildung der Scharon-Koalition / Opposition
Wahlbündnis „Ein Israel“ (Arbeitspartei, Gescher, Maimad)	44 (nur Arbeitspartei)	34 (nur Arbeitspartei)	26	24 <sup>a)</sup> (Brüder Lewi) 2 <sup>b)</sup>
Likud	32	32 <sup>c)</sup>	19	19
Tsomet (nationalistisch)	8	–	–	–
Schas (orientalisch [Ultra] Orthodoxe)	6	10	17	17
Vereinte Thora-Partei (Ultraorthodoxe)	4 <sup>d)</sup>	4	5	5
Nationalreligiöse Partei	6	9	5	5
Meretz (linksliberale Einheitsliste) <sup>e)</sup>	12	9	10	10
Schinui (säkulare Zentrumsbewegung)	– (noch bei Meretz)	– (noch bei Meretz)	6	6
Zentrumspartei	–	–	6	5 <sup>f)</sup>
Israel b'Alija (russische Einwanderungspartei)	–	7	6 <sup>g)</sup>	4 (Dem.Choice) 2
Nationale Union <sup>h)</sup>	–	–	4	(M. Kleiner) 1
Israel Beitenu (rechte P., vorwiegend russische Wähler)	–	–	4	7 <sup>i)</sup>
Eine Nation (Gewerkschaftspartei)	–	–	2	2
Vereinigte Arab. Liste	–	4	5	5
Hadasch (Kommunisten, vorwiegend arabisch)	3	5	3	3
Nationale Demokratische Allianz (arabisch)	–	–	2	3
Dritter Weg (rechte Abspaltung d. Arbeitspartei)	–	4	–	–
Moledet (rechtsextrem)	3	2	–	–
Arabische Demokr. Partei	2	–	–	–
urspr. Koalition 99 bzw. 01			75	78
übrige Abg. 99 bzw. 01			45	42
Gesamtzahl	120	120	120	120

a) Nur noch Arbeitspartei, Meimad und Dalia Rabin-Pelesof (die 1999 noch zur Zentrumsfraktion gehörte).

b) Bei Ausscheiden von David Lewi aus der Regierung Barak verließ Gescher das Wahlbündnis „Ein Israel“.

c) Bei den Wahlen 1996: Wahlbündnis aus Likud, Gescher und Tsomet

d) Bei den Wahlen 1992: „Thora-Front“ gemeinsame Liste von Agudat Israel, Thora-Banner und Poale Agudat Israel

e) Bei den Wahlen 1996 bestehend aus Mapam, Bürgerrechtsbewegung Ratz und Shinui

f) Die Zentrumspartei löste sich vor der Regierungsbildung 2001 auf und gründete sich neu ohne Dalia Rabin-Pelesof.

g) Von Israel b'Alija spalteten sich gleich nach deren Eintritt in die Regierung Barak zwei Abgeordnete ab (vgl. Stephan Maul (2000; S. Anm. 7), S. 38) Sie bilden inzwischen die Fraktion „Democratic Choice“ (Ha'aretz Special 4.11.2000).

h) Zusammenschluss aus Moledet, Tekuma und Herut.

i) In der Zusammenstellung der Fraktionen in Ha'aretz Special vom 4.11.2000 wurden drei der Abgeordneten der Nationalen Union der Fraktion von Israel Beitenu zugerechnet, während der Herut-Abgeordnete Michael Kleiner als Ein-Mann-Fraktion Herut-Nationale Bewegung aufgeführt wird.

## 2.4 Koalitionspolitische Gründe für das Scheitern Baraks

### *Baraks Koalition der Gegensätze*

Betrachtet man die Phase der israelischen Politik, in der der Friedensprozess unter Ehud Barak nach der Stagnation unter Netanjahu (Likud) wieder vorangetrieben werden sollte, unter innenpolitischen Gesichtspunkten, so wird deutlich, warum der strahlende Sieger der Direktwahl vom Mai 1999 nach ungewöhnlich kurzer Zeit scheiterte. Dem damaligen Oppositionsführer war als jahrelangem Generalstabschef und am höchsten dekorierten Soldaten Israels die Kompetenz in Sicherheitsfragen kaum streitig zu machen gewesen. Wem, wenn nicht ihm, könnte es gelingen, den Friedensprozess mit den Palästinensern zu Ende zu führen, ohne die Sicherheit Israels zu gefährden? Bei den Vorwahlen innerhalb der Arbeitspartei erhielten Barak und an zweiter Stelle Peres die Spitzenplätze, ihnen folgten der in Marokko geborene Shlomo Ben Ami und der frühere stellvertretende Außenminister und Architekt des Abkommens von Oslo, Yossi Beilin. Mit dieser Spitzengruppe hatte Barak nicht nur engagierte Friedens- und Sozialpolitiker auf seiner Liste vereinigt, sondern auch das orientalische Element in der Arbeitspartei gestärkt.<sup>71</sup>

Trotzdem vertraute am 17. Mai 1999 kaum mehr als ein Drittel derer, die Barak mit über 56 Prozent bei der Direktwahl zum Ministerpräsidenten wählten, seinem Parteienbündnis „Ein Israel“. Die Liste war trotz oder wegen ihrer Ausgewogenheit nicht attraktiv genug und gewann nur 26 Sitze. Insgesamt stieg die Zahl der in der Knesset vertretenen Fraktionen von elf auf 15. Auch der seinen Gegenkandidaten Netanjahu stützende Likud-Block war in der Wählergunst weit zurückgefallen.

Barak wollte mit der Regierungsbildung das Volk zusammenführen. Dabei durfte er weder die national-konservative Rechte noch die religiösen Parteien ausschließen.<sup>72</sup> Bei der Suche nach Koalitionspartnern war es für ihn relativ leicht, die linksliberale Meretz und die Zentrumspartei von Yitzhak Mordechai aufzunehmen, da beider Bereitschaft dazu vorher schon als sicher galt. Durch Miteinbeziehung Nathan Sharanskys und seiner russischen Einwanderungspartei Israel b'Alija versuchte Barak, deren politische Stellung auf der Seite der Linksparteien zu fixieren, denn seit ihrem Bestehen war nie ganz klar, ob sie außenpolitisch eher den Tauben oder Falken zuzuordnen war. Die Gegner der Koalition verließen dann auch alsbald die Fraktion Sharanskys und reduzierten sie von sechs auf vier Mandate.

Bei der Suche nach weiteren Koalitionspartnern musste Barak sich jedoch entscheiden, welches der wichtigen Probleme, die es zu lösen galt, höhere Priorität haben sollte: Einen umfassenden Frieden mit den Palästinensern sowie den arabischen Staaten im Norden zu schließen oder den Einfluss der Religiösen zu bremsen und die Demokratie mit einer säkularen Verfassung<sup>73</sup> zu festigen. Barak entschloß sich für ersteres, um die religiösen Parteien Schas, NRP und kurzfristig sogar die besonders strenggläubige ultraorthodoxe Vereinte Thora-Partei<sup>74</sup> koalitionspolitisch

---

71 FAZ vom 17. Januar 1999.

72 Vgl. Veit (1999; s. Anm. 16), S. 1.

73 Der Verzicht auf eine geschriebene Verfassung mit einem Katalog von Grund- und Menschenrechten gehört zusammen mit der Befreiung von der Wehrpflicht zu den Zugeständnissen David Ben Gurions bei der Staatsgründung an die damals kleine Gruppe der Ultraorthodoxen (Haredim), obwohl es hierfür in der Unabhängigkeitserklärung einen klaren Auftrag gegeben hatte.

74 Die Vereinte Thora Partei verließ schon nach wenigen Wochen die Koalition, als die Polizei aus Gründen der Verkehrssicherheit ein paar besonders schwere und breite Kraftwerksturbinen am verkehrsarmen Schabbat transportieren wollte. Die hierfür erforderliche Störung der Schabbat-Ruhe war für die Thora-Abgeordneten ein

einzubinden, denn mit ihnen wäre eine Absprache zur Lösung der zweiten Frage unmöglich gewesen.<sup>75</sup> Da rein rechnerisch auch eine säkulare Koalition möglich war, hatte Barak anfangs noch gehofft, seine religiösen Partner mit einer „Agenda für zivile Reformen“ unter Druck setzen zu können.<sup>76</sup> Es war ihm jedoch nicht möglich gewesen, den Likud, den er für diese Reform gebraucht hätte, zu einer Koalition des „breiten Konsenses“ zu bewegen, obwohl der durch die Niederlage gekränkte Netanjahu nach der Wahl auf alle politischen Ämter verzichtet hatte und der neue Likud-Chef Ariel Scharon allem Anschein nach persönlich ein gutes Verhältnis zu seinem ehemaligen Generalskollegen Barak pflegte. Daher konnte dieser später die Religiösen nicht mehr mit einer „säkularen Revolution“ drohen, um sie zur Disziplin zurückzurufen.

Für die Koalition mit der sephardisch-ultraorthodoxen Schas-Partei hatte die Annahme gesprochen, sie werde die Ratifizierung eines umfassenden Friedensvertrag in der Knesset unterstützen. Dies erschien insofern begründet, als ihr spiritueller Führer, Rabbi Ovadia Josef, öfter erklärt hatte, ihm sei der Schutz jüdischen Lebens mindestens genauso wichtig wie eine Besiedelung der besetzten Gebiete. Diese Hoffnung war der Grund dafür, dass die säkularen Koalitionspartner zunächst alle Augen gegenüber den äußerst fragwürdigen Einstellungen dieser Partei zum israelischen Staat, seiner Rechtsstaatlichkeit und seinen demokratischen Werten zudrückten.<sup>77</sup> Schas legte hingegen auf eine Regierungsbeteiligung großen Wert, um so die staatliche Finanzierung ihres auf religiöse Inhalte fixierten Schulsystems<sup>78</sup> sicherzustellen, das ohne diese Gelder nicht lebensfähig wäre. Schas verstand es in den folgenden Monaten mehrfach mit Erfolg, sich ihren Beitrag zur Mehrheitsbeschaffung durch das ultimative Beharren auf weiteren Zuwendungen zu erkaufen.<sup>79</sup> Schließlich erwies sich aber die Hoffnung Baraks, Schas werde den Friedensprozess unterstützen, als unrealistisch, als die Partei kurz vor dem Treffen von Camp David die Koalition verließ.

Die Aufnahme der Nationalreligiösen Partei (NRP) in das Kabinett war insofern ein Risiko, als bekannt ist, dass diese Partei die Idee eines Groß-Israels religiös begründet politisch unterstützt und als Interessenvertretung der religiös-nationalistischen Siedlerbewegung Gush Emunim jegliche territorialen Konzessionen an die Palästinenser ablehnt.<sup>80</sup> Doch Barak glaubte, ihr gegenüber insofern in einer vergleichsweise günstigen Machtposition zu sein, als ihre

---

so gravierender Verstoß gegen ein Religionsgesetz, dass sie deswegen die Koalition verließen (vgl. FAZ vom 16. Oktober 1999).

75 Vgl. Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 16. Juni 2000.

76 Vgl. Winfried Veit (2001; s. Anm. 36), S. 9 ff.

77 Vgl. Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 12. Juni 2000.

78 Ungefähr 40.000 Kinder besuchen annähernd 740 Kindergärten und Schulen der Schas-Partei, und ihre Zahl steigt jährlich um ca. 15 Prozent an (vgl. International Herald Tribune vom 4. Mai 2000).

79 Bereits Ende 1999 drohte Schas mit dem Austritt aus der Koalition und stellte dafür ein Ultimatum von 24 Stunden, binnen derer im Haushaltsentwurf eine beträchtliche Finanzspritze für dieses Schulsystem veranschlagt sein musste. Ohne die 17 Schas-Abgeordneten hätte Barak zu diesem Zeitpunkt nur noch 51 der 120 Knesset-Abgeordneten hinter sich gehabt (vgl. SZ vom 28. Dezember 1999). Da er somit erpressbar war, musste er gegen heftigen Widerstand der anderen Koalitionspartner, vor allem Meretz', eine Erhöhung der jährlichen staatlichen Zuschüsse durchsetzen. Nach einem Kompromiß war die Regierung bereit, 95 Millionen Mark an Schas zu zahlen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30. Dezember 1999). Kaum hatte Schas dies erreicht, da versuchte sie, die Unabhängigkeit ihres Schulsystems vom Erziehungsministerium zu erreichen und ihre fünf Radiosender legalisieren zu lassen, die bisher ohne jegliche Genehmigung arbeiteten. Diese Forderungen wurden mehrmals als Voraussetzung einer weiteren Unterstützung der Koalition auf den Verhandlungstisch gelegt und produzierten somit neue Regierungskrisen (vgl. Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 12. Juni 2000).

80 Vgl. dazu näher Maul (2000; s. Anm. 7), S. 61ff.

Möglichkeiten, Ansprüche geltend zu machen, mit nur fünf Sitzen in einer zunächst 75 Abgeordnete umfassenden Koalition beschränkt waren. Wäre nur sie allein aus der Regierung ausgeschieden, hätte dies noch nicht den Verlust der Mehrheit bedeutet. Dass andere Partner noch schneller die Koalition verlassen würden, war für den designierten Ministerpräsidenten wahrscheinlich unvorstellbar.

#### *Verprellte potentielle Partner*

Innerhalb des Parteienspektrums der 15. Knesset gibt es einige kleinere Parteien, die von ihrer politischen Ausrichtung her eigentlich eher als Koalitionspartner für Barak in Frage gekommen wären, jedoch außerhalb der Regierung blieben.

So gilt Shinui als die einzige konsequent säkulare Partei. Sie hat sich den Kampf gegen den steigenden Einfluss der Religiösen auf ihre politischen Fahnen geschrieben und erreichte damit 1999 sechs Sitze im Parlament. Weil aber Barak Schas und NRP mit in eine Koalition nahm, verweigerte Shinui jegliche Zusammenarbeit und blieb in der Opposition. Selbst als die Koalition unmittelbar vor dem Gipfel von Camp David zerbrach und Barak glaubte, sich nun der Zustimmung Shinuis versichern zu können, gelang dies nicht.<sup>81</sup>

Aufgrund der niedrigen Zugangshürde zur Knesset konnten es sich bisher auch die arabischen Israelis erlauben, mit Parteien unterschiedlicher politischer Ausrichtung anzutreten. Doch aus diesem Grunde waren und sind die Einflussmöglichkeiten der drei arabischen Parteien Vereinigte Arabische Liste, Hadasch (kommunistisch) und Nationale Demokratische Allianz („Balad“, arabisch-national) gering. Dementsprechend erwartete Barak von den Abgeordneten dieser Parteien, deren Wähler ihm zu 95 Prozent ihre Stimmen gegeben hatten, dass sie seine Friedenspolitik auch ohne Koalitionsbeteiligung unterstützten. Barak glaubte, sich der Araber-Stimmen sicher zu sein und vernachlässigte deshalb ihre Pflege. Damit wiederholte einen gravierenden Fehler der Rabin-Regierung. So traf er sich erstmals mit dem Committee for Arab Israeli Affairs genau drei Tage vor dem Ausbruch der Gewalttätigkeiten in den Autonomiegebieten.

Nachdem im Zusammenhang mit den parallel zur Intifada aufgekommenen Unruhen im vorwiegend von Arabern bewohnten Galilea am 2. Oktober 2000 dreizehn Araber von israelischen Polizeikräften erschossen worden waren, stimmten die Abgeordneten der arabischen Parteien am 28. November 2000 gemeinsam mit dem Likud für Neuwahlen. Obwohl Palästinenserpräsident Yassir Arafat am selben Tag noch einige Abgeordnete persönlich angerufen hatte, um ihnen zu verdeutlichen, dass ihm ein oppositioneller Scharon lieber sei als einer in der Regierung, konnte das die große Enttäuschung der israelischen Araber über Barak nicht mehr rückgängig machen. So nannte der Abgeordnete Muhammed Kanan (Vereinigte Arabische Liste) Barak den schlechtesten Premierminister, den Israel je hatte.<sup>82</sup> Erst zwei Tage vor der Wahl entschuldigte Barak sich offiziell für die Erschießung der dreizehn Araber. Dies war jedoch zu spät, und trotz des in dieser Rede enthaltenen Satzes „It is very important that Israeli Arab citizens feel this is everyone's country and that the citizens in it are all equal and that all blood is dear to us“<sup>83</sup> – wie deren Vertreter es sahen – zu halbherzig, um noch eine Versöhnung zu ermöglichen. Etwa 80 Prozent der Araber blieben den Wahllokalen fern. Die wenigen, die dorthin gingen, gaben

---

81 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 2000.

82 Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 29. November 2000.

83 Zitiert nach Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 5. Februar 2001.

zumeist leere Stimmzettel ab, ja ein Viertel von ihnen stimmte sogar für Scharon.<sup>84</sup> Der Abgeordnete Abdulmalik Dehamshe von der Vereinigten Arabischen Liste nannte den Wahlboykott einen Beweis dafür, dass die arabischen Israelis „not in anyone's pocket“ steckten und bezeichnete ihn als Erfolg und ihre „electoral declaration of independence“.<sup>85</sup> Solche Äußerungen korrespondieren mit einem durch die neue Intifada beflügelten veränderten Selbstverständnis junger arabischer Israelis, die sich nun als „Palestinians in Israel“ bezeichnen.

86

### *Baraks Friedenspolitik ohne innenpolitische Basis*

Nachdem es Barak innerhalb von sieben Wochen gelungen war, eine breite Mehrheit zustande zu bringen, setzte sich die ab dem 6. Juli 1999 amtierende neue Regierung am 6. Juli ehrgeizige Ziele: Binnen Jahresfrist wollte sie die israelischen Truppen aus dem Südlibanon zurückziehen und bis zum Herbst 2000 einen Vertrag über den Endstatus Palästinas ausgehandelt und unterzeichnet haben. Für dieses Tempo hatte Barak als direkt gewählter Ministerpräsident zwar ein Mandat, jedoch – wie sich bald zeigte – keine solide Machtbasis in der Knesset.

Schon am 11. Juli 1999 traf er sich mit Palästinenserpräsident Arafat und sagte ihm ausdrücklichen zu, das Wye-Abkommen<sup>87</sup> umzusetzen, allerdings vereinbarten die beiden zuerst einmal über einige Punkte nachzuverhandeln. Dem so genannten Wye-2-Abkommen vom 4. September 1999 zufolge sollten bis zum Januar 2000 rund 40 Prozent des Westjordanlandes ganz oder teilweise von den Palästinensern kontrolliert werden, und dabei im Norden eine territoriale Geschlossenheit zwischen Nablus und Jenin erreicht sein. Bis Februar 2000 sollte außerdem eine Prinzipienklärung zum Endstatus der Palästinensergebiete und zur Flüchtlingsfrage ausgearbeitet und am 13. September 2000 ein Friedensvertrag unterzeichnet werden. Bis dahin wollten beide Seiten auf „einseitige Maßnahmen“ verzichten.

Tatsächlich wurde am 25. Oktober 1999 einer der beiden vorgesehenen Transitkorridore zwischen Erez (Gaza) und Tarkumina (südliches Westjordanland) freigegeben, aber bis heute nur dieser. Auf der 44 km langen Strecke sollten täglich 1000 Palästinenser, die über eine Transitkarte verfügen, frei verkehren und Waren mit sich führen dürfen. Da jedoch die Transitstraße selbst israelisch bleibt, sind die israelischen Kontrollen so gründlich, dass von

---

84 Vgl. Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 7. Februar 2001, Jerusalem Post (Internet-Ausgabe) vom 7. Februar 2001.

85 Zitiert nach Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 7. Februar 2001.

86 Vgl. Time vom 5. März 2001, S. 42.

87 Dieses war auf amerikanischen Druck noch von seinem Vorgänger Benjamin Netanjahu mit Arafat am 23. Oktober 1998 in Wye Plantation bei Washington als ein weiteres Interimsabkommen geschlossen worden. Seine Kernpunkte waren der Rückzug israelischer Truppen aus weiteren 13,1 Prozent der besetzten Gebiete im Westjordanland, eine Verminderung der palästinensischen Polizeitruppe von 40.000 auf 30.000 Mann unter amerikanischer Kontrolle, Sicherheitsgarantien der Palästinenser für Israel durch die Streichung der israelfeindlichen Passagen in der Charta der PLO sowie die Schaffung von zwei Straßenverbindungen zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland, auf denen der Verkehr ungehindert fließen konnte, und die Eröffnung des schon länger fertiggestellten palästinensischen internationalen Flughafens im Gazastreifen. Außerdem sollten die Endstatusverhandlungen beschleunigt aufgenommen werden, um doch noch das 1994 festgelegte Ziel zu erreichen, sie zum 4. Mai 1999 abzuschließen. Bis zu Baraks Amtsantritt war dieses Abkommen nur in Teilen umgesetzt worden, wobei Netanjahu bei der Landrückgabe und der Freilassung von palästinensischen Gefangenen Israels seit Beginn des Friedensprozesses praktizierte Taktik der Vertragserfüllung in homöopathischen Dosen fortgesetzt hatte.

einem freien Transit kaum die Rede sein kann.<sup>88</sup> Vielmehr erinnern die Kontrollanlagen und -verfahren am Checkpoint Erez in fataler Weise an die Grenzabfertigung der DDR.

Beim Truppenrückzug und der Landrückgabe verhielt sich die neue israelische Regierung ähnlich hinhaltend wie die alte.<sup>89</sup> Insbesondere die Siedlungspolitik blieb weiter umstritten. Die Regierung Barak hielt sich zwar insofern an die Vereinbarung, als sie keine neuen Siedlungen errichtete und Anfang Oktober 1999 15 von 42 illegalen Siedlungen und im November 1999 zehn weitere räumte, was zu massiven Protesten der Siedler führte. Aber in den bestehenden Siedlungen wurde mit Genehmigung der Regierung weiter gebaut, was die Palästinenser Anfang Dezember 1999 dazu brachte, aus Protest die Verhandlungen abubrechen.

Beide Seiten interpretierten den zeitlichen Rahmen, in dem Ergebnisse erzielt werden sollten, unterschiedlich. Israel bestand darauf, es dürfe vor dem Abschluss eines Friedensvertrages nicht zu einer Ausrufung des Staates Palästina kommen, was bedeutete, dass es sich nicht von dem Herannahen des 13. September 2000 unter Druck setzen wollte, während der Zentralrat der PLO darauf drang, Arafat solle auf jeden Fall an diesem Tag den Staat Palästina proklamieren. Daher wurde es am 9. März 2000 notwendig, einen neuen Zeitrahmen zu vereinbaren.

Um ein Zeichen guten Willens zu setzen, aber auch deutlich zu machen, dass Israel seinen Anspruch auf ganz Jerusalem nicht aufzugeben bereit ist, erwog Barak die Übergabe des Dorfes Abu Dis an der Stadtgrenze zu Ost-Jerusalem,<sup>90</sup> für das sich ein Status konstruieren ließ, unter dem es zur Ersatzhauptstadt Palästinas werden könnte. Dies fand indes keine palästinensische Zustimmung. Barak kündigte außerdem am Vorabend des Nationalfeiertages 2000 an, weitere Gefangene freizulassen, darunter auch zahlreiche Mitglieder von Arafats Fatah-Organisation. Doch auch änderte dies nichts daran, dass dieser Feiertag von den Palästinensern traditionell als von Protesten begleiteter *Naqba*-Gedenktag begangen wird, und so begann am 12. Mai in Bethlehem eine kleinere Intifada, die sich in den nächsten Tagen über das Palästinensergebiet ausbreitete, bei der sechs Polizisten der PA starben und Hunderte von Demonstranten, israelischen Soldaten und Polizisten verletzt wurden.<sup>91</sup>

---

88 Tatsächlich belief sich in der Folgezeit der Durchlass auf etwa 100 genehmigungspflichtige Fahrzeuge am Tag, vgl. Deutsches Orient-Institut (Hg.), Nahost-Jahrbuch 1999, Opladen 2000, S. 178.

89 Der erste der drei vorgesehenen Termine für den weiteren Rückzug israelischer Truppen und die damit verbundene Umwidmung von sieben Prozent der Zone C in Zone B, der 10. September 1999, wurde noch eingehalten. Statt am 10. November 1999 kam es nach zweimaligen Verschiebungen erst zwischen dem 5. und 7. Januar 2000 zur Implementierung der zweiten Phase, in der drei Prozent von der Kategorie C nach B und zwei Prozent von B nach A wechselten. Die für den 20. Januar 2000 vorgesehene dritte Phase wurde wegen einiger Unstimmigkeiten über die geographische Lage des abzutretenden Gebietes erst am 21. März 2000 vollzogen. Dabei wechselten ein Prozent von C nach B und 5,1 Prozent von B nach A. (Alle Zahlenangaben nach Israelian Ministry of Foreign Affairs, Sharm el-Sheikh Memorandum (September 4, 1999): Selected Documents and Stages of Implementation, <http://www.mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH0fnq0>).

90 Abu Dis war 1967 bei der Annektion Ost-Jerusalems von Israel aus dem erweiterten Stadtgebiet herausgenommen worden, vgl. FAZ vom 22. September 2000.

91 Nach meinen eigenen Beobachtungen kam es zur Gewalt, nachdem am 12. Mai während des politischen muslimischen Freitagsgebets – wenigstens in der Omar-Moschee von Bethlehem, wo ich dies mitbekam – im Vorweggriff auf den in Sichtweite gerückten Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon eine Parole erklang, die uns wie folgt übersetzt wurde: „So wie die Hisbollah die Israelis aus dem Libanon vertrieben hat, werden wir sie auch aus dem Westjordanland vertreiben.“ Zwei Stunden später war für uns die Hauptstraße nach Jerusalem wegen der dort entbrannten heftigen Auseinandersetzungen zwischen steinwerfenden Jugendlichen und Sicherheitskräften nicht mehr passierbar.

Man kann diese Phase der Barakschen Außenpolitik, in der er noch über eine Mehrheit verfügte, und die in etwa bis zum Rückzug der Truppen aus dem Südlibanon am 23. Mai reicht, als Versuch werten, die vor der Wahl gegebenen friedenspolitischen Versprechen einzuhalten, ohne irgendein Risiko einzugehen.

### *Das Zerbrechen der Koalition*

Mitte Juni 2000 hatte Schas zum wiederholten Male gedroht, die Regierungskoalition zu verlassen und in die Opposition zu gehen, falls Barak seine Ablehnung gegen eine weitere Finanzspritze von einigen Millionen Steuergeldern für ihr bankrottetes Schulsystem nicht revidierte. Zur selben Zeit traf sich der spirituelle Führer Schas', Ovadia Josef, mit dem Oppositionsführer Ariel Sharon, um die Ernsthaftigkeit der Drohung zu untermauern. Sharon ließ keine Spekulationen offen und sagte Josef, die Tür stehe immer offen,<sup>92</sup> denn Schas war bis zum Bruch 1999 ein Koalitionspartner des Likud gewesen.

Barak glaubte zu jener Zeit, aufgrund seines Direktmandates könne er im Notfall auch gegen die Mehrheit in der Knesset seine Friedenspolitik weiterführen. Ende Juni verließ die linksgerichtete Meretz in einem paradoxen Akt die Koalition: um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen wollte sie nicht länger die Provokationen der Schas-Partei ertragen, andererseits wollte sie Barak nicht zwingen, den größeren Partner Schas zu entlassen, da dann seine Mehrheit verloren und der von Meretz befürwortete Friedensprozess gefährdet gewesen wäre.<sup>93</sup> Damit rettete sie Baraks Mehrheit nur für kurze Zeit. Am 10. Juli reichten die Minister von Israel b'Alija, NRP und Schas – unmittelbar vor den von US-Präsident Clinton nach Camp David einberufenen Endstatus-Verhandlungen – ihre Rücktritte ein.<sup>94</sup> Für die Einwanderungspartei machte der Ministerpräsident zu viele Zugeständnisse an die Palästinenser, die NRP verließ die Koalition wegen seiner Bereitschaft über Ost-Jerusalem zu verhandeln, und für Schas waren die finanziellen Zusagen der Regierung immer noch zu wenig. Dass Schas mit einem solchen Argument in einer für Israels Zukunft entscheidenden Situation den Ministerpräsidenten erpressen wollte, macht deutlich, wie wenig den Schas-Abgeordneten an einer außenpolitisch handlungsfähigen Regierung lag. Damit verlor Barak noch vor der Abreise in die USA innerhalb eines Tages die Mehrheit. Seine Regierung überlebte trotzdem die Abstimmung über einen Misstrauensantrag des Likud, da dieser nur 54 statt der erforderlichen 61 Stimmen fand.<sup>95</sup> Aber noch glaubte Barak, seine Politik einer feindlichen Knesset aufzwingen zu können. Vor dem Abflug nach Washington sagte er selbstbewusst, er gehe nicht allein, die Mehrheit der Nation unterstütze ihn.<sup>96</sup>

### *Ohne Mehrheit nach Camp David*

In Camp David sollte unter Anrufung des dort vermeintlich immer noch wehenden konstruktiven Geistes, in dem 1978 das von Jimmy Carter vermittelte Rahmenabkommen zwischen Israel und Ägypten abgeschlossen wurde, nach amerikanischem Willen der Durchbruch zu dem Endstatus-Abkommen erreicht werden. Sowohl Präsident Clinton als auch Außenministerin Albright bemühten sich in den folgenden zwei Wochen nach Kräften<sup>97</sup> um ein Verhandlungsergebnis,

92 Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 14. Juni 2000.

93 SZ vom 23. Juni 2000.

94 Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 10. Juli 2000.

95 Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 11. Juli 2000

96 Zitiert nach: Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 11. Juli 2000.

97 Ob Clinton mehr Erfolg damit gehabt hätte, wenn er seine Rolle als Vermittler nicht für die Teilnahme am G-8-Gipfel in Japan für ein paar Tage unterbrochen hätte, darf bezweifelt werden.

doch die Konferenz ging am 25. Juli 2000 ohne ein solches zu Ende. Trotzdem werteten es Beobachter als positiv, dass in dieser Zeit erstmals alle wichtigen Fragen auf höchster Ebene behandelt und wohl auch die Grenzen der wechselseitigen Zumutbarkeiten ausgelotet wurden.

Die Informationen über den Verlauf dieser von der Öffentlichkeit abgeschirmten Gespräche sind unterschiedlich und zum Teil auch widersprüchlich. Gewiss ist immerhin, dass Barak zu einem bis dahin niemals geäußerten Entgegenkommen bereit war. Allerdings schwanken die Aussagen über sein Angebot an Arafat für den Staat Palästina zwischen 88 und 95 Prozent<sup>98</sup> des Westjordanlandes. Der Rest mit den darauf befindlichen jüdischen Siedlungen sollte dann jedoch endgültig von Israel annektiert werden. Außerdem wäre dieses Palästina nicht nur zweigeteilt gewesen, sondern es hätte aus mehreren Gebieten bestanden und nicht bis zum Jordan gereicht, wo es weiterhin einen von Israel kontrollierten Grenzverlauf gegeben hätte.<sup>99</sup> Dennoch dürfte die Gebietsfrage nicht der Hauptgrund für Arafats Unnachgiebigkeit gewesen sein. Vielmehr waren die Gegensätze in der Jerusalemfrage und mit Blick auf die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge unüberbrückbar: Baraks Angebot, einige Stadtviertel von Ost-Jerusalem unter palästinensische Oberhoheit zu stellen<sup>100</sup> und damit über das bisherige Angebot, das sich auf Abu Dis beschränkt hatte, hinauszugehen, schlug Arafat aus und beharrte auf der Forderung nach dem ganzen Ost-Jerusalem. Eine Zustimmung hierzu hätte Barak aber weder der Knesset noch den Wählern für ein Referendum vorlegen können. So befand man sich bei diesem Streitpunkt in einer altbekannten Sackgasse.

Im Laufe der Suche nach einer endgültigen Regelung wurde die Flüchtlingsfrage, die man lange Zeit vor sich hergeschoben hatte, zu einem der strittigsten Punkte. Barak schien dabei in Camp David insofern zum Entgegenkommen bereit, als er anbot, einigen tausend Menschen die Möglichkeit zur Rückkehr im Rahmen von Familienzusammenführungen und aus humanitären Gründen zu ermöglichen. Er wollte jedoch weiterhin kein Prinzip des „Rechts auf Rückkehr“ anerkennen, wie es die Resolution 194 der UNO vom 11. Dezember 1948 den Palästinensern attestiert und die PLO verlangt<sup>101</sup> – und wie es vor allem Israel in Bezug auf ins Land einreisende Juden aus aller Welt für selbstverständlich hält. US-Präsident Clinton versuchte Baraks Vorschlag Arafat durch die Einrichtung eines internationalen Entschädigungsfonds schmackhaft zu machen.<sup>102</sup> Arafat hätte jedoch innerhalb der PLO nicht die geringste Chance gehabt, eine Aufgabe dieses Rechtsprinzips zu rechtfertigen. Daher konnte er auch in diesem Punkt nicht

---

98 Von 88 Prozent ist in der Zusammenfassung im Fischer-Weltalmanach 2001, S. 392 die Rede; in einem Beitrag der Washington Post von Lally Weymouth, *Opting for Violence*, vom 9. Oktober 2000, wird demgegenüber die Zahl von 91 Prozent der West Bank genannt und darauf hingewiesen, dass Barak damit auch sein eigenes Verhandlungsteam überraschte, und dass berichtet werde, er sei sogar bereit gewesen, Konzessionen hinsichtlich des Jordantales zu machen, „which previous Israeli governments had refused to contemplate“, (vgl. hierzu auch: <http://www.washingtonpost.com/ac2.../A35939-2000Oct8?language=printer>. Anderen Quellen zufolge lag das „letzte Angebot“ Baraks in Camp David sogar bei 95 Prozent, vgl. FAZ vom 21. Dezember 2000.

99 So Volker Perthes in einem Vortrag in der Evangelischen Akademie Bad Boll am 16. März 2001.

100 The Washington Post vom 26. Juli 2000, S. 26 A, vgl. auch Weymouth (s. Anm.95); Mahmut Abbas, einem Delegationsmitglied der Palästinenser zufolge schlug Barak die Errichtung eines „Präsidialbüros“ im islamischen Viertel der Altstadt Jerusalems vor, war aber nicht bereit, ganz Ost-Jerusalem als Hauptstadt Al-Quds zu akzeptieren (so in einem Interview mit Palestine TV am 29. September 2000, zitiert nach [www.pna.org&/u:](http://www.pna.org&/u:))

101 Vgl. Abdul-Rahman Alawi, *Zwischen Oslo und Al-Aksa-Intifada. Eine siebenjährige Kriegspause im Nahen Osten?* in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 49/2000, S. 10.

102 Vgl. Fischer-Weltalmanach 2001, S. 392.



nachgeben. Deshalb wird von palästinensischen Beobachtern der von den israelischen und amerikanischen Medien erhobene Vorwurf, Arafat habe eine Chance verpasst, zurückgewiesen.<sup>103</sup> Doch Barak war in dieser Frage genauso eingeeengt: Die Vorstellung, durch die Zuwanderung von einigen hunderttausend oder gar mehr Palästinensern – Flüchtlingen und ihren im Exil geborenen Nachkommen – in ihre im israelischen Kernland liegenden Heimatorte könne es zu einer dramatischen Veränderung der Zusammensetzung der israelischen Bevölkerung kommen, käme sowohl für die religiösen Juden wie für die säkularen Zionisten einer Aufgabe des Grundsatzes gleich, Israel als jüdisch geprägten Staat zu bewahren.

---

103 So Abdul-Rahman Alawi in einem ausführlichen Gespräch mit dem Autor am 17. März 2001.

### *Zick-Zack-Kurs unter innenpolitischem Druck*

Ohne Mehrheit wurde Baraks Position unkomfortabel, aber er hätte sie aufgrund seines Direktmandats noch durchhalten können. Da es für einen alleinigen Sturz des Ministerpräsidenten nach geltendem Recht einer Zweidrittel-Mehrheit bedurfte, während bei einem einfachen Misstrauensvotum die Knesset ebenfalls aufgelöst worden wäre, scheuten viele Abgeordnete wegen des damit verbundenen Risikos eines Einkommensverlustes von einem solchen Schritt zurück.<sup>104</sup> Schwierig wäre es für die Regierung erst am 31. März 2001 geworden: Wenn sie bis dahin keine Mehrheit für einen neuen Haushalt gefunden hätte, wäre es zur Auflösung der Knesset und zu allgemeinen Neuwahlen binnen 90 Tagen gekommen. Doch Barak hätte, um seine Friedenspolitik – wann auch immer – erfolgreich abschließen zu können, für die Ratifizierung eines Vertrags über den Endstatus Palästinas entweder eine Mehrheit im Parlament gebraucht oder er hätte, um diese Hürde zu umgehen, sein vor seiner Wahl 1999 gegebenes Versprechen einlösen und ein Referendum über den Vertrag abhalten müssen,<sup>105</sup> ein ebenfalls riskantes Verfahren. Darum war es nur logisch, dass er nach dem gescheiterten Treffen von Camp David ein weiteres Mal versuchte, mit dem Likud eine „Koalition der nationalen Einheit“ zu vereinbaren.

So begann er am 24. August, dessen Vorsitzenden Ariel Scharon zu umwerben. Er erklärte in diesem Zusammenhang, alles in Camp David Besprochene sei „null und nichtig“, während sein neuer Außenminister<sup>106</sup> und engster Verbündeter im Kabinett, Schlomo Ben-Ami, keinen Zweifel daran aufkommen lassen wollte, dass die Regierung an einem Ausgleich mit den Palästinensern interessiert sei und mit ihnen „ein gemeinsames Papier“ schreiben wolle, „in dem die Ergebnisse von dem zusammengetragen werden, was als das Produkt von Camp David zu einigen Kernthemen verstanden wird“.<sup>107</sup> Dem entsprach auch, dass unter amerikanischer Vermittlung versucht wurde, die bilateralen Verhandlungen weiter zu führen. Doch kaum waren sie in Washington wieder aufgenommen worden, als sie wegen des Ausbruchs von Gewalt in Ost-Jerusalem und den Autonomiegebieten wieder abgebrochen wurden.

### *Scharons Provokation und der Beginn der Al-Aqsa-Intifada*

Am frühen Morgen des 28. September besuchten Mitglieder der Knesset-Fraktion des oppositionellen Likud-Blocks unter Führung von Ariel Scharon in Begleitung von 1000 Polizisten den Tempelberg, wobei sie sich auch in unmittelbarer Nähe der Al Aqsa Moschee aufhielten. Als palästinensische Jugendliche versuchten, sich den Likud-Abgeordneten zu nähern, stellten sich die Polizisten dazwischen. Als die Jugendlichen dann begannen, Steine und andere Gegenstände zu werfen, schossen die Polizisten mit Gummigeschossen zurück. Dabei gab es 34 Verletzte.<sup>108</sup>

Da jüdische Israelis sich normalerweise von den moslemischen Heiligtümern auf dem Tempelberg fernhalten, musste dieser am Vortag angekündigte und von der Regierung

---

104 Dies war auch der Grund dafür, dass die Knesset Anfang Dezember zwar dem Antrag des Likud folgte und das Wahlgesetz dahingehend änderte, dass Privatpersonen und nicht nur Abgeordnete für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren dürfen, um Benjamin Netanjahu eine erneute Kandidatur zu ermöglichen, danach aber den Antrag auf vorzeitige Selbstauflösung ablehnte.

105 Vgl. FAZ vom 27. Mai 1999.

106 Außenminister Levy hatte aus Verärgerung darüber, dass Barak die Camp David-Verhandlungen zur Chefsache gemacht hatte, mit seiner Gescher-Splittergruppe das Bündnis „Ein Israel“ und damit die Koalition verlassen.

107 Vgl. FAZ vom 26. August 2000.

108 Jerusalem Post (Internet-Ausgabe) vom 28. September 2000, 12.45.

genehmigte Besuch als Provokation wirken, auch wenn oder gerade weil Scharon behauptete, er komme mit einer Botschaft des Friedens, denn er erwähnte in diesem Zusammenhang nur die Bedeutung dieses heiligen Ortes für das Judentum, nicht aber für den Islam.<sup>109</sup> Die Jerusalem Post zitiert in diesem Zusammenhang einen führenden Fatah-Vertreter, Marwan Barghouti, mit den Worten: „Wir wissen, dass Scharon eine Konfrontation provozieren will, aber wir können den Besuch in einer so empfindlichen Phase des Friedensprozesses nicht ignorieren (...) Der Besuch wird alles verderben.“<sup>110</sup>

Scharon wollte seinen eigenen Worten zufolge mit seinem Besuch mit allen demokratischen Mitteln<sup>111</sup> gegen die Teilung Jerusalems protestieren. Hierzu schien Barak inzwischen bereit, denn er erklärte in einem Gespräch mit der Jerusalem Post, Jerusalem und *Al Quds* (so das arabische Wort für Jerusalem) könnten durchaus zwei nebeneinanderliegende Hauptstädte werden.<sup>112</sup>

Die Straßenkämpfe weiteten sich in den folgenden Tagen aus, wofür auf palästinensischer Seite das Wort „*Al-Aqsa-Intifada*“ gefunden wurde. Mit dieser Begriffswahl sollte einerseits an die erste Intifada seit 1987 erinnert, andererseits herausgestellt werden, dass man die Provokation Scharons als den Ausgangspunkt dieses neuen Aufstandes ansah, was – wenn nicht im Sinne der Ursache, sondern des Anlasses – auch zutreffen dürfte.<sup>113</sup> Die Auseinandersetzungen griffen Anfang Oktober sogar erstmals auf das israelische Kernland über, wo sich arabische Israelis mit den Palästinensern solidarisierten, in Galiläa einen Generalstreik ausriefen und Wochenendurlauber mit Molotowcocktails bewarfen.<sup>114</sup> In diesem Zusammenhang wurden, wie erwähnt, 13 israelische Araber von der israelischen Polizei getötet, was zum Ende der außerkoalitionären Unterstützung Baraks durch die arabischen Parteien führte.

Am 12. Oktober kam es zu einer deutlichen Eskalation der Kämpfe, nachdem zwei in Ramallah festgenommene israelische Soldaten gelyncht worden waren. Israel reagierte hierauf massiv und setzte dabei Hubschrauber im Westjordanland und Kriegsschiffe vor Gaza-Stadt ein und beschoss palästinensische Polizeistationen, Rundfunksender und sogar Arafats Hauptquartier in Ramallah. Obwohl bis dahin schon über 100 Tote gezählt worden waren, entwickelte sich nun erst ein regelrechter Kleinkrieg. Das Datum des 12. Oktobers markiert dafür auch insofern einen Einschnitt, als Barak noch am Abend vor der Presse bekannt gab, er wolle sich um eine Notstandsregierung mit dem Likud-Führer und notorischen Friedensprozessgegner Scharon

---

109 Jerusalem Post (Internet-Ausgabe) vom 28. September 2000.

110 Ebenda, Übersetzung B.M.

111 Jerusalem Post (Internet-Ausgabe) vom 29. September 2000.

112 Der volle Wortlaut in der Jerusalem Post (Internet-Ausgabe) vom 29. September 2000.

113 Ähnlich sieht es der Abschlussbericht der Mitchell-Kommission, in dem es heißt: „Der Besuch Scharons hat nicht die Al-Aqsa-Intifada verursacht. Aber er fand zu einem falschen Zeitpunkt statt und der provokative Effekt war vorhersehbar; in der Tat wurde er von denen vorhergesehen, die darauf drängten, den Besuch zu verbieten. Bedeutsamer waren die folgenden Ereignisse: die Entscheidung der israelischen Polizei am 29. September, tödliche Mittel gegen palästinensische Demonstranten einzusetzen, und das (...) Versäumnis beider Seiten, Zurückhaltung zu üben.“ (Übersetzt nach dem englischen Wortlaut des Berichts in Ha'aretz, Internet edition, Breaking news, May 6, 2001; in der deutschen Übersetzung in der FAZ vom 17. Mai 2001 wurde der Satz „The Sharon visit did not cause the 'Al-Aqsa-Intifada', mit „Der Besuch Scharons hat nicht zur Al-Aqsa-Intifada geführt“ übersetzt und der hier folgende kursiv gesetzte Satz ausgelassen.)

114 Vgl. SZ vom 2./3. Oktober 2000, Washington Post vom 3. Oktober 2000 sowie „Besetzt im eigenen Land. Träumen von Groß-Palästina: Die arabische Minderheit in Israel radikalisiert sich“, in: FAZ vom 13. Oktober 2000.

bemühen.<sup>115</sup> Zum gleichen Zeitpunkt ordnete Arafat die Freilassung von 120 in palästinensischen Gefängnissen einsitzenden Hamas-Terroristen an.<sup>116</sup> Spätestens jetzt, als Barak und Arafat einander nicht mehr als Partner sondern als Gegner bezeichneten, war der Oslo-Friedensprozess am Ende.

*Baraks Flucht in die vorzeitige Wahl und die Rückkehr des Likud an die Macht*

Baraks Werben um den Likud-Block blieb auch in dieser Situation erfolglos. Dieses konservative Parteienbündnis war von 1977 bis 1992 an der Macht gewesen, davon zwischen 1984 und 1990 schon einmal in einer großen „Koalition der nationalen Einheit“ mit der Arbeitspartei. Nach einer kurzen Pause in der Opposition gegen eine sozialdemokratisch geführte Koalition unter Yitzhak Rabin und Shimon Peres hatte Likud unter Benjamin Netanjahu im Mai 1996 die führende Rolle in einer rechtsgerichteten Regierungskoalition übernommen. Als Barak nun ein weiteres Mal auf den nicht nur militärisch, sondern auch aufgrund von Erfahrungen in verschiedenen Ministerämtern politisch sehr versierten 72-jährigen Scharon mit dem Angebot einer großen Koalition zuing, ahnte dieser wohl, dass seine – vielleicht letzte – Chance, selbst noch das höchste Regierungsamt zu erreichen, größer sein würde, wenn er Baraks Scheitern erst einmal offenkundig machte, zumal er dessen friedenspolitischen Ansatz absolut nicht teilte. Listig, wie einst Odysseus, hatte sich Scharon Baraks Erlaubnis verschafft, den Tempelberg mit einer „Friedensbotschaft“ zu besuchen. Lässt man einmal die Frage beiseite, ob es sich dabei um eine gezielte oder in Kauf genommene Provokation der Palästinenser handelte, so bestand ein Teil der List in einem innenpolitischen Doppelleffekt, den Barak nicht voll erkannte, als er Scharon den Besuch erlaubte: Selbst eine wesentlich kleinere Gewaltreaktion hätte den Dialog zwischen Barak und Arafat gestört, den Abschluss eines Endstatusvertrages zumindest weiter verzögert und den Premier um den Erfolg gebracht, der ihn vielleicht noch einmal hätte retten können. Und indem Scharon durch die Polarisierung Schlagzeilen produzierte, verbesserte er seine Ausgangsposition gegenüber dem noch im Medienschatten stehenden innerparteilichen Konkurrenten Netanjahu. Nur in diesem Teilaspekt stimmte Scharons Interesse überdies mit dem Baraks überein, denn dieser fürchtete einen künftigen Gegenkandidaten Netanjahu und glaubte mit Scharon in dieser Rolle fertig werden zu können.

Am 10. Dezember 2000 trat Barak vorzeitig zurück, um einer Selbstauflösung der Knesset zuvorzukommen und zu verhindern, dass es gleichzeitig zu allgemeinen Neuwahlen und zur Wahl des Ministerpräsidenten käme. Zugleich erklärte er seine erneute Kandidatur für den 6. Februar 2001.<sup>117</sup> Damit offenbarte er, dass er die seinem Amt innewohnende Macht nach wie vor überschätzte, denn er musste sich darüber im Klaren sein, dass er im Falle eines Wahlsiegs erneut vor dem Problem stehen würde, in derselben Knesset eine Mehrheit zu finden.<sup>118</sup>

Angesichts äußerst ungünstiger Umfragedaten über seine Wahlaussichten gab es für Barak nur eine Chance, gegen den nach dem Verzicht Netanjahus antretenden Scharon Punkte gutzumachen: er musste noch in letzter Minute ein Abkommen mit Arafat zustandebringen.

---

115 Vgl. Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 13. Oktober 2000, Jerusalem Post (Internet-Ausgabe) vom 13. Oktober 2000, SZ vom 13. Oktober 2000 und FAZ vom 13. Oktober 2000.

116 Vgl. SZ vom 14./15. Oktober 2000.

117 Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 10. Dezember 2000.

118 Netanjahu bewies demgegenüber mehr Realitätssinn. Er zog, nachdem er durch eine vom Likud durchgeboxte Gesetzesänderung erreicht hatte, auch als „einfacher Bürger“ am 6. Februar 2001 für das Ministerpräsidentenamt kandidieren zu dürfen, seine Kandidatur gleich wieder zurück, als er nicht ebenfalls eine gleichzeitige Neuwahl des Parlaments durchsetzen konnte.

Daher versuchte seine Regierung ab dem 21. Januar 2001 in „Marathongesprächen“ im ägyptischen Badeort Taba an den Diskussionsstand von Camp David anzuknüpfen. Wenige Tage vor der Wahl wurden die Verhandlungen jedoch unterbrochen, wobei beide Parteien erklärten, sie seien einer Einigung noch nie so nahe gewesen. Diese Behauptung mag von Seiten der Regierung Bestandteil des Wahlkampfes und von palästinensischer Seite ein Versuch gewesen sein, Baraks Position gegenüber Scharon zu unterstützen. Es heißt allerdings auch, das israelische Angebot sei, wenigstens was die Ausdehnung des palästinensischen Staates angeht, über Camp David hinausgegangen, und zwar dahingehend, dass dieser nun unmittelbar am Jordan an Jordanien angrenzen und im Vergleich zu den im Juli angebotenen dreieinhalb Gebietsteilen nur noch aus zwei Teilen, dem Westjordanland und Gaza bestehen sollte. Wie dem auch gewesen sei, als Barak am 7. März 2001 sein Amt an Scharon übergeben musste, erklärte er in seiner Abschiedsrede vor der Knesset, alle – ohnehin nicht unterschriebenen – Ergebnisse von Camp David und Taba seien „null und nichtig“.<sup>119</sup> Er wollte damit seinem Nachfolger freie Hand geben, obwohl es – wenn ihm die Rettung des Friedensprozesses noch wichtig gewesen wäre – für den neuen Außenminister Schimon Peres hilfreich gewesen wäre, an den Gesprächen von Taba anzuknüpfen. Doch Peres war sein innerparteilicher Rivale....

Die Ironie der Geschichte wollte es indes, dass Scharon nach seinem Sieg mit demselben Problem konfrontiert war, nämlich genau wie Barak über keine eigene Mehrheit in der Knesset zu verfügen. Daher bemühte er sich sofort nach seiner Wahl darum, die Arbeitspartei nun unter seiner Führung zu einer neuen „Koalition der nationalen Einheit“ zu gewinnen. Diese mochte sich, teils aus nationaler Verantwortung, teils aus dem Interesse an einem Stück Machterhalt, dem Ruf nicht zu entziehen und trat nach heftigen internen Debatten unter der Führung von Schimon Peres in die Regierung ein.<sup>120</sup> Da jedoch weitere Parteien für eine Mehrheit benötigt wurden, verhandelte Scharon mit allen national- und orthodox-religiösen Kräften sowie den „Russen“-Parteien und konnte schließlich am 7. März 2001 der Knesset das bisher größte Kabinett in der israelischen Geschichte mit 26 Ministern und 14 stellvertretenden Ministern vorstellen. Doch so bizarr, wie die Koalitionsverhandlungen liefen,<sup>121</sup> erscheint auch das Meinungsspektrum innerhalb der neuen Regierung. „It is broad enough to bring political stability, in the short run at least“, heißt es dazu im Editorial von Ha'aretz am Tag danach. Doch ein solches wie ein Luftballon aufgeblasenes Kabinett „cannot function as an executive body... Even the security cabinet – which under the coalition agreement will be limited to only half the ministers – is much too large a body to operate efficiently. In the end, the true government will be only two to four individuals, and the meetings of the ministers will be a forum for meaningless debate.“<sup>122</sup> So traten schon am Wochenende nach der Regierungsbildung die ersten, die Abriegelung der palästinensischen Gebiete betreffenden Differenzen zwischen Scharon und Peres zu Tage.<sup>123</sup> Es ist abzusehen, dass auch diese Koalition auf Krisen zuläuft. Wenn sie länger hält als ihre Vorgängerin, dann nur, weil einerseits das neue konstruktive Misstrauensvotum es erschwert, den

---

119 Ha'aretz (Internet Ausgabe) vom 8. März 2001.

120 Vgl. Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 27. Februar 2001, Jerusalem Post (Internet-Ausgabe) vom 27. Februar 2001.

121 Vgl. die detaillierten Berichte über den bis in die letzten Stunden vor der Vereidigung dauernden Handel um Posten zwischen den Parteien in Jerusalem Post (Internet-Ausgabe) vom 5.-7. März 2001 sowie in Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 5.-7. März.2001.

122 Ha'aretz (Internet-Ausgabe) Editorial „A bloated government“ vom 8. März 2001

123 Vgl. Ha'aretz (Internet-Ausgabe) vom 13. März 2001, Analysis/The zigzag is alive and well in Ramallah.

Ministerpräsidenten zu stürzen, und andererseits noch mehr Knessetabgeordnete durch die Vorteile der Ämterkumulation als Minister oder Stellvertreter eingebunden sind.

## 2.5 Zwischenfazit: Schalom – mehr als ein Grußwort?

In diesem Kapitel wurde bisher deutlich, wie weit die in Israel lebenden Menschen davon entfernt sind, zu einer Gesellschaft zusammenzuwachsen, in der die Zugehörigkeit des jeweils anderen nicht in Zweifel gezogen wird, von einer Toleranz unterschiedlicher Glaubens- und Denkweisen ganz zu schweigen. Zu den dafür maßgeblichen Faktoren gehört, dass Israel ein sehr kompliziertes Einwanderungsland ist, in dem die aus Einwanderern zusammengesetzte Mehrheit den zur Minderheit gewordenen vorher Eingewessenen nicht die vollen Bürgerrechte zugesteht, in der aber innerhalb der Mehrheit ein Kulturkampf geführt wird, in dem Probleme der Zugehörigkeit eine wichtige Rolle spielen. Daher wird es zunehmend schwerer, für *alle* Bürger dieses Landes ein Minimum dessen zu definieren, was ihr „Wir“ ausmacht.

Auch deshalb ist es äußerst schwierig, so etwas wie einen *common sense* für die politischen Ziele dieses Landes zu entwickeln. Dies wirkt sich für das existenzielle Ziel des Friedens besonders problematisch aus: Zwar lautet die gängige Grußformel in Israel „Schalom“, Frieden. Doch was über den freundlichen Gruß hinaus mit „Frieden“ gemeint ist, ist nicht nur höchst unterschiedlich,<sup>124</sup> sondern auch umstritten und einer der Gründe dafür, dass weder die Juden untereinander, noch die jüdischen Israelis mit ihren arabischen Mitbürgern, noch der Staat Israel mit den Palästinensern und allen seiner arabischen Nachbarn Frieden findet und der, als Ausnahme die Regel bestätigende, vertraglich abgesicherte Frieden mit Ägypten und Jordanien als „kalter“ Frieden klein geredet wird.

Der Schriftsteller Amos Os, ein führender Vertreter der 1977 gegründeten israelischen Friedensbewegung „Frieden jetzt“, sagte 1990 in einem Interview, diese bestehe aus „peaceniks“, jedoch nicht aus Pazifisten. Es gebe nicht die westlich-pazifistische Einstellung des „make love not war“, sondern die Haltung den Palästinensern gegenüber sei „make peace not love“: „Denn das Gegenteil von Krieg ist nicht Liebe, sondern Frieden. Es ist diese westliche Sentimentalität, die Frieden, Liebe, Brüderlichkeit und Versöhnung vermengt. Ich habe nie an die Liebe zwischen Nationen geglaubt. Ich glaube an gute Nachbarschaft, Vernunft und Fairneß zwischen Nationen.“ So gut wie niemand in der Bewegung sei der Meinung, „dass im israelisch-arabischen Konflikt die Palästinenser die guten Kerle seien. Sie verdienen es, ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre nationale Unabhängigkeit zu erhalten, aber nicht als Orden für gutes Verhalten.“<sup>125</sup>

Diesem rationalen Kalkül entspricht die Formel „Land für Frieden“, die ursprünglich auf die Rückgabe des Sinai und der Golan-Höhen gemünzt war.<sup>126</sup> Diese Formel wies über Jahre hinweg

---

124 Eine zwischen 1994 und 2000 dreimal erhobene Umfrage zur Definition von Frieden zeigt in der Bandbreite von „no war, and no peace treaty“ bis „no war, a peace treaty with security provisions, the exchange of ambassadors, trade and tourism, and a feeling of closeness between the citizens of the countries involved“ einen Wandel, der deutlich macht, dass die Israelis des Jahres 2000 wesentlich höhere Ansprüche an den Frieden stellen als die des Jahres 1994, vgl. Asher Arian, *Israeli Public Opinion on National Security 2000*, Tel Aviv 2000, S. 17f.

125 Interview mit Amos Os in: FAZ-Magazin vom 8. Juni 1990.

126 Sie tauchte unmittelbar nach dem Sechs-Tage-Krieg am 19. Juni 1967 in einem israelischen Kabinettsbeschluss auf und ging einige Monate später in die berühmte UN-Resolution 242 ein, vgl. Bernstein (2000; s. Anm. 27), S. 48.

nicht nur der Friedensbewegung, sondern der politischen Linken in Israel, für die „links“ schon längst nicht mehr mit Sozialismus gleich zu setzen war, eine gemeinsame Richtung: „Links bedeutete in den letzten Jahren die Unterstützung einer Friedenspolitik, die für die Räumung der besetzten arabischen Gebiete einschließlich der israelischen Siedlungen zugunsten der Gründung eines Staates Palästina eintrat und die dies mit der Gewährung der Gleichberechtigung an israelische Araber verknüpfte.“<sup>127</sup> Doch nach dem Beginn der Al-Aqsa-Intifada erhob sich von Seiten der „Frieden jetzt“-Bewegung wie auch sonst kaum eine deutlich hörbare Stimme aus der Linken, um ein Ende der Eskalation oder die Beseitigung der Hindernisse auf dem Weg zu einem Ausgleich zu fordern.<sup>128</sup> Die Sprachlosigkeit hing mit einem Gefühl der Hilflosigkeit zusammen, das daraus erwuchs, dass es auf dieser Seite an einer Figur fehlte, an die noch Hoffnung geknüpft werden konnte: Barak, der vor seiner Wahl 1999 gerade als Kriegsheld zum Friedensstifter geeignet erschienen war, hatte in den eineinhalb Jahren seiner Amtsführung gezeigt, dass er kein zweiter Yitzhak Rabin werden würde. Daher vermochte er, als es um seine Wiederwahl ging, seine eigene ehemalige Anhängerschaft kaum noch zu mobilisieren. Vielmehr wurde, nachdem Schimon Peres seine zeitweilige Bereitschaft zu kandidieren, wieder aufgegeben hatte, auf der Linken, etwa bei Meretz, die Parole ausgegeben, am 6. Februar 2001 „weiße Stimmzettel“ in die Urnen zu werfen, weil man nicht zwischen dem Schlechten (Barak) und einem noch Schlechteren (Scharon) entscheiden wollte. Dies konnte angesichts der bekannten Umfragedaten allerdings nur bedeuten, dass man in Kauf nahm, den Anteil der Ultrarechten durch Abstinenz weiter zu erhöhen.<sup>129</sup> Obwohl es auch Versuche gab, innerhalb der Friedensbewegung auf diese Folgen einer Stimmenthaltung hinzuweisen, musste Moshe Zimmermann nach der Wahl konstatieren: „Die Wahlniederlage Ehud Baraks hat endgültig aufgedeckt, was sich durch die Al-Aqsa-Intifada bereits ansatzweise zeigt: Es gibt kaum eine Linke mehr in Israel.“<sup>130</sup>

Der zunehmende Einfluss der religiösen Parteien in der jüdischen Gesellschaft Israels erschwert die Verwirklichung des Prinzips „Land für Frieden“ nicht erst seit Beginn der Al-Aqsa-Intifada: Mit ihm verbreitert sich die Basis für eine diesem Prinzip diametral entgegengesetzte Vorstellung vom Frieden und davon, ob überhaupt und gegebenenfalls wieviel und welche Landgebiete den Palästinensern zurückgegeben werden dürfen. Dies wird am deutlichsten in der von der (Ultra-)Orthodoxie vertretenen theologischen Begründung der neuerlichen Landnahme durch die Siedler: Anknüpfend an Moses Maimonides' (1135-1204) eschatologische Auslegung der göttlichen Verheißung<sup>131</sup>, nach der „erst durch das jüdische Volk das Land geheiligt (wird), während unter fremder Herrschaft seine spirituelle Qualität lediglich der anderer Territorien

---

127 Moshe Zimmermann, Links, wo kein Mensch ist. In Israel drohen Weimarer Verhältnisse, in: SZ vom 7. März.2001.

128 Auffällig war, wie lange es dauerte, bis die Peace Now Bewegung eine große Anzeige in der Presse veröffentlichte. Diese stand unter dem Titel „No Settlement with the Settlements“. Ihr vorangegangen war eine heftige interne Diskussion über eine Passage, die nun hieß: „Today, it is also clear that the settlements are a security hazard, endangering the lives of the soldiers who protect them.“ Dabei war vor allem umstritten gewesen, ob Peace Now gegen die Siedler oder nur gegen die Siedlungen argumentieren sollte, denn in den ersten Wochen der Intifada habe unter den Anhängern von Peace Now „aroused a certain degree of empathy in the (Peace Now, B.M.) movement towards the settlers. Even if the empathy is merely tactical, it expresses a change that has crept into the ranks of the movement.“ Lily Galili, Peace Now debates its attitude to settlers, in: Ha'aretz (Internet Ausgabe) vom 16. November 2000.

129 Vgl. FAZ vom 2. März 2001.

130 Zimmermann (2001; s. Anm. 127).

131 5. Mose 30, 5: „Und wird dich in das Land bringen, das deine Väter besessen haben, und wirst es einnehmen, und er wird dir Gutes tun und dich mehren über deine Väter.“

entspricht“, kann „nur das Volk Israel als Souverän des Landes ... die göttlichen Gebote voll erfüllen, auf dass nach der Vollendung der 'Einsammlung der Zerstreuten' Gott in seiner Mitte residiert,“<sup>132</sup> nämlich in dem noch zu errichtenden dritten Tempel auf dem Tempelberg in Jerusalem. Aus dieser an einen konkreten Ort gebundenen Überzeugung heraus ist „das jüdische Volk der Brennspeigel der Welt: Seine Bußfertigkeit bereitet die Bußfertigkeit und den ewigen Frieden der Menschheit vor“,<sup>133</sup> oder anders ausgedrückt, „dem biblischen Glauben zufolge gehört zur Verheißung der Erlösung aller Völker die Anwesenheit dieses Volkes (Israel) in diesem Land“.<sup>134</sup> Das heißt übertragen auf die gegenwärtige Situation, wer die Verheißung Gottes in diesem territorialen Sinne interpretiert, für den ist die Forderung „Land für Frieden“ zumindest soweit es die biblischen Kernlande und die Stadt Jerusalem betrifft, nicht akzeptabel. Vielmehr hat für ihn der Friede Gottes einen so eindeutigen Vorrang vor dem Frieden mit den Arabern, dass dafür auch die größten Opfer nicht gescheut werden dürfen. Aus dieser Position heraus erscheint es sogar widersinnig, dass Araber/Palästinenser das Recht haben, mit Juden zusammen auf diesem Territorium zu leben. Zum Politikum wird diese religiöse Überzeugung erst dadurch, dass der Staat sie sich für eine strategische Siedlungspolitik zu eigen gemacht hat. Denn keineswegs alle Siedler sind aus religiöser Überzeugung ins Westjordanland gezogen, sondern viele taten dies, weil ihnen der Staat dort billig Wohnraum zur Verfügung stellte. Für den Staat ging es aber in den meisten Fällen um die Zerstückelung des den Palästinensern zurückzugebenden Landes durch Siedlungs- und Straßenbau und weniger oder gar nicht um die religiöse Erinnerung. Da sich diese in der Bibel aber für fast jeden Ort in den besetzten Gebieten finden lässt, machten sich Politiker wie Scharon, der zeitweilig für den Siedlungsbau verantwortlich war, gern die Argumente der Religiösen zunutze.

Gleichwohl, ob die Siedler aus religiösen oder anderen Gründen sich an Orten niedergelassen haben, die von den Palästinensern beansprucht werden, fühlen sie sich mit der durch biblische Geschichten belegten Begründung legitimiert, dort zu bleiben. Schlimmer noch: wer von dieser Grunddisposition her denkt und handelt, ist tendenziell für Parolen eines Rechavam Ze'evy empfänglich, der den „Transfer“ der Araber aus Israel wie aus den besetzten Gebieten fordert und damit genau das Gegenteil ihrer Anerkennung als gleichberechtigte Mitbürger und Nachbarn propagiert. Ob und inwieweit es Scharon, der Ze'evy zum Minister – wenn auch nur für Tourismus – gemacht hat, gelingt, diesen Rechtsaußen in Zaum zu halten, muss die Zukunft erweisen. Fürs erste dürfte jedoch die Einbeziehung dieses Mannes in die Regierung verhindern, dass die seit dem Oktober 2000 noch größer gewordene Distanz der arabischen Minderheit zur jüdischen Mehrheit überbrückt wird.

Der im vorangegangenen Abschnitt behandelte innerjüdische Kulturkampf wird sowohl auf der säkularen wie auf der religiösen Seite mit dem Ziel geführt, eine einheitliche „jüdische Gesellschaft“ zu verwirklichen, und nur von Teilen der Linken mit der Absicht, eine integrierte israelische Gesellschaft aufzubauen. Obwohl die zu Orthodoxie und Ultraorthodoxie neigenden sephardischen Postzionisten zahlenmäßig noch in der Minderheit sind, hat ihr Kampf aufgrund des Wahlsystems, das ihren Parteien in der Knesset die Funktion der Mehrheitsbeschaffer zukommen lässt, in den letzten Jahren eine enorme politische Bedeutung gewonnen. Innenpolitisch konnten ihre theokratischen Vorstellungen immer häufiger die Oberhand

---

132 Bernstein (2000; s. Anm. 27), S. 92f.

133 So der erste aschkenasische Oberrabbiner Abraham Isaak Kook, zitiert nach Bernstein (2000; s. Anm. 27), S. 93.

134 So Abraham Josua Heschel, zitiert nach Bernstein (2000; s. Anm. 27) S. 93.



gewinnen. Moshe Zimmermann zufolge geht die „Allianz von Nationalismus und Religion“ inzwischen so weit, „dass man den jüdischen Inhalt im religiös-fundamentalistischen Sinne auch in den Reihen der Linken für die *raison d'être* des Staates Israel hält.“<sup>135</sup> Außenpolitisch problematisch ist darüber hinaus, dass der Thora- und der Schas-Partei jeder Sinn für die Handlungsfähigkeit ihres Staates fehlen. Daher sind sie in jeder Regierung, an der sie beteiligt sind, Faktoren der Unberechenbarkeit, sei es dadurch, dass sie eine Koalition durch Kündigung zu Fall bringen oder dass sie sich der Ratifizierung eines Friedensvertrags mit den Palästinensern widersetzen, weil sie nicht auf ihnen heiligen Boden verzichten wollen.

Wird diese Entwicklung nicht zurückgedreht oder wenigstens gestoppt, so schwinden die Aussichten Israels auf inneren und äußeren Frieden immer weiter. Für den inneren Frieden gewinnt dabei das Verhältnis zwischen jüdischen und arabischen Israelis an Brisanz. In dem Umfang, wie letztere Bürger zweiter Klasse bleiben – und hieran wird sich in einem Staat, der sich, ganz gleich ob im säkularen oder religiösen Sinne, prinzipiell als Judenstaat versteht, nicht viel ändern –, wird ihre Neigung zunehmen, sich mit den Palästinensern in den Autonomiegebieten zu solidarisieren. Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen israelischen Arabern und israelischen Sicherheitskräften kurz nach dem Beginn der Al-Aqsa-Intifada haben die ohnehin nur schwache innerisraelische Integration dieses Bevölkerungsteils weiter verringert.

Hierin dürfte ein gefährlicher Sprengsatz für den Bestand des Staates Israel liegen, für dessen Entschärfung bisher viel zu wenig getan wird. Dies hängt damit zusammen, dass sämtliche von demokratischen Werten geprägten säkularen Parteien von Meretz über Schinui und die Arbeitspartei bis zum Likud nach wie vor mehr oder weniger stark in der Tradition des Zionismus der Gründergeneration stehen, zu der einige ihrer Führungspersönlichkeiten wie Peres und Scharon ja noch als Jugendliche gehörten. Solange diese Generation noch den Ton angibt, schaffen es diese Parteien offensichtlich nicht, über diesen Schatten zu springen und gemeinsam mit den nicht-jüdischen Minderheiten ein demokratisches Israel für alle seine Bürger aufzubauen. Vielleicht kann das der nächsten Generation der schon im Land Geborenen gelingen, aber auch das ist ungewiss angesichts der prägenden Wirkung der gegenwärtigen gewaltsamen Auseinandersetzungen, in denen kollektive Beschuldigungen gegen „die Araber“, was immer die arabischen Israelis einschließt, und auf der anderen Seite gegen „die Juden“ täglich neue Nahrung erhalten.

Von den Neueinwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion ist für eine Aussöhnung mit der nicht-jüdischen Minderheit keine Unterstützung zu erwarten: Dieser Gruppe bedeutet die jüdische Religion zwar relativ wenig und auch die Tradition des israelischen Nationalismus ist ihr im wesentlichen fremd, aber obwohl sie ihre Eigenständigkeit weder zugunsten einer zionistischen noch einer orthodoxen Akkulturation aufgeben will, neigt sie politisch eher nach rechts und ist größtenteils weder willens noch in der Lage, den Kern für die Renaissance einer pluralistischen demokratischen Kultur zu bilden.

Was bedeutet dies alles für die im Eingangskapitel formulierten Thesen zu den Beziehungen zwischen Demokratie und Frieden? Wenn Pluralismus und Toleranz und eine hiervon getragene und nicht nur prozedural funktionierende Demokratie Voraussetzung für die produktive Ausgestaltung des demokratischen Friedens durch die Parteien einer Konfliktdyade sind, wie es in These (1) behauptet wird, wird Israel auf absehbare Zeit nicht friedensfähig werden. Wenn, wie in These (2) angenommen wird, erst im Frieden die Demokratie sich voll entfalten kann,

---

135 Zimmermann (2001; s. Anm. 127).

ließen sich – über das bisher gesagte hinaus – auch hiermit einige Demokratiedefizite erklären, die die israelische Gesellschaft kennzeichnen. Nimmt man beide Thesen zusammen, so erscheint die Situation reichlich verfahren. Hoffnung auf einen Ausweg kann da allenfalls von denjenigen ausgehen, die wie Dan Bar-On, der israelische Co-Direktor des binationalen Peace Research Institute in the Middle East (PRIME), zu einer Neudefinition der politischen Ziele des Zionismus und damit zu einem Umdenken in den israelisch-arabischen Beziehungen aufrufen. (*Siehe auch Dokumentation seines Aufsatzes „Es wird Zeit, sich zu entscheiden“ im Anhang.*)

### **3. Die Palästinenser und Palästina – Flüchtlinge und Eingesessene kämpfen für einen eigenen Staat**

Als Avi Primor noch israelischer Botschafter in Deutschland war, wies er gern darauf hin, dass in seinem ersten Pass als Nationalität „Palestine“ stand, weil er 1932 im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina geboren wurde. Das heißt, bis 1948 sagt die Bezeichnung Palästinenser zunächst einmal nichts darüber aus, ob jemand von seiner Abstammung her Araber oder Nicht-Araber, und von seiner religiösen Überzeugung her Moslem, Christ, Jude, Druse oder Agnostiker ist. Erst durch die Etablierung des Staates Israel 1948 und die damit verbundene Aufteilung des Landstrichs zwischen Mittelmeer und Totem Meer, zwischen Libanon und Golf von Akaba kam es zur Unterscheidung zwischen Israelis und Palästinensern. Deshalb bezieht sich der Begriff Palästinenser im heutigen Sprachgebrauch zum einen auf die im Zusammenhang mit dem Krieg von 1948 aus dem zum Staat Israel gewordenen Gebiet geflohenen oder vertriebenen Menschen und zum anderen auf diejenigen, die nach 1948 in den zu jener Zeit noch nicht von Israel besetzten Gebieten Palästinas lebten und, sofern sie nicht nach der Besetzung 1967 geflohen sind, noch dort leben.

1948 fanden zahlreiche Flüchtlinge in dem Ägypten zugefallenen Gazastreifen (190.000) sowie im Westjordanland (280.000) Unterkunft, das von dem damaligen Transjordanien, das selbst 70.000 aufnahm, in den neuen Staat Jordanien einbezogen wurde. Weitere Flüchtlingsströme gelangten in den Libanon (100.000), nach Syrien (75.000), Irak (4.000), Ägypten (7.000)<sup>136</sup> oder in noch fernere Länder. Nur in Jordanien wurde ein Teil dieser Flüchtlinge in die Gesellschaft integriert, in den übrigen arabischen Nachbarländern mussten und müssen sie immer noch ein Leben in Lagern fristen. Nach der israelischen Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens im Sechs-Tage-Krieg von 1967 kam es zu einer zweiten Flüchtlingswelle, in der 220.000 Menschen (103.000 Westjordanier, 101.000 frühere Flüchtlinge aus dem israelischen Kernland und 16.000 aus dem Gazastreifen) nach Ostjordanien gelangten und dort in Lagern untergebracht wurden.

Ende 1999 wurde die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge einschließlich ihrer Nachkommen mit 3,931 Millionen angegeben. Von ihnen lebten 1.512.700 in Jordanien, 374.500 in Syrien, 370.100 im Libanon, 123.000 in Saudi-Arabien, 90.000 in Irak, 40.000 in Ägypten, 35.000 in Kuwait, aber auch 798.400 im Gazastreifen und 569.700 im Westjordanland. Die Gesamtzahl der in den heutigen Palästinensischen Autonomiegebieten (Palestinian Authority<sup>137</sup>, PA) lebenden

136 Daten nach Rolf Tophoven (Hg.), *Der israelisch-arabische Konflikt*, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung), 5. aktualisierte Aufl. Jan. 1999, Karte S. 59. Die Daten über die Gesamtzahl der damals Geflohenen oder Vertriebenen schwanken zwischen 600.000 und einer Million, vgl. ebenda, S. 57.

137 Aus zwei sehr unterschiedlichen Perspektiven, nämlich von offizieller israelischer Seite wie auch von palästinensischen Gegnern des Friedensprozesses wurde die Formulierung „Palestinian National Authority“

Palästinenser betrug zu diesem Zeitpunkt im Gazastreifen 963.000 und im Westjordanland (ohne Ost-Jerusalem) 1.720.000 Menschen.<sup>138</sup> Diesen Zahlen zufolge lebt also etwa die Hälfte aller Palästinenser außerhalb der Autonomiegebiete.<sup>139</sup>

Die mediale Dominanz der Präsentation von überfüllten Flüchtlingslagern mit unerträglichen Zuständen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in den Städten im Westjordanland und in Ost-Jerusalem eine eingesessene palästinensische Gesellschaft mit einer breiten sozialen Ausdifferenzierung gibt. Darunter finden sich alte und wohlhabende Patrizierfamilien wie die des am 31. Mai 2001 verstorbenen Faisal Husseini, der bis zu seinem Tode quasi als Bürgermeister Ost-Jerusalems in hohem Ansehen stand; des Weiteren durchaus eine Mittelschicht und – wie woanders auch – arme Menschen, deren Lage sich von den meisten Flüchtlingen wenig unterscheidet, denen nur weniger öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt wird als diesen. Alle diese Menschen haben zwar nicht das Trauma der Flucht und Vertreibung erlebt, fühlen sich aber seit 1967 wie in einem Gefängnis: „Mein Herz hat niemals frei geschlagen; in meiner Heimat konnte ich nie in Freiheit leben“, wird Faisal Husseini zitiert.<sup>140</sup>

Den in der Diaspora wie in den Autonomiegebieten lebenden Palästinensern ist gemeinsam, dass sie nach einem eigenen Staat streben; ja, man kann sagen, dass dieses Verlangen – in Verbindung mit der Erinnerung an das Desaster der *Naqba*<sup>141</sup> – den Kern der Identität und des Nationalitätsbewusstseins der Palästinenser ausmacht. Wegen dieser Gemeinsamkeit ist es notwendig, bei einer Untersuchung der demokratischen „Reife“ der Palästinenser nicht nur die Lage in der PA zu betrachten, sondern aufgrund der Personalunion der Führung durch den *Ra'is*<sup>142</sup> Yassir Arafat die PLO mit ins Blickfeld zu nehmen – dies auch deshalb, weil dem zur Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO gehörenden Palästinensischen Nationalrat (PNC) bei Entscheidungen, die die Gesamtheit der Nation betreffen, eine höhere Legitimation zukommt als dem nur die Menschen in den Autonomiegebieten repräsentierenden „Rat“.

### 3.1 Die PLO – primär eine säkulare Interessenvertretung der Flüchtlinge

Die PLO wurde 1964 als Zusammenschluss Dutzender von Parteien, Gruppen und Gruppierungen gegründet. Schon der Gründungsort Kairo wie auch die späteren Adressen der Hauptquartiere

---

abgelehnt und auf die Bezeichnung „Palestinian Authority“ eingeschränkt, um – so die israelische Begründung – den Palästinensern diese Form symbolischer Staatlichkeit nicht zuzugestehen, bzw. – so die innerpalästinensische Opposition – die Ausgrenzung der außerhalb der Autonomiegebiete lebenden Palästinenser zu verhindern. Vgl. Nikola Gilhoff/Christina Koch, Die Palestinian Authority (PA) im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Staatswerdung, in: Ferhad Ibrahim; Abraham Ashkenasi (Hg.), Der Friedensprozess im Nahen Osten – Eine Revision, Münster 1998, S. 134.

138 Zahlen aus dem Fischer Weltalmanach 2001, Frankfurt/M. 2000, S. 389.

139 In anderen Darstellungen werden die gesamten Flüchtlinge den in den Autonomiegebieten lebenden Einheimischen gegenübergestellt, was ein Zahlenverhältnis von drei zu eins ergibt.

140 Zitiert nach FAZ vom 7. Juni 2001.

141 Vgl. Helena Lindholm Schulz, Identity Conflicts and Their Resolution: The Oslo Agreement and Palestinian National Identities, in: Hakan Wiberg/Christian P. Scherrer (eds.), Ethnicity and Intra-State Conflict. Types, Causes and Peace Strategies, Aldershot/Brookfield USA/Singapore/Sydney 1999, S. 229.

142 Der Titel „Ra'is“, der Arafat durch die Wahlen vom 20. Januar 1996 zukommt, kann sowohl mit Vorsitzender (die israelische Option) als auch mit Präsident (die palästinensische Option) übersetzt werden. Auch in der englischen Übersetzung der Abkommen ist der arabische Begriff als „Ra'ees“ enthalten, um die Rolle des Chefs der Autonomiebehörde nicht genau festzulegen, vgl. Baumgarten (1996; s. Anm. 6), S. 600.

machen deutlich, dass die PLO primär aus dem Exil heraus operierte, was von 1967 bis 1994 gar nicht anders möglich war. Daher läßt sich die These vertreten, dass ihre Aktivitäten primär an den Interessen der Flüchtlinge ausgerichtet waren, die ja auch die Mehrzahl der Palästinenser ausmachten, auch wenn das namengebende Ziel, die Befreiung Palästinas, der gesamten Nation dienen sollte. Das in der PLO vertretene politische Spektrum war und ist pluralistisch und dabei überwiegend säkular orientiert.<sup>143</sup> Ihre stärkste Mitgliedsorganisation war und ist die Fatah, die Hausmacht von Yassir Arafat, der sie 1959 mitbegründete. Er übernahm 1969 den Vorsitz des Exekutivkomitees, der „Regierung“ der PLO, ein Amt, das er noch immer innehat.

Ziel der PLO war es in den ersten Jahren, einen rein arabischen Staat auf dem gesamten Territorium Palästinas zu errichten und die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen, was zur Folge gehabt hätte, dass der Staat Israel wieder von der Landkarte verschwunden wäre. Bis 1968 wurde dabei die Befreiung Palästinas als eine gesamtarabische Aufgabe verstanden, doch nach dem Sechs-Tage-Krieg hatten die meisten arabischen Staaten für die PLO nicht mehr als Geld und gute Worte übrig, zumal dem Panarabismus nach dem Wechsel an der Spitze Ägyptens von Gamal Abd el Nasser zu Anwar As Sadat eine wichtige Führungsfigur fehlte. In der darauf folgenden Zeitspanne bis 1974 sah die PLO daher den bewaffneten Kampf um den eigenen Staat als eine primär palästinensische Aufgabe an.<sup>144</sup> Während beider Phasen lehnte sie rigoros das Existenzrecht Israels ab und anerkannte deshalb weder die Resolution 181 (1947) der UN-Generalversammlung, in der die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat sowie in die Stadt Jerusalem vorgesehen war, noch die Resolution 242 (1967) des UN-Sicherheitsrates, die Israels Anerkennung als Gegenleistung für einen Rückzug aus den besetzten Gebieten forderte.

Die PLO unterstrich diese Haltung durch den Aufbau und das Training bewaffneter Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee (PLA) sowie durch Terroraktionen gegen Israel und Israelis außerhalb ihres Landes (z. B. bei den Olympischen Spielen 1972 in München sowie in mehreren Flugzeugentführungen), wobei sie anfangs vor allem von Jordanien aus agierte. Nachdem dort der Bevölkerungsanteil der Palästinenser infolge des Sechs-Tage-Kriegs weiter angestiegen war, befürchtete König Hussein, die paramilitärischen Aktivitäten der PLO könnten seine Herrschaft entweder von innen oder durch einen weiteren israelischen Gegenschlag gefährden. Deshalb brachte die jordanische Armee im „Schwarzen September“ 1970 mit Waffengewalt die PLO dazu, das Land zu verlassen. Sie verlegte ihr Hauptquartier zunächst nach Beirut, nach der Intervention Israels gegen den Libanon 1982 jedoch in das weit entfernte Tunis.

Eine wichtige Zäsur in der Geschichte der PLO stellt Arafats erste Rede vor der UN-Vollversammlung am 13. November 1974 dar, in der er eine neue Doppelstrategie formulierte: „Ich appelliere an Euch (die Völker der Welt, B.M.), unserem Volk die Errichtung seiner unabhängigen nationalen Autorität und seiner nationalen Existenz auf seinem eigenen Boden zu ermöglichen. Heute kam ich zu Euch mit einem Ölzweig in der einen Hand und dem Gewehr der Revolution in

---

143 Zur PLO und ihrer Geschichte allgemein siehe u.a. Barry Rubin, *The PLO and the Palestinians: A Revolution Institutionalized*, in: Robert B. Satloff (ed.), *The Politics of Change in the Middle East*, Boulder/Oxford 1993, S. 145-171; Emile F. Sahliyeh, *Democracy among the Palestinians*, in: David Garnham/Mark Tessler (eds.), *Democracy, War and Peace in the Middle East*, Bloomington and Indianapolis, 1995, S. 244-267, sowie Allon Groth, *The PLO's Road to Peace: Processes of Decision-Making*, RUSI Whitehall Paper Series 1995, No. 33, London 1995, S. 3-23.

144 Vgl. Sahliyeh (1995; s. Anm. 143), S. 253.

der anderen Hand. Lassen Sie es nicht zu, dass mir der Ölweig aus der Hand fällt.“<sup>145</sup> Mit dieser Rede verschaffte er sich internationalen Respekt. Dass der „Palästinensische Nationalrat“ (PNC), das Parlament der PLO, zu dieser Zeit auch eine Art Teilstaatenlösung für Palästina ins Auge faßte, kann als Hinwendung zu einem pragmatischen Kurs angesehen werden.<sup>146</sup>

Trotzdem setzte die PLO, solange sie noch vom Libanon aus operieren konnte, weiterhin Gewalt gegen Israel ein. Hätte Arafat dies unterbinden wollen, so hätte er seine Machtposition innerhalb der PLO gefährdet, wo sie durchaus umstritten war, zumal einige von Syrien unterstützte Palästinensergruppen ausschließlich auf Gewalt setzten. Aufgrund seines Lavierens zwischen Gewehr und Ölweig schaffte es der Vorsitzende jedoch immer wieder, die Oberhand zu behalten und die PLO zusammenzuhalten.

Während dessen wuchs die Diskrepanz zwischen der Politik der PLO, die jährlich beachtliche Summen an Zuwendungen aus den arabischen Ölstaaten erhielt, und den Alltagsorgen der Menschen, die in den von Israel besetzten Gebieten, vor allem im Gazastreifen, unter elenden Bedingungen in Lagern leben mussten. Sie sahen sich nicht mehr hinreichend von der PLO vertreten. Dies zeigte sich insbesondere, als nach dem Beginn der ersten *Intifada* im Dezember 1987 dort mit dem Auftreten der Hamas (s. u.) andere Leitfiguren (nicht nur aus ihrem Kreis, sondern auch gegen sie) an Popularität gewannen und es im Sommer 1988 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen PLO- und Hamas-Anhängern kam. Nun musste die PLO um ihre Führungsrolle fürchten.<sup>147</sup> Das dürfte der Hauptgrund dafür gewesen sein, dass Arafat in der Nacht zum 15. November 1988 im fernen Algier zwar publikumswirksam, aber völkerrechtlich wirkungslos erklärte: „Der Palästinensische Nationalrat proklamiert im Namen Gottes und des arabischen palästinensischen Volkes den Staat Palästina auf unserem palästinensischen Boden mit dem heiligen Jerusalem als Hauptstadt.“<sup>148</sup> Wirksamer als dieser Satz war eine weitere an diesem Tage nach einer heftigen Diskussion verabschiedete Erklärung, in der der Nationalrat die UN-Resolutionen 242 und 338 und somit indirekt das Existenzrecht Israels anerkannte. Daraufhin wurde die PLO zu einem ernstgenommenen Gesprächspartner westlicher Staaten, vor allem aber für Israels wichtigsten Verbündeten, die USA. Dieser Schritt war die wichtigste Voraussetzung für die dann 1992 begonnenen – und an den offiziellen Vertretern der Palästinenser aus den besetzten Gebieten als Teil der jordanischen Delegation bei den Madrider Friedensgesprächen vorbei geführten – Geheimgespräche mit Israel, die das Oslo-I-Abkommen vom 13. September 1993 vorbereiteten. Mit diesem Abkommen erreichte Arafat zwar noch nicht sein Lebensziel, in Palästina selbst den Staat Palästina ausrufen zu können, aber es gelang ihm, seine Rückkehr nach Gaza-Stadt im Juli 1994 als einen beachtlichen Etappensieg feiern zu lassen.

---

145 Yassir Arafat vor der UNO, 13. November 1974, zitiert nach Tophoven (1999; s. Anm. 136), S. 62.

146 Allon Groth zufolge drängte um diese Zeit die in den besetzten Gebieten operierende Palestine National Front (PNF) die PLO dazu, den UN-Teilungsplan von 1947 zu akzeptieren, um zu verhindern, dass dort Jordanien zuviel Einfluss bekäme, vgl. Groth (1995; s. Anm. 143), S. 7f.

147 Unter den säkularen Kräften erwuchs Arafat und der PLO damals in dem führenden Kopf der nationalen Bewegung in Ost-Jerusalem, Faisal Hussein, eine Konkurrenz. Er hatte schon einen Entwurf einer Unabhängigkeitserklärung verfasst, wurde aber von Israel inhaftiert, bevor er damit der PLO-Erklärung von Algier zuvorkommen konnte, vgl. Groth (1995; s. Anm. 143), S. 20.

148 Archiv der Gegenwart vom 15. November 1988, S. 32733A4.

### 3.2 Jihad, Hamas und der islamische Widerstand in den besetzten Gebieten

Schon lange vor der Gründung des Staates Israel weitete die 1928 in Ägypten gegründete Vereinigung der Muslimbruderschaft 1935 ihre Aktivitäten auch auf Palästina aus, das zu jener Zeit genau wie Ägypten unter britischer Kolonialherrschaft stand. Ihr Ziel, die Verwirklichung einer „islamischen Ordnung“ (*al-nizam al-islami*) und die Wiederherstellung der islamischen Gemeinschaft (*umma*), war dabei nicht auf Palästina begrenzt, betrachtete dieses aber als unverzichtbaren Bestandteil des islamischen Territoriums, zumal die wichtigsten islamischen Heiligtümer nach Mekka und Medina, die Al-Aqsa-Moschee und der Felsendom, in Jerusalem liegen. Der Bruderschaft ging es vor allem darum, ihre Geisteshaltung in Moscheen, Jugendclubs und anderen sozialen Einrichtungen zu verbreiten. Dieser Tradition entsprach auch ihre Arbeit in den 1967 von Israel besetzten Gebieten, wo sie von der Besatzungsmacht geduldet, wenn nicht gar gefördert wurde, weil sie sich nicht gegen den Staat Israel richtete und daher als ein „willkommenes Gegengewicht zu den nationalen palästinensischen Kräften, insbesondere zur PLO“<sup>149</sup> wahrgenommen wurde: Sie machte zwar nie einen Hehl daraus, dass sie ganz Palästina als muslimisches Territorium ansah, aber anders als die PLO wollte sie es nicht von der Besatzung befreien, sondern „von unten“ islamisieren.

Nachdem es 1979 im Iran zu einer islamischen Revolution gekommen war, traf die Muslimbruderschaft auf Kritik in den eigenen Reihen bei denjenigen, denen ihre Strategie nicht zum Ziel eines islamischen Staates zu führen schien. Dabei traten insbesondere unter denen, die unter der israelischen Besatzung aufgewachsen und von der PLO enttäuscht waren, die pan-islamischen Ziele hinter dem zurück, die Besatzung abzuschütteln und einen islamischen Staat in Palästina zu errichten.<sup>150</sup> Einige Kritiker lösten sich aus der Bewegung und gründeten zusammen mit Anhängern verschiedener PLO-Fraktionen den „*Jihad al Islami*“ („Islamischer Heiliger Krieg“), eine militante Bewegung, für die Gewalt das einzige Mittel ist, Israel zum Abzug aus den besetzten Gebieten zu bringen, und die dabei aus dem Untergrund oder von Syrien aus operiert.<sup>151</sup> Die Aktivitäten des Jihad und die Gegenmaßnahmen der israelischen Sicherheitskräfte kulminierten im Dezember 1987 vor allem im Gazastreifen in der von Steine werfenden Jugendlichen getragenen *Intifada*, die, wie es dieser arabische Begriff meint, damit die Besatzungsmacht „abschütteln“ wollten. Als sich an dem Aufstand immer mehr Jugendliche beteiligten, geriet die Bruderschaft unter Zugzwang: Um ihre Legitimation aufrecht zu erhalten, musste sie in dem damals gerade begonnenen Aufstand der Straßen eine aktivere Rolle übernehmen. Um jedoch ihre sozialreformerische Arbeit unter dem Dach des von ihr in Gaza betriebenen Islamischen Zentrums nicht zu gefährden, gründete sie als separate Organisation, die an der Intifada teilnehmen konnte, die *Hamas* (arabisch für Begeisterung, zugleich Abkürzung für *Harakat al-Muqawama al-Islamiyya*, Bewegung Islamischer Widerstand). Hinter diesem Schritt stand die taktische Überlegung, im Falle eines Scheiterns der Intifada von den Israelis als

---

149 Vgl. Andreas Tai, Widerstand im Namen Allahs – Hamas als politischer Faktor im Friedensprozess, in: Ferhad Ibrahim; Abraham Ashkenasi (Hrsg.), Der Friedensprozess im Nahen Osten – Eine Revision, Münster 1998, S. 145.

150 Vgl. Meir Litvak, The Islamization of Palestinian Identity: The Case of Hamas, Tel Aviv (The Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies), August 1996, S. 8.

151 Vgl. Tai (1998; s. Anm.149), S. 146 sowie Musa Budeiri, Hamas – vom Terror zum Wahlkampf? Die islamischen Gegner des Friedensprozesses überprüfen ihren Kurs, in: der Überblick 4/1995, S. 20.

Muslimbruderschaft nicht im nachhinein zur Verantwortung gezogen werden, anderenfalls aber die Erfolge der Hamas für sich in Anspruch nehmen zu können.<sup>152</sup>

Innerhalb weniger Monate erwuchs der PLO in den Islamisten eine ernstzunehmende Konkurrenz. Hamas war zunächst politisch und theologisch konservativ und radikalisierte sich erst im Laufe der Intifada. Ihr Führer, Scheich Ahmed Yassin, rief zum „Heiligen Krieg“<sup>153</sup> gegen die „zionistische Invasion“ auf (was auch in Art. 7 der im August 1988 veröffentlichten Hamas-Charta niedergelegt ist) und forderte ein einheitliches islamisches Palästina (so in Art. 11 der Charta).<sup>154</sup> Ludwig Watzal hierin noch ein implizites In-Frage-Stellen des Existenzrechts Israels,<sup>155</sup> doch die gegenwärtige Selbstdarstellung der Hamas liest sich als eine offene Kampfansage an die „Zionist entity“, wie dort der Staat Israel umschrieben wird, bei der es um die Rückeroberung der gesamten Landfläche des ehemaligen britischen Mandatsgebietes geht. So heißt es z. B. in der Erklärung zu der in das Emblem der Bewegung eingezeichneten Landkarte: „The map is indicative of Hamas' attitude that the conflict aims to restore (from the occupiers) the entire Palestine with its Mandate borders and that Hamas rejects the issue to be limited to the lands occupied in 1967.“<sup>156</sup> Zwar wird in dem Papier an anderer Stelle eingeräumt: „Hamas resistance against the occupation is not directed against the Jews as followers of a religion...“<sup>157</sup> Dies hilft den Juden jedoch insofern nicht viel, als Hamas zwar für die Sache des palästinensischen Volks „without discrimination between religious, ethnic groups or sects“ eintritt, aber im selben Absatz fortfährt: „It (Hamas, B.M.) also believes that the Palestinians are one people, whether Muslim or Christian.“<sup>158</sup> Demnach würden die schon vor 1948 im Mandatsgebiet ansässigen Juden nach einer „Befreiung“ nicht – wie einst Avi Primor – Angehörige dieses palästinensischen Volkes sein.

In den Dokumenten der Hamas wird die Bedeutung der Felsplatte am Boden des Felsendoms als der Ort, von dem aus Mohammed in den Himmel gefahren ist, herausgehoben, und es werden Koranverse als Begründung dafür aufgeführt, dass diese heiligen Stätten islamisch sind und bleiben müssen. Dies liest sich nahezu spiegelbildlich zu den Ansprüchen der religiösen Juden auf dieselben Orte. Die Verwandtschaft der beiden Religionen, die nicht zuletzt daher rührt, dass der Koran sich ausdrücklich auf Geschichten aus dem Alten Testament bezieht, wirkt sich insofern besonders verhängnisvoll aus, als beide dieses Land für sich als heilig reklamieren. Daher verschärfte sich die Hamas-Opposition auch gegen den Kurs der PLO, nachdem diese in der erwähnten Erklärung von Algier das Existenzrecht Israels indirekt anerkannt hatte: „Jede

---

152 Vgl. Tai (1998; s. Anm. 149), S. 146.

153 Es ist eine Interpretationsfrage, ob damit ein tatsächlicher Einsatz gewaltsamer Mittel gegen die Ungläubigen gemeint war oder nur ein „Jihad der Zunge“, vgl. Tai (1998; s. Anm. 149), S. 147, Anm. 14. In einer Selbstdarstellung der Hamas heißt es dazu: „Hamas is a Jihadi (fighting for a holy purpose) movement in the broad sense of the word Jihad.“ (zitiert nach Welcome to the Islamic Resistance Movement Hamas, [www.palestine-info.com/hamas/about/index.htm](http://www.palestine-info.com/hamas/about/index.htm), S. 1).

154 Charta der islamischen Widerstandsbewegung HAMAS (1989), in: Tophoven (1999; s. Anm. 20), S. 68f.

155 Vgl. Watzal (1998; s. Anm. 14), S. 48.

156 Welcome to the Islamic Resistance Movement Hamas, [www.palestine-info.com/hamas/about/index.htm](http://www.palestine-info.com/hamas/about/index.htm), S.2. Die Berufung auf die Grenzen des britischen Mandatsgebietes ist insofern bemerkenswert, als Hamas diesen von europäischen Mächten ausgehandelten Grenzverlauf akzeptiert, den es nur in der kurzen Zeit von 1917 bis 1948 gab, während es in der fast 1300 Jahre währenden muslimischen Herrschaft über diesen Raum keine derartige Begrenzung gab, vgl. Litvak (1996; s. Anm. 150), S. 9.

157 Welcome to the Islamic Resistance Movement Hamas, [www.palestine-info.com/hamas/about/index.htm](http://www.palestine-info.com/hamas/about/index.htm), S. 11.

158 Ebenda, S. 15.

Verhandlung über das Heilige Land der Muslime, auf dem der Staat Israel gegründet wurde, war für sie Gotteslästerung.“<sup>159</sup>

Die negative Stimmung in den besetzten Gebieten gegenüber der PLO resultierte Anfang der neunziger Jahre auch aus Arafats Solidarisierung mit Saddam Hussein im Zweiten Golfkrieg. In diesem Zusammenhang wurden 350.000 palästinensische Gastarbeiter aus Kuwait, Saudi-Arabien und den Golf-Emiraten ausgewiesen. Da sie nun arbeitslos waren, vermochten sie ihre Verwandten daheim nicht mehr finanziell zu unterstützen. Zu jener Zeit lag in den besetzten Gebieten das Pro-Kopf-Einkommen bei einem Siebtel des israelischen Niveaus. Monatelange israelische Abriegelungen verschlechterten die Lage in den besetzten Gebieten. Da die arabischen Golfstaaten außerdem ihre Zuwendungen an die PLO stoppten, geriet auch sie in finanzielle Schwierigkeiten.<sup>160</sup> Entgegen verbreiteter Hoffnungen kam es infolge der Vereinbarungen über die Teilautonomie zu keiner Verbesserung, sondern für viele der dort lebenden Menschen wurde die persönliche wirtschaftliche Lage entweder infolge der israelischen Siedlungs- und Straßenbaupolitik oder durch die immer wieder vorgenommenen neuen Abriegelungen von Jahr zu Jahr schlechter.<sup>161</sup> So betrug die Arbeitslosigkeit in den Autonomiegebieten 1999 im Durchschnitt 22 Prozent, wobei sie im Gazastreifen fast doppelt so hoch lag wie im Westjordanland.<sup>162</sup>

All das nutzte der Hamas insofern, als sie ihre gesellschaftliche Akzeptanz weniger aus den Anschlägen gegen israelische Ziele als aus den sozialen Hilfsleistungen der mit ihr verbundenen Muslimbruderschaft bezieht. Doch obwohl sie die bedeutendste Opposition gegen die PLO war, blieb sie immer in einer deutlichen Minderheitsposition.<sup>163</sup> Während beide Organisationen auf ihrer Führungsebene versuchten, sich aufgrund ihres gemeinsamen Ziels, die israelische Besatzung abzuschütteln, zu verständigen, leisteten sich ihre Anhänger vor Ort weiterhin blutige Auseinandersetzungen.

Für Hamas war es folgerichtig, die Prinzipienklärung von Oslo und die daran anschließende bescheidene Autonomiewerdung abzulehnen. Doch sie war 1994 politisch klug genug, in einer Situation, in der die Mehrzahl der Menschen in den besetzten Territorien dem, was Arafat erreicht zu haben schien, erst einmal zuzustimmen und nicht auf Konfrontationskurs zur neuen Autonomiebehörde zu gehen. Sie weigerte sich, ihre Waffen abzugeben und bestand darauf, weiterhin den Staat Israel bekämpfen zu wollen.<sup>164</sup>

Hierüber verschärfte sich ihr Konflikt mit Arafat und seiner aus Tunis mit eingereisten PLO-Entourage aufs neue. Da Arafat unter erheblichem Druck Israels – und auch der für den wirtschaftlichen Aufbau der PA maßgeblichen Geberländer – stand, der Gewalt in seinem Machtbereich ein Ende zu bereiten, verhafteten seine Polizeikräfte zahlreiche Hamas-Anhänger. Schon bald wurde berichtet, mit welcher Brutalität die – mindestens – sechs Sicherheitsdienste Arafats

---

159 Tai (1998; s. Anm. 149), S. 147f.

160 Ludwig Watzal spricht in diesem Zusammenhang sogar vom „Ruin“ der PLO, vgl. ders. (1998; s. Anm. 14), S. 49.

161 Vgl. Deutsches Orient-Institut (Hg.), Nahost-Jahrbuch 1998, Opladen 1999, S. 176.

162 Zahlen der Weltbank, zitiert nach Deutsches Orient-Institut (Hg.), Nahost-Jahrbuch 1999, Opladen 2000, S. 178.

163 Einer Umfrage nach dem schweren Hamas-Selbstmordattentat Anfang Juni 2001 in Tel Aviv ergab jedoch, dass 76 Prozent der Einwohner der Autonomiegebiete Selbstmordattentate gegen Israelis akzeptieren.

164 Vgl. Tai (1998; s. Anm. 149), S. 148.



vorgingen, um gleichermaßen seine Herrschaft im Autonomiegebiet zu festigen<sup>165</sup> wie auch die Auflagen zu erfüllen, die von Israel als Bedingung dafür genannt worden waren, in die Endstatusverhandlungen einzutreten. So stellte Hamas Arafat als den Lakaien Israels<sup>166</sup> oder als „Verräter“ und „Israels neue(n) militärische(n) Arm und ein Instrument des Staates Israel“<sup>167</sup> dar. Unbeschadet dieser Verwerfungen gab es zahlreiche Versuche Arafats, Hamas einzubinden, ja sogar im Juli 1998 das Angebot, sie an der Regierung zu beteiligen, was Hamas jedoch zurückwies.<sup>168</sup>

### 3.3 Die palästinensische Demokratie und der Ra'is

#### *Volksvertretung in der PLO*

Bei der Untersuchung des Entwicklungsstandes der palästinensischen Demokratie muss sowohl auf die PLO wie auf die PA selbst geblickt werden. Auf beiden Ebenen ist zwischen den formalen Strukturen und ihrem realen Funktionieren zu unterscheiden. Obwohl die PLO sich selbst als demokratisch darstellt, entspricht ihr inneres Machtgefüge zumindest nicht den Standards westlicher Demokratie, sondern ist von oben nach unten gerichtet. Allerdings scheint die große Mehrheit der Palästinenser dessen ungeachtet ihre Legitimität zu akzeptieren. Dabei übt die PLO als Dachorganisation kaum Einfluss auf die sie tragenden Gruppen aus. Vielmehr erhält sie ihre Stärke durch die Fatah-Führungskader, sobald diese als PLO-Repräsentanten auftreten. Sie bildeten über all die Jahre hinweg auch die Machtbasis für Arafat.<sup>169</sup>

Es lassen sich plausible Gründe benennen, die einer stärkeren Demokratisierung der nationalen Bewegung der Palästinenser im Wege standen und stehen: Direkte Wahlen des Führungspersonals und Abstimmungen über politische Zielsetzungen waren aufgrund der Verteilung der Palästinenser über die von Israel besetzten Gebiete, die arabischen Länder sowie Westeuropa und Nordamerika nicht möglich. Selbst dort, wo die Palästinenser in den Lagern quasi unter sich waren, gestatteten es die antidemokratischen und autoritären arabischen Regime nicht, ihre Vertreter im Palästinensischen Nationalrat direkt zu wählen, denn sie hätten sonst auch demokratische Wahlen für ihre eigenen Bürger zulassen müssen. Trotzdem bildeten sich innerhalb der politischen Gremien der PLO Formen eines demokratischen Pluralismus heraus. Emile F. Sahliyeh zufolge wurde die konkrete Ausgestaltung der Politik innerhalb der PLO von mächtigen und gut organisierten Interessengruppen ausgehandelt, wozu außer der Fatah insbesondere die Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) und die Democratic Front for the Liberation of Palestine (DFLP) gehören. Diese gestalteten zusammen mit einigen kleineren Gruppen über die Jahre hinweg das außenpolitische Profil der PLO „through an elaborate process of negotiation and political bargaining.“<sup>170</sup> Da auch kleinere Gruppen Sitze in den PLO-Gremien hätten, könnten auch sie dort ihre Sicht der Dinge zum Ausdruck bringen. Auch spiegelten sich „pluralism, proportional representation, and political bargaining“ in den

---

165 Vgl. Shyam Dhatia, Eine neue Tyrannei? Die Methoden von Arafats Staatsschutz ähneln denen der israelischen Kollegen, in: der Überblick 4/1995, S. 50f.

166 Vgl. Gisela Dachs, Gewalt ohne Ende? Die Zeit vom 25. November 1994, S.7.

167 So zitiert bei Watzal (1998; s. Anm. 14), S. 109.

168 Vgl. Fischer Weltalmanach '99, Frankfurt/M. 1998, S. 377.

169 Vgl. Rubin (1993; s. Anm. 143), S. 148.

170 Vgl. Sahliyeh (1995; s. Anm. 143), S. 247.

Strukturen und der Funktionsweise der drei politischen Hauptinstitutionen der PLO, dem Palästinensischen Nationalrat (PNC), dem Zentralrat und dem Exekutivkomitee wider.<sup>171</sup>

Betrachtet man diese unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Ausgereiftheit, so unterscheidet sich die PLO vom freien Spiel der Kräfte in westlichen Demokratien deutlich. Die proportionierte Sitzaufteilung im PNC entspricht eher einem ständisch strukturierten oder realsozialistischen Parlament: „(1) 20 percent of the seats are allocated to PLO military and political organizations; (2) 26 percent... to the mass organizations; (3) 44 percent ... to the representatives of the Palestinian communities, including refugee camps, Bedouin tribes, and well-known independent Palestinian personalities; and (4) the Palestine Liberation Army (PLA) is assigned 10 percent of the seats. While there are no seats reserved for the Palestinians living inside Israel proper, 180 seats are allocated to the occupied territories“<sup>172</sup>, die allerdings vor der Autonomieerlangung beim Quorum des PNC noch nicht mitgerechnet wurden.

Problematisch ist überdies, dass der PNC höchst selten zusammentritt und insofern nicht fähig ist, wie ein „full-time legislative body“ das Executive Committee, das Kabinett der PLO, zu kontrollieren. Bei diesem lag bis zur Übersiedlung Arafats in die PA die eigentliche Macht: „To a very large extent, the Executive Committee operates as a delegate decision-making structure, with members serving as representatives of the outside interest groups to which they belong rather than as spokesmen of a consensus fashioned by the PNC. This situation accounts for much of the ambiguity and deadlock that have characterized PLO policy over the years.“<sup>173</sup>

Demokratiedefizite bei der PLO könnten als nebensächlich abgetan werden, wenn die Gewichtsverlagerung zugunsten der PA und ihrer Organe, zu der es nach der Rückkehr Arafats nach Gaza und ins Westjordanland 1994 gekommen war, als dauerhaft erwiesen hätte. Dies ist jedoch immer nur bedingt der Fall gewesen, weil der PNC eine höhere Legitimität besitzt (s.u.). Außerdem wird in jüngster Zeit eine Trendwende gesehen, die mit dem Scheitern des Oslo-Prozesses zusammenhängt. „The movement's institutions of days gone by are now gathering force at the expense of the PA institutions that are dwindling away.“<sup>174</sup>

#### *Demokratieansätze in den Autonomiegebieten*

Wenden wir nun den Blick zu denjenigen, die in Palästina selbst den Kern der palästinensischen Gesellschaft bilden. In den besetzten Territorien gab es schon vor Beginn der Autonomie lokale und sektorale demokratische Strukturen: Die israelische Militärregierung hatte 1972 und 1976 in 24 Städten des Westjordanlandes Kommunalwahlen zugelassen, bei denen alle Männer und Frauen ab 21 Jahren wahlberechtigt waren. Nachdem jedoch 1976 die große Mehrheit der Neugewählten Anhänger der PLO waren,<sup>175</sup> wurden von der Militärregierung keine Wahlen mehr ausgeschrieben. Damit verschüttete Israel einen andernorts bewährter Weg zur Entwicklung einer politischen Kultur der liberal-demokratischen politischen Willensbildung.

---

171 Vgl. ebenda, S. 248.

172 Ebenda, S. 248.

173 Ebenda, S. 249.

174 Danny Rubinstein, The PLO is rising – and the PA is sinking. As the Palestinian Authority gasps for breath, the vacuum is again being filled by PLO organizations, in: Ha'aretz (Internet edition), 20. Februar 2001.

175 Vgl. Fischer Weltalmanach '77, Frankfurt/M. 1976, S. 772.

Allerdings waren auch schon während der britischen Mandatszeit zivile Clubs und Organisationen entstanden.<sup>176</sup> Nach einem Stillstand infolge der Gründung Israels einerseits und der Dominanz der PLO andererseits kam es erst seit Ende der siebziger Jahre wieder verstärkt in den besetzten Gebieten zur Gründung von Organisationen wie Gewerkschaften, Studenten-, Frauen- und Berufsverbänden, in denen Menschen, die nicht den traditionellen Eliten der vornehmen Familien angehörten, sich politisch artikulieren konnten.<sup>177</sup> „The vast majority of these institutions follow democratic procedures in the selection of leaders, holding annual elections to choose the members of their steering committees.“<sup>178</sup> Innerhalb dieser sektoralen Organisationen fand ein Wettbewerb zwischen fünf politischen Gruppierungen statt: den Anhängern der Fatah, der Volksfront, der Demokratischen Front, der Kommunisten und der Islamischen Bewegung. Während der Zeit der ersten Intifada nahm die politische Partizipation auf breiter Basis zu, wechselte aber von den Formen her auf die Ebene des „grass-roots activism“ und äußerte sich in Demonstrationen, Protesten und anderen politischen Aktivitäten.<sup>179</sup> Hierzu gehörten neben den gegen die Besatzungsmacht gerichteten Aktionen auch die erwähnten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der PLO und der Hamas über den Weg der Befreiung der besetzten Gebiete.

Aus all dem ist unschwer zu erkennen, dass sich schon weit vor den ersten palästinensischen Wahlen in den Autonomiegebieten ein breites Spektrum politischer Kräfte etabliert hatte, zum Teil mit einem hohen Organisationsgrad und – wenn man das Ziel der palästinensischen Selbstbestimmung als Maßstab nimmt – mit einem ausgeprägten demokratischen Bewusstsein in der Bevölkerung.<sup>180</sup>

Die Abhaltung von Wahlen war im Oslo-II-Abkommen vom 25. September 1995 vereinbart worden. Danach hatte die PA am 7. Dezember 1995 ein Wahlgesetz erlassen und kurz darauf den Wahltag schon auf den 20. Januar 1996 festgelegt. Aufgrund dieser kurzen Zeit wurde vor den Wahlen kein Parteiengesetz mehr erlassen, in dem Regeln für die Kandidatennominierung gestanden hätten.<sup>181</sup> Von den 674 gemeldeten Kandidaten traten daher auch nur 200 für eine Gruppe oder Partei an, die übrigen waren „Unabhängige“. Die Wahlen selbst standen unter der Einschränkung, dass Israel darauf bestand, dass die von den palästinensischen Wählerlisten vom israelischen Innenministerium genehmigt werden mussten. Dieses bestimmte auch die Zahl der zu wählenden Abgeordneten und erhöhte sie noch am 25. Dezember 1995 von ursprünglich 82

---

176 Vgl. Amal Jamal, Zivilgesellschaft ohne Staat? Das Beispiel Palästina, in: Ferhad Ibrahim/Heidi Wedel (Hg.), Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient, Opladen 1995, S. 167.

177 Vgl. Dina Craissati, Neue Soziale Bewegungen in Palästina: Zivilgesellschaft und Demokratie, in: Margret Johannsen/Claudia Schmid (Hg.), Wege aus dem Labyrinth? Friedenssuche in Nahost. Stationen, Akteure, Probleme des nahöstlichen Friedensprozesses, Baden-Baden 1997, S. 122ff.

178 Sahliyeh (1995; s. Anm. 143), S. 251.

179 Ebenda.

180 Vgl. auch Mustafa Barghouthi, An Overview of Palestinian Non-Governmental Organisations and Their Future Role, in: Muriel Asseburg/Volker Perthes (eds.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity, Baden-Baden 1998, insbes. S. 84ff.

181 Sowohl dieser übertriebene Zeitdruck wie auch das Versäumnis, ein Parteiengesetz zu erlassen, sind angesichts der Bedeutung, die gerade den ersten freien Wahlen bei der Institutionalisierung einer Demokratie zukommt, Fehler, die spürbare Nachwirkungen auf die Konsolidierung der Demokratie haben, vgl. dazu allgemein Merkel/Puhle (1999; s. Anm. 1), S. 118ff.

auf zuletzt 88. „Vor allem aber behielt sich die israelische Regierung vor, bis in die kleinsten Details hinein zu bestimmen, wie die Wahlen in Ost-Jerusalem durchzuführen waren.“<sup>182</sup>

Die Wahlbeteiligung lag mit insgesamt 79,7 Prozent einigermaßen hoch. Sie hätte noch höher ausfallen können, wäre es nicht in Ost-Jerusalem und Hebron trotz internationaler Wahlbeobachter zu massiven Wahlbehinderungen seitens der israelischen Polizei und des Geheimdienstes, aber auch zu Drohungen jüdischer und islamischer Extremisten gekommen, so dass dort die Wahlbeteiligung nur knapp 30 Prozent betrug.<sup>183</sup> Das Wahlergebnis wurde auch eine größere Zahl von internen Wahlfälschungen durch die Fatah beeinträchtigt, gegen die von den internationalen Wahlbeobachtern, allen voran denen der Europäischen Union, die nach Oslo II offiziell damit betraut worden war, ebenfalls kein Einspruch erhoben wurde. „Aus internationaler Sicht ging es bei diesen Wahlen in erster Linie um den Friedensprozess. Aus diesem Grund musste Arafat, als Garant des Friedensprozesses, die Wahlen gewinnen, was eigentlich nie in Frage gestanden hatte.“<sup>184</sup> So kam die EU-Beobachtermision nach „careful deliberation“ ihrer Führung zu dem Ergebnis, trotz einiger Abweichungen die Wahlen zum Rat und zum Präsidenten könne „reasonably be regarded as an accurate expression of the will of the voters on polling day“.<sup>185</sup>

Für das Wahlergebnis ist auch von Bedeutung, dass Hamas und zwei wichtige PLO-Gruppen, nämlich die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) unter Georges Habasch und die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) unter Najef Hawatmeh, die Wahl boykottierten.

Arafat ging mit 89 Prozent der Stimmen als *Ra'is* (Vorsitzender) aus der Wahl hervor. Seine Gegenkandidatin Samihah Khalil, eine führende Vertreterin der palästinensischen Frauenbewegung, erhielt nur elf Prozent. In dem 88 Mitglieder umfassenden Autonomierat gehören 50 Abgeordnete der Fatah-Partei an. Darüber hinaus gibt es insgesamt 35 „Unabhängigen“ und 3 Abgeordnete kleiner Gruppierungen. In einer kurz nach den Wahlen veröffentlichten Analyse heißt es, Arafat könne sich nicht nur auf seine Fatah stützen, sondern unter den „Unabhängigen“ auf 15 sogenannte Fatah-Rebellen, die zwar von ihm nicht auf die Fatah-Listen genommen worden waren, aber im Zweifelsfall ihrer Partei gegenüber loyal seien. Sieben „Unabhängige“ wurden dort als Hamas nahestehend oder sind noch oder ehemalige Hamas-Mitglieder bezeichnet, obwohl Hamas offiziell die Wahlen boykottiert hatte; und drei seien PFLP-Mitglieder oder stünden der PFLP nahe. „Damit bleiben lediglich noch 11 Unabhängige im eigentlichen Sinn übrig.“<sup>186</sup> Barry Rubin kam nach längerer Beobachtung der Arbeit des Rates zu einer etwas anderen Verteilung: Es gebe vier Gruppen von Abgeordneten, zwischen denen es von Fall zu Fall zu Fluktuationen komme. Etwa 60 unterstützten Arafat zuverlässig, darunter Führungsmitglieder der PLO, der PA und der Fatah sowie einige wohlhabende Bürger. Die meisten seien auf dem Fatah-Ticket in den Rat gekommen, einige aber als Unabhängige. Der zweiten Gruppe, die gelegentlich Arafat unterstützt, seine Politik aber auch kritisch begleitet, gehören etwa zwölf Abgeordneten an, die zum Teil noch in der Fatah aktiv sind (wie Marvan Barghouti) oder dies früher waren. Eine dritte Gruppe von ebenfalls rund zwölf

---

182 Baumgarten (1996; s. Anm. 6), S. 601.

183 Vgl. ebenda sowie Archiv der Gegenwart vom 20. Januar 1996, S. 40732.

184 Baumgarten (1996; s. Anm. 6), S. 606.

185 Zitiert ebenda.

186 Ebenda, S. 603.

Abgeordneten könne als radikale Opposition gegen den Oslo-Prozess angesehen werden, sie umfasse sieben Islamisten und fünf Linke. Die letzte Gruppe bestehe aus fünf moderaten Oppositionellen, die zwar den Oslo-Prozess unterstützten, aber innergesellschaftlich um mehr Demokratie bemüht seien, wie z. B. Hanan Aschrawi.<sup>187</sup>

Die Amtszeit des Autonomierates und des Autonomiekabinetts sollte dem Oslo-II-Abkommen zufolge am 4. Mai 1999, dem zunächst für die Ausrufung des Staates Palästina vorgesehenen Datum, enden. Mit deren Verschiebung zunächst auf den 13. September 2000, dann auf den 15. November 2000 und nun auf einen noch unbekanntem Termin bleiben die Gremien weiter bestehen, und es werden auch keine Neuwahlen des Ra'is ausgeschrieben.

Allerdings ist die bisherige Legislativfunktion des Rates inhaltlich durch die von Israel beschränkte Kompetenz der PA nicht sehr groß, darüber hinaus läßt Arafat Forderungen aus dem Parlament ins Leere laufen, wenn sie seinen Kurs stören könnten.<sup>188</sup> Und schließlich ist der Autonomierat ohnehin nicht die letzte legitimationsstiftende Instanz. Vielmehr machen seine Mitglieder nur einen geringen Teil des Palästinensischen Nationalrats (PNC) aus, der nach wie vor mehrheitlich aus Delegierten der im Exil lebenden Palästinenser besteht, jedoch nur sehr selten zusammentritt. Ihm oblag es aber, am 25. April 1996 in Gaza die Passagen über die Vernichtung Israels aus der Charta der PLO zu streichen und diesen Beschluss am 14. Dezember 1998 im Beisein von US-Präsident Bill Clinton zu bekräftigen. Und auch nicht der Autonomierat, sondern der Zentralrat der PLO entschied letztlich sowohl im April und Juni 1999 wie im September und November 2000 über die Verschiebung der Staatsausrufung.

#### *Autoritärer Regierungsstil*

Die Auffassungen über Arafats Persönlichkeit und seinen Regierungsstil gehen sowohl in der eigenen Bevölkerung wie international extrem weit auseinander. Neben dem alten Bild des Terroristen, Befreiungskämpfers und arabischen Radikalen steht im Westen insbesondere seit der Zeit, als Arafat gemeinsam mit Rabin und Peres den Friedensnobelpreis erhielt, das Bild des Friedensstifters und Politikers von historischem Format. Von den Palästinensern wurde zunächst anerkannt, daß er ihrer Sache international Gehör verschafft hat und als Integrationsfigur wirkte. „Aber Arafat galt auch als autoritär, als finanziell undurchsichtig und, bei allem diplomatischen Geschick, als wenig kenntnisreicher Aufbauplaner. Die innere Kritik an Arafat wuchs mit jedem Jahr der relativen Stagnation des Friedensprozesses.“<sup>189</sup>

Helga Baumgarten bezeichnet Arafats Regierungsstil als ein „almost classic example of *neo-patrimonial rule*“.<sup>190</sup> Sie versteht darunter ein System personaler Herrschaft, in dem einer – hier Arafat – über alles und jedes entscheidet, hierbei aber von der ihn umgebenden Entourage in hohem Maße beeinflusst wird. Die Leistung dieser Machtelite ist maßgeblich dafür, dass die Machtzentrale angemessen und flexibel auf Herausforderungen reagiert. Dabei sei das System nicht in einem diktatorischen Sinne autoritär, sondern auf die Zustimmung der Bevölkerung bedacht, die Arafat sich bisher dadurch gesichert habe, dass er als derjenige betrachtet werde,

---

187 Barry Rubin, *The Transformation of Palestinian Politics. From Revolution to State-Building*, Cambridge, Mass./London, 1999, S 29ff. und Tabelle S. 206-212.

188 Helga Baumgarten, *The Palestinian Political System: Chances for More Participation*, in: Muriel Asseburg/Volker Perthes (eds.), *Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity*, Baden-Baden 1998, S. 43.

189 Kai Hafez, *Palästina*, in: Deutsches Orient-Institut (Hg.), *Nahost-Jahrbuch 1999*, Opladen 2000, S. 176.

190 Baumgarten (1998; s. Anm. 188), S. 41ff.

dem die Menschen ihr Wohlergehen zu verdanken haben und der ihre nationalen Ziele verwirklicht. Daneben achtet der Machtzirkel um ihn herum eifersüchtig darauf, dass die Teilhabe an dieser Macht nicht auf andere gesellschaftliche Gruppen ausgedehnt wird. Das schließt nicht aus, dass der Ra'is sich darum bemüht, hoch qualifizierte Mitarbeiter handverlesen von außen zu kooptieren.

Arafat steht aufgrund seiner Doppelfunktion als Ra'is der PA und als Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO auf beiden Ebenen im Zentrum der Macht. Daher ist es auch für die Bevölkerung in den Autonomiegebieten nicht leicht zu durchschauen, ob die PLO oder die PA die höhere Legitimation besitzt.<sup>191</sup> Arafat hat die im Westjordanland und dem Gazastreifen lebenden Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO in das Kabinett der PA kooptiert und daraus ein neues Gremium gemacht, die „Palästinensische Führung“, deren 30 Mitglieder sich wöchentlich treffen. Dadurch wurden im Exil lebenden Mitglieder des Exekutivkomitees faktisch ausgeschaltet. Diese und die hinter ihnen stehenden Gruppen nehmen Arafat das zwar übel, was jedoch seine Macht innerhalb der Autonomiegebiete nicht beeinträchtigt. Zu seiner seit langem praktizierten Strategie der Machterhaltung gehört, über ein weit verzweigtes Netz von Abhängigkeiten und Loyalitäten zu verfügen<sup>192</sup> und durch Einzelgespräche einzelne Gruppierungen und Personen entweder einzubinden oder zumindest zu besänftigen, so dass er sich trotz mancher Anfeindungen, die bis zu Morddrohungen und Attentatsversuchen reichten, an der Macht halten konnte. Dabei kommt ihm außenpolitisch entgegen, dass die verschiedenen Gruppen, die schon seit dem Oslo-I-Abkommen massiv Kritik an seiner auf eine Friedensregelung mit Israel gerichteten Politik üben, und ihre Führungen untereinander zerstritten sind.

Dem autoritären Herrschaftsstil entspricht, dass die Autonomiebehörde mit einem Polizeiapparat von beachtlicher Größe ausgestattet ist. Die PA beschäftigte bereits 1997 über 30.000 Polizisten und rund 40.000 Zivilbeamte. Sie alle bekommen regelmäßig ihre Gehälter und kassieren zum Teil darüber hinaus noch Schmiergelder,<sup>193</sup> während die meisten Palästinenser entweder arbeitslos sind (1995: 25 Prozent im Westjordanland, 40 Prozent im Gazastreifen) oder sich in nicht geringer Zahl als Tagelöhner in Israel verdingen müssen, was bei den häufigen Abriegelungen der Palästinensergebiete bedeutet, dass sie nur sehr unregelmäßig über ein bescheidenes Einkommen verfügt. Da eine beachtliche Zahl der Beschäftigten der Autonomiebehörde zu den „Tunesiern“ gerechnet wird, also zu denjenigen, die mit Arafat jahrzehntelang im Exil lebten, sind Misstrauen und Missgunst gegen sie in der Bevölkerung ziemlich weit verbreitet.<sup>194</sup>

Mit in dieses Bild gehören einige Widersprüchlichkeiten des palästinensischen Systems: „Willkürverhaftungen und Folter einerseits, eine selbstbewußtere, weil international stärker beachtete Opposition als in anderen arabischen Staaten andererseits“, die Inhaftierung politischer Gefangener, ohne Anklage zu erheben, aber auch die öffentliche Demonstration mehrerer Dutzend Richter gegen die starken Interventionen der Autonomiebehörde in die Gerichtsarbeit.

---

191 Barry Rubin zitiert eine hierfür „typische“ Umfrage aus dem Dezember 1996, aus der hervorgeht, dass 18 Prozent der Befragten die PA für die legitimierte Volksvertretung hielten, über 25 Prozent die PLO und über 38 Prozent beide, vgl. Rubin (1999; s. Anm. 187), S. 93f.

192 Vgl. Gisela Dachs, Staat der Staatenlosen. Arafats Cliqueswirtschaft hemmt die Entwicklung von Markt und Demokratie, Die Zeit vom 16. Mai 1997, S. 10.

193 Vgl. schon Dachs (1997; s. Anm. 192), aber auch Edward Said in: FAZ vom 12. Oktober 2000.

194 Vgl. Watzal (1998; s. Anm. 14), S. 94.

„Rechtsfreie Räume gehören zu den größten Problemen der Gerichtsbarkeit, da nicht nur eine Verfassung, sondern auch viele ausführende Gesetze nach wie vor fehlen und die Gewaltenteilung systematisch verletzt wird.“<sup>195</sup> Dem kann weder von Arafat selbst noch von Seiten der PA argumentativ entgegengehalten werden, dass das harte Durchgreifen etwas mit dem Druck zu tun hat, den Israel ausübt, denn das würde nur Wasser auf die Mühlen derer lenken, die den Ra'is schon lange als „Lakeien Israels“ beschimpfen.

So berechtigt und notwendig es ist, Arafats Neigung zum Despotismus und den Nepotismus der „Tunesier“ sowie die damit einhergehenden Defizite an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu kritisieren, so sollte doch auch ein Argument Barry Rubins beachtet werden, das den Willen der Palästinenser zur Demokratie ins Blickfeld rückt: „Few if any state-building efforts or emerging Third World societies have ever been under such intense scrutiny and held to such high standards as the Palestinian polity. Palestinians themselves were at the forefront of investigating the PA and demanding better performance. Despite the PA's abuses and errors, the especially difficult conditions of transition made it hardly surprising that establishing the rule of law and respect for human rights was no easy task.“<sup>196</sup>

### 3.4 Arafat, das Scheitern von Camp David und die Al-Aqsa-Intifada

Die zentrale Rolle Arafats legt die Frage nahe, ob und inwieweit der Ausbruch der *Al-Aqsa-Intifada* spontan oder gesteuert war und welchen Einfluss der Ra'is auf ihr Entstehen und ihren Verlauf hatte. Diese Frage lässt sich bis auf weiteres nicht eindeutig beantworten. Das Spektrum der Spekulationen ist breit und reicht von der noch am Anfang der Intifada vom Arafat-Kritiker Edward Said geäußerten Vermutung, „ein Teil der neuen ... Intifada (sei) gegen Arafat gerichtet..., der sein Land mit falschen Versprechungen in die Irre geführt hat und sich hinter einer Batterie korrupter Beamter verschanzt“<sup>197</sup>, bis zu der Anfang März 2001 bekannt gewordenen Äußerung des palästinensischen Kommunikationsministers Imad Faluji, derzufolge der Aufstand schon seit Arafats Rückkehr aus Camp David im Juli 2000 geplant worden sei, was sofort von anderen Personen aus dem Umfeld Arafats bestritten wurde.<sup>198</sup> Ohne Zweifel war die Enttäuschung über das erfolglos zu Ende gegangene Treffen in der palästinensischen Bevölkerung wie auch bei Arafat und seinen Begleitern sehr groß. Arafat sah sich überdies von Präsident Clinton gedemütigt, dadurch dass dieser ihm öffentlich die Hauptverantwortung für das Scheitern des Gipfels anlastete, obwohl sein Lebenstraum, die Staatsausrufung, dadurch wieder in weite Ferne gerückt war.

Hatten wir in Kapitel 2.4 die israelischen Gründe für den Stillstand der Bemühungen um einen Endstatus beschrieben, so sollen hier nun die palästinensischen folgen. Aus Arafats Sicht war das Entgegenkommen Baraks in der Frage des Staatsgebietes nicht so generös, wie es auf den ersten Blick schien, denn die israelische Seite bestand darauf, weiterhin die Grenze zu Jordanien entlang des Jordan und des Toten Meeres zu kontrollieren und einige Militärbasen und

---

195 Hafez (2000; s. Anm. 189), S. 177.

196 Rubin (1999; s. Anm. 187), S. 45.

197 Edward Said, Die Wut und ihr Recht, in: FAZ vom 12. Oktober 2000. In dieselbe Richtung gehen Berichte, nach denen sich der Aufruf der Hamas zu dem am 6. Oktober 2000 begangenen „Tags des Zorns“ mit dem Slogan gegen Arafat richtete, „wer sich mit dem Kriminellen Barak trifft, erdolcht sein eigenes Volk“ (FAZ vom 7. Oktober 2000).

198 Vgl. Jerusalem Post (Internet-Ausgabe) vom 4. März 2001.

Frühwarnstationen dort zu behalten. Außerdem sollte der Rest mit den darauf befindlichen jüdischen Siedlungen dann endgültig von Israel annektiert werden. Hätte Arafat dazu Ja gesagt, so hätte er nicht nur weiterhin ein aus mehreren „Inseln“ bestehenden Gebiet erhalten, sondern dieses wäre ringsum von Israel kontrolliert gewesen. Im Streit um die Siedlungen wäre er obendrein keinen Schritt vorangekommen. Allerdings waren diese Themenbereiche nicht die einzigen Gründe für Arafats Unnachgiebigkeit.

In der Flüchtlingsfrage wollte Barak nicht das von den Palästinensern geforderte „Recht auf Rückkehr“ anerkennen. Er zeigte sich statt dessen nur bereit, aus humanitären Gründen die jährliche Rückkehr einiger Hundert Flüchtlinge im Rahmen von Familienzusammenführungen zuzulassen. Dieser Versuch, den Rechtsanspruch durch eine Geste zu umgehen, wurde durch Clintons Anregung eines internationalen Entschädigungsfonds für Arafat nicht annehmbarer. Der amerikanische Präsident berücksichtigte bei dieser Initiative überdies nicht, dass Arafat innerhalb der PLO keine Chance gehabt hätte, die Aufgabe des Rechtsprinzips zu rechtfertigen und deshalb als deren Vorsitzender in diesem Punkt nicht nachgeben konnte.<sup>199</sup>

Auch die Gegensätze in der Jerusalemfrage waren unüberbrückbar: Baraks Angebot, nur einige nicht zusammenhängende Stadtviertel von Ost-Jerusalem unter palästinensische Oberhoheit zu stellen, setzte Arafat die bekannte Forderung nach dem ganzen Ost-Jerusalem entgegen. Dennoch geriet er später in der arabischen Welt für seine Bereitschaft, über Jerusalem überhaupt mit sich reden zu lassen, in die Schusslinie. Es wurde ihm sogar erklärt, er habe keine Kompetenz, über die Zukunft Jerusalems zu verhandeln, da dies keine alleinige palästinensische Angelegenheit sei. Kurzum, Arafat erntete Kritik von allen Seiten. In dieser innen- wie außenpolitisch schwierigen Situation kam ihm Scharons Besuch auf der Esplanade des *Haram Al Sharif* gelegen: Die daraufhin einsetzende *Al-Aqsa-Intifada* mit den um die Welt gehenden Bildern Steine werfender Jugendlicher in Konfrontation mit bewaffneten israelischen Soldaten und Grenzpolizisten waren ebenso wie die große Zahl palästinensischer Opfer dazu geeignet, das Image der Palästinenser von Verhinderern des Friedens zu einem der Opfer israelischer Stärke zu transformieren.<sup>200</sup>

Daher spricht einiges dafür, dass die Palästinenser ihre gewaltsamen Aktivitäten nicht ohne Billigung durch Arafat fortsetzten: „He encouraged the continuation of the violence because he recognized that the clashes provided him with a golden opportunity to extricate himself from the difficult position he found himself confronted with in the immediate aftermath of the Camp David-II summit.“<sup>201</sup>

Nachdem sich der entsprechende Anfangserfolg eingestellt hatten, konnten – nach Auffassung des Jaffee-Centers for Strategic Studies (Tel Aviv) – zwei weitere Ziele verfolgt werden: Zum einen die Verbesserung der palästinensischen Position für zukünftige Verhandlungen durch weitere Schädigung des internationalen Images Israels; und zum anderen der Versuch, eine Internationalisierung des Konflikts mit der Option zu erreichen, weitere Parteien, die UN oder

---

199 Zur Problematik der Flüchtlingsfrage, die bei den Endstatus-Verhandlungen von Anfang an einer der schwierigsten Punkte war, vgl. auch Don Peretz, *Palestinians, Refugees, and the Middle East Peace Process*, Washington, D.C. 1993; Salim Tamari, *Palestinian Refugee Negotiations. From Madrid to Oslo II*, Washington, D.C. 1996; Elia Zureik, *Palestinian Refugees and the Peace Process*, Washington, D.C. 1996 sowie Joseph Alpher and Khalid Shikaki, *The Palestinian Refugee Problem and the Right of Return*, Cambridge, Mass. 1998.

200 Vgl. Shai Feldman, *The October Violence: An Interim Assessment*, in: *Strategic Assessment*, Vol. 3 No.3., November 2000, <http://www.tau.ac.il/jcss/c3n3p7.htm>.

201 Ebenda.



andere internationale Organisationen in die palästinensisch-israelischen Friedensbemühungen hineinzuziehen.

Die Frage, wie weit Arafat danach noch die Kontrolle über das Gewaltniveau hatte, wird in der noch aus dem November 2000 stammenden Studie des Jaffee-Centers dahingehend beantwortet, dies sei, mit einigen Ausnahmen, in denen der Mob außer Kontrolle geraten sei, etwa beim Lynchmord an den beiden israelischen Soldaten in Ramallah, oder als der Islamische Jihad eine Bombe auf dem Machaneh Yehuda Markt in Jerusalem platzierte und damit einen Anschlag außerhalb der 1967 besetzten Territorien verübte, der Fall gewesen. Als Beleg für Arafats fortbestehende Kontrolle führt sie unter anderem an, dass während des Besuchs von Bundeskanzler Schröder am 1. November 2000 nicht geschossen wurde, doch unmittelbar danach die Kämpfe wieder aufgenommen worden seien.<sup>202</sup> Eine Bestätigung für diese Sichtweise könnte der von Außenminister Fischer Anfang Juni 2001 vermittelte und von Arafat dann ausgerufene Waffenstillstand sein, der immerhin zu einer Gewaltminderung beitrug. Allerdings sollte bei der immer wieder auftauchenden Frage, ob und inwieweit Arafat Herr der Lage sei, eine Zwiespältigkeit nicht übersehen werden: Der Vorwurf, Arafat habe die Lage nicht im Griff oder ein von ihm erklärter Waffenstillstand sei nicht viel wert, kommt häufig von derselben Seite, die sonst darüber klagt, dass der Ra'is die Demokratie in den Autonomiegebieten einschränke. Diejenigen, die durch Selbstmordattentate die Gewalt über die Grüne Linie in das israelische Kernland tragen, sind Mitglieder der Hamas oder des Jihad, die gleichermaßen Israel terrorisieren als auch Arafat diskreditieren wollen. Wenn Arafat nicht das gesamte jugendliche Umfeld der Religionsführer der Hamas und des Jihad einsperren will (was er vermutlich trotz aller Geheimdienstaktivitäten auch gar nicht kann), wird es ihm nicht gelingen, das Potenzial für derartige Anschläge auf Null zu bringen. Daher wird er seine Friedenszusagen immer nur begrenzt einhalten können.

Wie weit Arafat grundsätzlich friedenswillig ist, steht auf einem anderen Blatt. Selbst wenn man ihm zugute hält, wie in diesem Abschnitt geschehen, dass er in Camp David nicht auf die Angebote Baraks eingehen konnte, weil er sie zu Hause nicht hätte durchsetzen können, so scheint es zu den Persönlichkeitsmerkmalen des Mitbegründers der Fatah zu gehören, dass er in Situationen, in denen er mit diplomatischem oder staatsmännischem Verhalten etwas erreichen könnte, in die Rolle des alten Revolutionsführers zurückfällt und damit oft genug Verhandlungen um ihren Erfolg gebracht hat.<sup>203</sup>

Bei der Beurteilung von Arafats Verhalten im Zusammenhang mit der Al-Aqsa-Intifada dürfte ein anderes Momentum noch hinzukommen. Arafat musste daran gelegen sein, dass sich die Frustration der Massen nicht gegen ihn und seine Autorität richtete. Von daher brachte die vom Sharon-Besuch ausgelöste Wutentladung gegen die Israelis nicht nur eine psychische Entlastung für all diejenigen, die sich mehr oder weniger aktiv daran beteiligten. Vielmehr bot gerade die – aus palästinensischer Sicht – „Besudelung“ eines gleichermaßen politischen wie religiösen, emotional besonders hochrangigen Symbols Arafat eine gute Gelegenheit die Reihen seiner religiös wie seiner säkular orientierten Landsleute hinter sich zu schließen. In diesem Zusammenhang hat die am Abend des 12. Oktober 2000 vom Ra'is angeordnete Freilassung von 120 zuvor als Terroristen einsitzenden Hamas-Angehörigen aus seinen Gefängnissen eine besondere Bedeutung. Damit verschaffte Arafat sich nicht nur Rückenfreiheit gegenüber der

---

202 Vgl. ebenda.

203 Vgl. Bernstein (2000; s. Anm. 27), S. 10; ähnlich auch Lothar Rühl, Fähig und bereit zum Frieden? Arafat und die PLO zwischen Befreiungsmythos und politischem Kompromiß, in: FAZ vom 6. Februar 2001.

Hamas, sondern er setzte bewusst ein Gewaltpotential frei, das sich danach nur noch bedingt kontrollieren ließ. Da er dies in einem Moment tat, in dem die israelische Bereitschaft offensichtlich war, mit aller Gewalt zuzuschlagen, kalkulierte er eine hohe Zahl von Opfern auf der eigenen Seite ein. Mit diesem Akt begrub auch er an diesem Abend den Friedensprozess.

Die auch hier gepflegte Fokussierung auf Arafat darf eines nicht vergessen machen: Seine Zeit hat ihren Zenit überschritten. Zwar stehen Personen wie Mahmut Abbas, alias Abu Mazen, der das erste Oslo-Abkommen aushandelte, und Ahmed Qreia, alias Abu Ala, der Parlamentssprecher, bereit, Arafat zu beerben. Aber sie sind „Tunesier“ und werden insofern von vielen einfachen Leuten verdächtigt, mehr das eigene Wohl als das der Allgemeinheit im Sinn zu haben. Daher dürften jüngere Leute aus dem weiteren Umfeld Arafats, wie der aus der Gegend von Ramallah stammende Führer der Tanzim-Milizen der Fatah-Jugend Marwan Barghouti, wohl größere Chancen haben, sich für die Nachfolge zu positionieren. Barghouti hat in der Al-Aqsa-Intifada eine in doppeltem Sinne strategische Position eingenommen, einerseits, indem er seine Leute so steuerte, dass die Führung – soweit es den Kampf innerhalb der Autonomiegebiete betraf – nicht auf Hamas übergang und damit für Arafat und die Fatah problematisch werden konnte, und andererseits, indem er durch ein besonders militantes öffentliches Auftreten seine Führungsansprüche sichtbar werden ließ. Aufgrund dessen könnte es sich für Arafat und seine nächste Umgebung noch als problematisch erweisen, dass sie während der ersten Monate der Intifada in Gaza blieben und damit das Westjordanland weitgehend sich selbst überließen. Dieses Machtvakuum wurde von verschiedenen PLO-Mitgliedsorganisationen, unter anderem den Tanzim aufgefüllt.<sup>204</sup>

### 3.5 Zwischenfazit: Zivilgesellschaft und Polizeistaat ohne eigenes Territorium

In diesem Kapitel wurde versucht, die Komplexität der palästinensischen Gesellschaft sichtbar zu machen, die sich hinter dem gemeinsamen Bestreben nach einem eigenen Staat verbirgt. Das augenfälligste sind die existenziellen wie auch Interessenunterschiede zwischen Flüchtlingen und den Bewohnern der Autonomiegebiete und Ost-Jerusalems. Doch auch bei den Flüchtlingen ist zu differenzieren, ob diese in Lagern leben oder in die Gastgesellschaft mehr oder weniger integriert wurden. Der zweite bedeutsame Unterschied ist der zwischen säkularen Nationalisten und Islamisten – die christliche Minderheit wurde hier nicht näher betrachtet, sie ist politisch am ehesten bei den säkularen Nationalisten demokratischer Orientierung zu finden. Während die meisten säkularen Nationalisten Anhänger des von Arafat vertretenen staatspolitischen Kurses sind, der Palästina neben Israel ausrufen will, kämpfen die Islamisten für die Rückeroberung des gesamten Gebietes zwischen Jordan und Mittelmeer. Sie stehen daher nicht nur in einem schroffen Gegensatz zu Israel, sondern auch zu Arafats Politik. Weitere Unterscheidungslinien laufen entlang dem Wohlstandsgefälle: Hier gibt es insofern mehrere, als wiederum deutlich zwischen Flüchtlingen, die nach Europa oder Nordamerika gelangt sind und dort Fuß gefasst haben und solchen, die ein Leben in Lagern fristen mussten und noch müssen, weiterhin zwischen der alten palästinensischen Elite insbesondere in den großen Städten und denen, die von einer eher kärglichen Landwirtschaft und Viehhaltung leben, sowie zwischen der Situation im Westjordanland mit Ost-Jerusalem einerseits und im Gazastreifen andererseits unterschieden werden muss. Schließlich ist zwischen zahlreichen innen- und gesellschaftspolitischen Orientierungen zu unterscheiden, die über die gesamte Bandbreite des politischen Links-Rechts-

---

204 Vgl. Rubinstein (2001; s. Anm. 174).

Spektrums reichen, auch wenn dieses nicht dem klassischen europäischen Parteienschema entspricht.

Wenn man für die erste Intifada noch – etwas vereinfacht – sagen kann, dass die sie tragenden radikalen Islamisten dort am stärksten waren, wo die wirtschaftliche Not am größten war, und dies war vor allem im Gazastreifen der Fall, scheint jetzt die Basis für die Gewaltbereitschaft breiter zu sein. Dies hängt eher mit der weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Massenarbeitslosigkeit unter den Jugendlichen zusammen als mit einer zunehmenden Islamisierung. Hamas erhält als Organisation zwar kaum mehr Zulauf, aber die Akzeptanz der von ihren Anhängern in Israel verübten Selbstmordattentate wächst und reicht weit in die säkular orientierte Bevölkerungsmehrheit hinein. Hierfür dürfte die weit verbreitete Wut und Enttäuschung über die ausgebliebene „Friedensdividende“ (nicht nur in Form der sich weiter verzögernden Staatsgründung, sondern vor allem in dem nicht eingetroffenen wirtschaftlichen Aufschwung) maßgeblich sein.

Da Arafat es verstanden hat, seinen Anteil an dieser Fehlentwicklung zu verschleiern, und Sharon und andere israelische Hardliner ihm dabei vor den Augen der Weltöffentlichkeit auch noch „geholfen“ haben, konnte der Teil der Intifada, der – wie Edward Said es für die Anfangsphase diagnostizierte – gegen den Ra'is und seinen Apparat gerichtet war, in seiner Stoßrichtung nicht nur aufgefangen, sondern auch geschickt in Richtung Israel umgelenkt werden. Das heißt, die nunmehr seit neun Monaten andauernde Intifada und die massiven Reaktionen Israels erleichterten es Arafat, durch nationalistische Appelle und die rhetorische Beschwörung alter Feindbilder von der Unzufriedenheit mit seiner Amtsführung abzulenken und innergesellschaftliche Gegensätze unter dem Teppich zu halten.

Dies führt zu der spekulativen Frage, was wohl gewesen wäre, wenn Arafat mit einem ihm selbst, aber nicht der Hamas und dem Jihad und/oder einigen Fraktionen der PLO tragbar erschienenen Ergebnis aus Camp David zurückgekehrt wäre. Auch wenn diese Frage nur sehr vage beantwortet werden kann, lassen sich aus einem solchen Szenario Hinweise auf die Friedensfähigkeit der palästinensischen Gesellschaft ableiten, die für künftige Verhandlungen bedeutsam sein dürften.

Angenommen, es wäre möglich gewesen, am 13. September 2000 (oder etwas später, aber noch vor Beginn der Intifada) den Staat Palästina mit dem um Abu Dis erweiterten, aber um einige jüdisch besiedelte Stadtviertel reduzierten Ost-Jerusalem als Hauptstadt auszurufen, der am Jordanufer über etliche Kilometer eine gemeinsame Grenze mit Jordanien besäße, und dies um den Preis, dass einerseits die von Gush Etzion und einigen anderen Siedlungen eingenommenen Gebiete endgültig verloren gewesen wären (wofür ein Tausch mit unbewohntem Gebiet Israels in Aussicht gestellt worden wäre) und Israel sich andererseits nur zur Wiederaufnahme derjenigen Flüchtlinge, die dieses Schicksal persönlich erlitten haben, nicht aber ihrer Nachfahren verpflichtet hätte – Israel hätte dann also in allen Punkten gegenüber dem, was in Camp David angeboten worden war, weiter nachgegeben.<sup>205</sup> Die Staatsausrufung selbst wäre sicher ein Ereignis gewesen, das von einer breiten Mehrheit der Menschen in Palästina als Erfolg und Triumph Arafats gefeiert worden wäre. Doch es wäre nicht zu erwarten gewesen, dass Hamas und Jihad hierin eingestimmt hätten. Vielmehr hätten sie Arafat einen Verräter genannt und geschworen, ihren Kampf gegen Israel fortzusetzen. Wahrscheinlich hätte es von Seiten der PFLP und der DFLP Proteste gegen den Formelkompromiss in der Flüchtlingsfrage gegeben.

---

205 Dieses Szenario entspricht etwa dem, was der Stand der Verhandlungen von Taba bei deren Unterbrechung Ende Januar 2001 gewesen sein soll.

Arafat hätte dann möglicherweise auf einen großzügig dotierten internationalen Flüchtlingshilfsfonds und daraus zu finanzierende Wohnsiedlungen für alle diejenigen, die in den neuen Staat Palästina zurückkehren wollen, verweisen können, wäre aber ansonsten mit Blick auf die Proteste aus den Flüchtlingslagern erst einmal zur Tagesordnung übergegangen. Angesichts der Kampfbereitschaft von Hamas und Jihad wäre er aber auf jeden Fall gezwungen gewesen, alle Verdächtigen zu inhaftieren und die Grenzübergänge streng kontrollieren zu lassen, um zu verhindern, dass irgendwo in Israel Autobomben explodieren oder Selbstmordattentäter sich mit einem Supermarkt in die Luft sprengen und Israel daraufhin wieder zu kollektiven Strafmaßnahmen greift, wozu es auch nach einer wie oben beschriebenen Staatsgründung weiterhin in der Lage sein wird.

Was lehrt dieses Szenario? Erstens wird es keinen Vertrag geben, in der ein Staat Palästina nicht in irgendeiner Weise von Israel abhängig wäre und sich deshalb nicht auf Situationen einzustellen hätte, in denen es auf Schadensbegrenzung ankommt. Zweitens wird es keinen Kompromiss mit Israel geben, der nicht auf den Widerstand islamistischer Organisationen und/oder radikaler Flüchtlingsvertreter stößt. Drittens ist es denkbar, sowohl in der Flüchtlings- wie in der Siedlungsfrage Kompensationen zu schaffen, mit denen es möglich wäre, Nachteile in einem Verteilungskonflikt auszugleichen und so z. B. aufgebrachte Flüchtlingsvertreter zu besänftigen. Viertens ist es auf diese Weise jedoch nicht möglich, diejenigen radikalen Kräfte einzubinden, die den Konflikt zwischen Israel und Palästina als einen territorialen Identitätskonflikt begreifen und ausfechten wollen.

Was bedeuten diese Erkenntnisse für die im Einleitungskapitel aufgestellten Thesen vom demokratischen Frieden? Die komplexe pluralistische Zivilgesellschaft, die sich in den Autonomiegebieten und Ost-Jerusalem entwickelt hat und mehrheitlich einen demokratischen Staat Palästina errichten will, wird hieran gegenwärtig einerseits von Israel unmittelbar gehindert, doch dies betrifft vorwiegend die Erlangung äußerer Souveränität und wichtige Bereiche des Aufbaus einer eigenständigen Wirtschaft. Sie wird andererseits hinsichtlich der Wahrnehmung der inneren Souveränität von einem zwar demokratisch gewählten, aber autokratisch herrschenden Arafat beeinträchtigt, der z. B. den Autonomierat ins Leere laufen lässt, die nächsten Wahlen hinausschiebt, mit polizeistaatlichen Mitteln durchgreift und dabei rechtsstaatliche Prinzipien missachtet. Dieses Verhalten lässt sich nur zum Teil damit begründen, dass Arafat von Israel unter Druck gesetzt wird, gegen Kräfte, die Gegner der Demokratie und Feinde des Friedens sind, hart durchzugreifen, und dies — wie in dem Szenario durchgespielt — auch dann tun müsste, wenn es zur Staatsgründung käme. Andere Aspekte des den Prozess der Demokratisierung beschädigenden Hangs zur Despotie und zum Nepotismus lassen sich indes durch nichts rechtfertigen.

Wenn, wie es These (1) behauptet, die Chancen für friedliche Streitbeilegung mit dem Demokratie-Level steigen, so könnte Arafat in einem gewissen Umfang selbst dazu beitragen, dass die innere Souveränität der Palästinenser gestärkt wird, allerdings bliebe ein Restdefizit an bürgerlicher Freiheit, das sich aus der Notwendigkeit ergibt, diejenigen Kräfte in Schach zu halten, die sich nicht mit der Existenz Israels abfinden wollen und deren Aktivitäten Israel — bisher zumindest — immer wieder herausfordern, kollektive Sanktionen gegen die palästinensischen Gebiete und ihre Bewohner zu verhängen.

Wenn hingegen, so These (2), Frieden die Voraussetzung für Demokratie ist, wäre Arafats mangelnder Respekt vor den palästinensischen Demokraten und ihren Bedürfnissen vorläufig zweitrangig, aber dessen Vorhandensein auch nicht schädlich. Allerdings wäre sein

polizeistaatliches Durchgreifen gegenüber denen, die von Palästina aus oder als Palästinenser Israel bedrohen, sogar *conditio sine qua non*, um die israelischen Anforderungen an eine friedensvertragliche Regelung zu erfüllen. Nachdem diese zustande gekommen wäre, dürfte es ebenfalls keine Amnestie für die Friedensfeinde geben, weil sonst — wie das Szenario zeigte — der Frieden wieder gefährdet wäre.

Ganz gleich, welche der beiden Variablen Demokratie und Frieden Voraussetzung für die jeweils andere ist, so zeigt die Betrachtung ihres Zusammenhangs auf der palästinensischen Seite, dass beide in einem hohen Maß von einer dritten Variable abhängig sind, nämlich dem Verhalten Israels. In These (3) wurde These (1) auf eine solche asymmetrische Konfliktbeziehung hin erweitert und behauptet, in einer solchen Konstellation hänge das Gelingen eines friedlichen Ausgleichs nicht nur davon ab, wie ausgereift und funktionsfähig die Demokratie des Stärkeren sei, sondern auch davon, welche Möglichkeiten dieser dem Schwächeren lässt, sich zu einer funktionsfähigen Demokratie zu entwickeln bzw. ob er eine solche Entwicklung sogar aktiv fördert. Hier lässt sich nun feststellen, dass die demokratiefördernden Vereinbarungen aus der Prinzipienklärung von 1993 zwar noch eine Rolle beim Oslo-II-Abkommen von 1995 spielten, doch von den israelischen Behörden im Umfeld der Wahlen vom 20. Januar 1996 nicht dem Geiste des Abkommens gemäß umgesetzt wurden. Alle seitherigen Bemühungen Israels, die Staatsgründung Palästinas hinauszuzögern, wirken sich ebenfalls negativ auf die Entwicklung der palästinensischen Demokratie aus. Indem die israelischen Regierungen gleich welcher Couleur bisher verhindert haben, dass Arafat die Richtigkeit seiner Verhandlungspolitik mit der Staatsausrufung unter Beweis stellen konnte, haben sie überdies ihr eigenes Interesse an einem „starken“ Ra'is, der Anschläge von Hamas und Jihad wirksam unterbindet, konterkariert, denn diese Gruppen könnten am ehesten dann gesellschaftlich marginalisiert werden, wenn Arafat Erfolge aufzuweisen hätte. Ähnlich irrational ist es, dass die israelischen Sicherheitskräfte nach Terroranschlägen der Hamas in den letzten Monaten palästinensische Polizeistationen beschießen oder zerstören, anstatt die Sicherheitsbeziehungen zur PA zu verbessern.

#### **4. Das Grunddefizit – Anerkennung und Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien**

In den beiden Kapiteln über die Israelis und die Palästinenser konnte gezeigt werden, welchen Einfluss friedensfeindliche Gruppierungen in den Gesellschaften haben und wie sie direkt oder indirekt dazu beitragen, dass die israelische Demokratie unterminiert und die palästinensische nicht hinreichend gefestigt wird. Wir wollen es jedoch nicht mit der isolierten Betrachtung der innenpolitischen und innergesellschaftlichen Verhältnisse beider Konfliktparteien bewenden lassen, sondern im nächsten Schritt fragen, welche grenzüberschreitenden Wechselwirkung diese Faktoren für die anfänglichen Verzögerungen und das spätere Versanden des – zumindest von den norwegischen Vermittlern intendierten – Vertrauensbildungsprozesses hatten.

Was in der euphorischen Stimmung von 1993 als Friedensprozess bezeichnet wurde, zielte zwar auf nicht weniger als einen „neuen Nahen Osten“ und insofern auf Frieden. Aber man war sich über die Schwierigkeiten, dieses langfristige Ziel zu erreichen, durchaus im Klaren, denn es sollten „die festgefahrenen Antagonismen *schrittweise* ersetzt werden durch eine wachsende Praxis und einen Ethos der Zusammenarbeit, in dem die regionale Interdependenz *schließlich*

umgesetzt wird in gegenseitiges Vertrauen...“<sup>206</sup> Das heißt, selbst für das zu entwickelnde Vertrauen<sup>207</sup> wären ein langer Atem und ein Ethos der Zusammenarbeit vonnöten gewesen.

Am Beginn dieses Prozesses stand 1993 die „Prinzipienerklärung“ und die Perspektive, zu einem „Interimsabkommen“ zu gelangen, für das mit der Formel „Gaza und Jericho zuerst“ inhaltlich ein bescheidener, aber konkreter erster Schritt fixiert wurde. Diese Verhandlungsstrategie der Vermittler war insofern erfolgsträchtig, als damit alle Punkte, die besonders strittig waren und die damaligen Gespräche überfrachtet hätten, vertagt wurden, so dass ein Abkommen überhaupt zustande gebracht werden konnte. Geradezu genial schien es, für die zukünftigen Gespräche das Ziel eines noch nicht definierten „Endstatus“ in Aussicht zu stellen und die Verhandlungen zeitlich zu befristen. Diese Kombination ließ der PLO die Hoffnung, den von ihr angestrebten eigenen Staat mittelfristig verwirklichen zu können, und er erlaubte es Israel, den innenpolitisch nicht mehrheitsfähigen Begriff „Staat Palästina“ in der Erklärung zu vermeiden. Indem man für die Übereinkunft eine Frist von fünf Jahren setzte, eröffnete man überdies eine Zeitperspektive, die hinreichend lang zu sein schien.

Von beiden Seiten ließ sich somit das gesamte Unterfangen als Wechsel auf eine Zukunft betrachten, die jede sich weiterhin so ausmalen durfte, wie sie wollte. Die Israelis mochten gern glauben, aufgrund der vorläufigen Beschränkung auf den Gazastreifen und Jericho bräuchten sie bis auf weiteres nur wenig Land zurück zu geben, um Frieden zu bekommen. Die Palästinenser sahen die Einbeziehung Jerichos als ersten Schritt zu einem das Westjordanland einschließenden Staat.

Die Entwicklung und das Gelingen eines Vertrauensbildungsprozesses hängen sehr stark von der gegenseitigen Wahrnehmung derer ab, zwischen denen eine Vertrauensbasis zustande kommen soll. Wahrnehmen kann ein Subjekt ein anderes als ebensolches aber nur, wenn es dieses als solches erkennt, und insofern *anerkennt*. Dieses Problem stellte sich zu Beginn der Geheimverhandlungen von Oslo noch nicht in voller Schärfe, weil da Menschen unterschiedlicher Nationalität primär als Wissenschaftler und insofern inoffiziell miteinander sprachen. Doch in dem Moment, in dem die Verhandlungsergebnisse mit den Unterschriften Rabins, Peres' und Arafats im Rosengarten des Weißen Hauses offiziell abgesegnet werden sollten, verlangte die israelische Regierung als Gegenleistung für die Anerkennung der PLO als alleinige Vertreterin palästinensischer Interessen, dass diese den die Vernichtung Israels betreffenden Passus aus der Charta zu streichen hätte. In diesem Akt konzentriert sich die Asymmetrie der Partner und damit auch die Asymmetrie des Anerkennungsproblems: Die Vertreterin eines Nicht-Staates sollte einen Staat dadurch anerkennen, das sie offiziell erklärte, diesen nicht länger von der Landkarte löschen zu wollen. Und dieser Staat wiederum sollte die Legitimität einer Organisation anerkennen, für diesen Nicht-Staat zu sprechen, den es nach dem Willen des anerkennenden Staates auf absehbare Zeit noch nicht geben sollte. Wenn schon auf der Ebene der Spitzenpolitiker das Anerkennungsproblem nur durch diplomatische Finessen mehr umgangen als gelöst werden konnte, wie sollte dann davon eine Initialzündung für die

---

206 So die norwegische Sozialwissenschaftlerin Marianne Heiberg in ihrer Dankesrede für den ihr für die Mitwirkung an der Einleitung dieses Prozesses verliehenen ersten Hessischen Friedenspreis 1994, in: Dokumentation Verleihung des 1. Hessischen Friedenspreises 1994, HSFK-Standpunkte November 1994, S. 12, Hervorhebungen B.M.

207 Unter Vertrauen verstehe ich eine generalisierte Erwartungshaltung dahingehend, dass man sich auf die Zusagen eines Menschen oder einer Gruppe, d. h. auf die Übereinstimmung zwischen Worten und Taten, verlassen kann, vgl. Berthold Meyer, Durch Vertrauensbildung zu Rüstungskontrolle und Abrüstung, in: HSFK (Hg.), Europa zwischen Konfrontation und Kooperation, Frankfurt/M.–New York 1982, S. 143ff.

mittlere Ebene der Politik und für die Menschen auf beiden Seiten ausgehen, die sich bis dahin teils ignoriert hatten, teils nur mit Angst, Wut und Argwohn begegnet waren?

Mit der Prinzipienklärung wurde schließlich tatsächlich etwas erreicht, das die Menschen in Israel und den besetzten Gebieten aufatmen ließ: Als Folge der Vereinbarung nahm die Gewalt zunächst deutlich ab. Außerdem wurden die Abriegelungen aufgehoben, was zig tausend palästinensischen Tagelöhnern wieder Verdienstmöglichkeiten in Israel eröffnete. Aber die anfänglichen Erwartungen waren zu hoch gesteckt, als dass sie ohne Enttäuschungen hätten eingelöst werden können. Das ist keine Besonderheit dieses Entfeindungsprozesses, sondern eher typisch für Situationen, in denen eine Wende vollzogen werden soll, die von zwei negativ aufeinander fixierten Gruppen nicht nur die Aufgabe ihrer mentalen Positionen verlangt, sondern einem Teil von ihnen, für den die Pflege der Feindschaft Lebensinhalt war, sogar die Existenzgrundlage entzieht.

Für das Nichtzustandekommen einer tragfähigen Vertrauensbasis gibt es zahlreiche Gründe. Einerseits erzeugte der Fünfjahreszeitraum lange Zeit hindurch nicht den von den Vermittlern erhofften Zeitdruck für die „Endstatus“-Verhandlungen. Darüber hinaus hatte der Begriff „Endstatus“ absichtsvoll im Dunkeln gelassen, ob aus den Autonomiegebieten nach fünf Jahren ein normaler Staat werden sollte, welche Grenzen die Gebiete oder der Staat haben sollten, sowie was aus den im Exil lebenden Palästinensern und den in den Gebieten existierenden Siedlungen werden würde. All das ermöglichte es, auf beiden Seiten den Glauben an die Erfüllbarkeit der eigenen Wunschbilder aufrecht zu erhalten, anstatt sich ernsthaft auf die Suche nach Kompromissen und einem *modus vivendi* zu machen.

Andererseits erwies sich die Fristsetzung für eine Vertrauensbildung sogar als hinderlich, denn die erwünschte Dynamik eines so komplexen Prozesses lässt sich grundsätzlich nicht in einen vorher festgelegten Zeitrahmen zwingen. Darüber hinaus kann in einer tief verwurzelten Feindschaft ein Minimum an Vertrauen nur dann entstehen, wenn die Parteien Vereinbarungen nicht nur dem Buchstaben nach erfüllen, sondern erkennen lassen, dass sie auch ihrem Geiste entsprechend handeln. Hierzu fehlt offenbar in der von geradezu obsessiven Sicherheitsbedürfnissen geprägten politischen Kultur Israels die Bereitschaft, was in zwei Bereichen besonders augenfällig wird: in der Praxis, vertraglich zugesagte Rückzugsschritte immer wieder hinauszuzögern, und in der dem Völkerrecht widersprechenden Siedlungspolitik. Beides beschädigte bei den Palästinensern das anfänglich durchaus vorhandene Vertrauen in die Bereitwilligkeit Israels, sich an Zusagen zu halten. Doch auch auf palästinensischer Seite mangelt es an dem notwendigen Verständnis für die historischen Hintergründe israelischer Ängste, was immer wieder darin sichtbar wird, dass es selbst ihren gemäßigten Führern schwer fällt, auf eine martialische Rhetorik zu verzichten. Obwohl dadurch vielleicht gewaltbereite Kräfte politisch eingebunden werden sollen, werden diese so eher bestärkt als in Zaum gehalten.

Der wahrscheinlich entscheidende Grund für das Misslingen der Vertrauensbildung liegt aber in der Struktur des Konflikts. Das den Vereinbarungen zwischen Israelis und Palästinensern über „Land gegen Frieden“ als Vorbild dienende gradualistische Konzept der Entspannung war ursprünglich für mehr oder weniger symmetrische Situationen entwickelt worden. Wenn dann die betroffenen Länder wie z. B. die USA und die damalige Sowjetunion in sich geschlossene Einheiten sind, die sich in einer deutlichen Entfernung zueinander befinden, mag es fürs erste tatsächlich genügen, dass führende Politiker und Militärs einer jeden Seite wahrnehmen, dass die Handlungen der jeweils anderen ihren Aussagen entsprechen. Der Gradualismus sollte hier jedoch erstmals auf einen extrem asymmetrischen Konflikt zwischen einer Besatzungsmacht und

der von ihr unterworfenen Entität angewandt werden, zwischen denen es durch die Arbeitsmöglichkeiten von Palästinensern im israelischen Kernland und die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, durch die Durchlässigkeit insbesondere der Altstadt Jerusalems und nicht zuletzt durch die arabischen Israelis obendrein unzählige Berührungspunkte gab.

Die den Vereinbarungen zugrunde liegende Formel „Land gegen Frieden“ spiegelt diese Asymmetrie wider. Von Israel erwarteten „die“ Palästinenser (und nicht nur die Funktionäre der PLO und der PA), dass es sich aus besetzten Gebieten *sichtbar* und endgültig zurückzieht, während die PLO und später die PA „den“ Israelis (und nicht nur der Regierung) lediglich *versprechen* konnten, Terroranschläge zu unterbinden. Diese lassen sich jedoch von der Autonomiebehörde bestenfalls innerhalb ihres Einflussgebietes verhindern, nicht aber, wenn sie von in Drittländern lebenden Flüchtlingen ausgehen. Ein weiterer, psychologisch bedeutsamer Aspekt dieser Asymmetrie kommt hinzu: Während die Abgabe von Land exakt zu messen ist, bleibt die Erfüllung des Friedensversprechens offen bis zum Beweis des Gegenteils. Dies forderte von der israelischen Seite einen Vertrauensvorschuss, der gerade dem jüdischen Volk äußerst schwer fällt, da in seinem kollektiven Gedächtnis mehr als ein Versuch präsent ist, es zu vernichten.

Wenn die Regierung Rabin/Peres 1993 trotzdem bereit war, das Vertrauensrisiko einzugehen, dann weil es gering und nicht unumkehrbar war: Erstens wurde weder Israels militärische Stärke durch das Abkommen von Oslo beeinträchtigt noch seine Fähigkeit, bei Verstößen gegen den Gewaltverzicht die in den palästinensischen Gebieten lebenden Menschen dafür kollektiv durch Abriegelung zu bestrafen. Zweitens konnte sich Israel als Friedensdividende von der Vereinbarung ein Ende der politischen und wirtschaftlichen Isolierung in der arabischen Region versprechen.

Das Abkommen verlangte demgegenüber hinsichtlich des Gewaltverzichts auf der palästinensischen Seite sowohl von denen, die in den besetzten Gebieten lebten, als auch von jenen, die weiterhin im Exil blieben, ein Maß an Selbstdisziplin und Aggressionskontrolle, wie es Arafat für all die Menschen, die ein halbes Jahrhundert lang unter ihren Widersachern auf verschiedene Weise gelitten hatten und von denen viele nicht ohne Rachedgedanken waren, ernsthaft nicht garantieren konnte. Zwar versuchte die Autonomiebehörde ihr Versprechen einzuhalten, aber um den Preis polizeistaatlicher Praktiken, die verhinderten, dass sich eine demokratische politische Kultur entwickeln konnte. Der Terror gegen die israelische Zivilbevölkerung ließ sich gleichwohl nicht völlig unterbinden.

Die Asymmetrie zeigt sich auch bei den ausgeklammerten und den Endstatusverhandlungen zugewiesenen Problemen: Ganz gleich, ob es sich um die Rückgabe Ost-Jerusalems oder die Räumung von Siedlungen oder das Einreiserecht für Flüchtlinge handelt, ja selbst in der hier nicht näher behandelten Frage der Wasserverteilung sitzt Israel immer am längeren Hebel. Damit kommt ein Verhandlungsproblem ins Spiel, das es so in symmetrischen Konfliktsituationen nicht gibt. Das Grundprinzip des *do ut des*, das ursprünglich aus einem Realtausch entwickelt wurde, wird im Kontext der Verhandlungen über die ganze Themenpalette hinweg von israelischer Seite unter der Perspektive gesehen, reale Pfänder aus der Hand geben zu müssen und dafür nur Versprechungen zu erhalten. Da es in der jüdischen Gesellschaft Israels, wie erwähnt, kaum eine Sensibilität für das von den Palästinensern erlittene Leid (vom Unrecht einmal abgesehen) gibt, nimmt der Unwille zu geben in dem Maße zu, wie der Glaube an die Versprechungen abnimmt. Dies erklärt die Verzögerungstaktik. Die Selbstwahrnehmung auf palästinensischer Seite ist eine völlig andere: Hier will die PA nur das zurückerhalten, wofür die UNO ihrem Volk einen



Rechtsanspruch zuerkannt hat. Dafür muss sie sich gegenüber den Israelis dauernd in eine Bittstellerposition begeben und verschafft sich zugleich auch noch Ärger durch diejenigen, die das ganze ehemalige britische Mandatsgebiet zurückhaben wollen. Und sie weiß, je deutlicher dieser Ärger ausfällt (etwa in Form neuer Anschläge), desto unnachgiebiger zeigen sich die Israelis.

Die Bevölkerungen beider Seiten waren von vornherein voll in den Prozess einbezogen, denn sie waren überwiegend an einem Ende der Gewalt und des von ihr ausgehenden Schreckens interessiert und insofern besonders sensibel für Fortschritte wie für Rückschläge in diesem Bereich. Allerdings nahmen und nehmen viele Menschen aufgrund der tiefsitzenden Feindschaft und der dadurch bedingten selektiven Information fast immer nur das Leid auf der eigenen Seite wahr oder empfinden das der anderen Seite zugefügte als „gerechte Strafe“. Grenzüberschreitenden Abscheu erregen daher am ehesten Situationen, in denen „unschuldige Kinder“ als Opfer zu beklagen sind.

Es wäre deshalb schon 1993 hilfreich gewesen, die Menschen in Israel und in den palästinensischen Gebieten auf die Schwierigkeiten der Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen und eventuelle Rückschläge vorzubereiten. Doch Politiker, die weit reichende außenpolitische Vereinbarungen durchzusetzen haben, die innenpolitisch umstritten sind, unterlassen es aus verständlichen Gründen, Wasser in den eigenen Wein zu gießen: einerseits müssen sie für ihr Abkommen werben und können es deshalb in seiner Qualität nicht selbst herabsetzen, um dem innenpolitischen Gegner keine Argumente zu liefern; andererseits wollen sie mit ihrem Verhandlungserfolg die nächste Wahl gewinnen, was in ihren Augen erschwert würde, wenn sie das Ergebnis nur als ersten Schritt auf einem langen Weg darstellten. Daher entspricht das damalige Versäumnis durchaus den Usancen von Demokratien, verweist aber auch auf einen kritischen Punkt im Verhältnis von demokratischer Herrschaft und Friedensfähigkeit. Die Erfahrung lehrt in diesem Zusammenhang, dass es politische Hardliner leichter haben, Friedensvereinbarungen innenpolitisch durchzusetzen, als die Vertreter von Parteien, die für einen gemäßigten außenpolitischen Kurs stehen, man denke nur an Menachim Begin, der den Friedensvertrag mit Ägypten abschloss.

Ein weiterer kritischer Punkt wird immer dann erreicht, wenn eine demokratische Auseinandersetzung mit friedensrelevanten Fragen in Populismus umschlägt: So reagierten israelische und palästinensische Politiker in den Jahren seit 1993 auf Rückschläge im Friedensprozess allzu häufig damit, dass sie den Partner des Vertragsbruchs bezichtigten oder nach Anschlägen Abriegelungen verordneten. Damit nutzten sie die Frustration in der eigenen Bevölkerung populistisch aus, anstatt sie zu dämpfen. Da die auf den innenpolitischen Effekt ausgerichteten scharfen Worte stets auch vom außenpolitischen Kontrahenten und seiner Öffentlichkeit wahrgenommen wurden, wirkten sie auch grenzüberschreitend in Situationen eskalierend, in der, um den Prozess aufrecht zu erhalten, De-eskalation angebracht gewesen wäre. Die Kollektivstrafe der Abriegelung der Palästinensergebiete produzierte überdies unmittelbar Frustrationen bei der gesamten dortigen Bevölkerung und schädigte unmittelbar all jene und ihre Familien, die darauf angewiesen waren, in Israel zu arbeiten. Sie waren somit weder ein Mittel, in der PA eine positive Stimmung für den Friedensprozess aufrecht zu erhalten, noch, die Aktivisten der Hamas gesellschaftlich zu isolieren. Mit ihren rhetorischen wie materiellen Überreaktionen zeigten somit viele Politiker beider Seiten, wie gering ihr Wille war, in den Vertrauensbildungsprozess zu investieren.

Ein weiteres Problem kommt hinzu: In einer tendenziell aufgeheizten Stimmung werden diejenigen, die sich grenzüberschreitend um Ausgleich und Versöhnung bemühen, als sicherheitsgefährdend diffamiert und in ihrer Arbeit behindert. Dies war vor 1993 so, als israelischen Politikern direkte Kontakte zur PLO verboten waren und die Knesset dieses Gesetz erst aufheben musste, damit die Oslo-Verhandlungen straffrei stattfinden konnten. Es war dann sieben Jahre lang meistens erheblich besser. Doch seit dem Herbst 2000 ist es für die Friedensbewegungen beider Seiten wieder sehr schwer, sich gegenüber dem „Kriegsgerölle“ bemerkbar zu machen.

Dies führt noch einmal zurück zu der Frage nach der wechselseitigen Bedingtheit von Demokratie und Frieden. Sowohl in Israel wie in der PA ist der Kern jener politischen Kräfte, die gegen einen friedlichen Ausgleich mit der anderen Seite agieren, zugleich auch demokratiefeindlich eingestellt oder stehen zumindest den Grundgedanken einer pluralistischen Demokratie fern. So unterschiedlich ausgereift die beiden Demokratien auch sind, so leiden sie an einem sehr ähnlichen Mangel: Dieser besteht darin, dass sie diesen Gruppen, die überwiegend mit religiösen Begründungen und letzten Endes mit Gewalt gegen ein friedliches Neben- oder gar Miteinander von Juden, Moslems und Christen vorgehen, zu viel Handlungsspielraum gewähren und damit zulassen, dass sie Vertrauensprozesse zerschlagen. Religionsfreiheit ist zwar ein wichtiger demokratischer Wert. Er kann in einer Demokratie aber nur dann eingelöst werden, wenn diejenigen, die diese Freiheit in Anspruch nehmen, dies im Geiste wechselseitiger Toleranz tun. Dies betrifft nicht nur Glaubensinhalte, sondern muss auch für territoriale Ansprüche gelten, die mit der Glaubensgeschichte verknüpft sind. Demokratien haben daher um ihrer Selbstbehauptung willen das Recht, sich gegen die Bevormundung durch Geistliche einzelner Religionen wie auch gegen lokale Exklusivitätsansprüche, die über unmittelbare Orte der Religionsausübung hinausgehen, zur Wehr zu setzen. Da sie sich damit zugleich gegen die stärksten Friedensfeinde zur Wehr setzen, schaffen sie gleichermaßen bessere Vorbedingungen für Frieden und sichern den Bestand oder den Aufbau der Demokratie ab. Dieser Zusammenhang macht auch deutlich, dass sich die Frage nach der bestimmenden und der abhängigen Variablen im Verhältnis von Demokratie und Frieden zumindest für die Dyade Israel – PA nicht zeitstabil beantworten lässt.

Zwar ist jede Demokratie primär selbst dafür verantwortlich, zu ihrer Festigung beizutragen und Erosionserscheinungen zu stoppen. Doch dürfen wir die asymmetrische Konstellation zwischen Israel und der PA nicht vernachlässigen. Deshalb hatten wir in der vierten These des Eingangskapitels darauf hingewiesen, dass die stärkere Seite der schwächeren dabei helfen könne, die Friedensfeinde unschädlich zu machen, indem sie in ihrem eigenen Einflussbereich damit anfangen.

Wenn also ein Teufelskreis der Eskalation dadurch befördert wird, dass diejenigen, die aus dem Fortbestand einer spannungsgeladenen oder sogar gewalthaltigen Beziehung Nutzen ziehen, gewollt oder ungewollt über die Konfliktlinie hinweg einander in die Hände arbeiten, müssen Demokraten und um Frieden Bemühte grenzüberschreitend kooperieren, um diesen Kreis zu durchbrechen und ihre Ziele zu erreichen.

Da es auf israelischer Seite organisierte Friedensstörer in Form der militanten Siedlerbewegungen und der „Transferpartei“ gibt, könnte deshalb die israelische Regierung, wenn ihr ernsthaft an einer Entspannung des Verhältnisses zur PA läge, so, wie sie 1994 die extremistischen Siedlerbewegungen Kach und Kahane Chai verboten hat, weitere Verbote aussprechen und alle von solchen Gruppen illegal errichteten Siedlungen auflösen. Sie hätte dann auch bessere

Argumente, um von der palästinensischen Seite ein entschiedeneres Vorgehen gegen Hamas und Jihad zu verlangen und könnte auf diesem Wege mit dazu beitragen, den Aufbau einer pluralistischen Demokratie in Palästina zu fördern.

## Anhang

*Dan Bar-On<sup>1</sup>*

### **Es wird Zeit, sich zu entscheiden**

Die jüdisch-israelische Gesellschaft muss jetzt entscheiden, was ihre Ziele als Gesellschaft sind. Dies weiter hinauszuschieben wäre schon eine falsche Entscheidung, denn es würde früher oder später zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Desintegration führen, selbst wenn wir militärisch in der Lage sind, eine Weile zu überleben. In diesem Sinne gleicht das schreckliche Bild der Hochzeit in der Versailles-Halle in Jerusalem, in der die Gäste gerade tanzten, als der Boden unter ihnen wegbrach,<sup>2</sup> unserer Situation als Gesellschaft. Wir fahren mit dem Tanzen fort als wäre alles ganz normal, während der Boden schon kracht und bald unter unseren Füßen verschwinden wird. Heute hilft uns unser gewaltsamer Kampf mit den Palästinensern (und ihr Kampf gegen uns) dabei, Entscheidungen zu vermeiden. Doch meines Erachtens droht der israelischen Gesellschaft die Hauptgefahr nicht von außen, denn auch hundert Hamas-Selbstmordattentäter können Israel nicht zerstören. Die Gefahr kommt von innen und hat mit der Unentschiedenheit unserer Gesellschaft zu tun, begleitet von endlosen Bemühungen, eine gemeinsame Basis zwischen den streitenden Gruppen zu finden, die die Gesellschaft auseinanderreißen.

Im jetzigen Zwielficht treten die Gruppen, die klare Ziele haben, deutlicher hervor: Die Palästinenser kämpfen für ihre Unabhängigkeit und die jüdischen Siedler versuchen dies zu verhindern und ziehen uns alle mit sich. Die orthodoxen Juden kämpfen für einen religiösen Staat und die russischen Einwanderer für mehr politische Macht. Die zionistische, säkulare Öffentlichkeit, aus der Israel hervorgegangen ist, stottert, ist durcheinander und versteinert. Seit der Ermordung Rabins demonstriert sie Hilflosigkeit, die seit Baraks selbst verschuldeter Niederlage und dem Ausbruch der Gewalt im Oktober 2000 noch deutlicher wird. Die gegenwärtige Krise kann aber in eine Chance verwandelt werden, um die Mitte auf der Grundlage der zionistischen säkularen Mehrheit neu zu bestimmen. Wenn sie eine führende Rolle bewahren will, muss sie sich dazu entschließen, auch um den Preis einer harten Auseinandersetzung, ihre Ziele klar und sofort neu zu bestimmen. Es geht um die wichtigsten Ziele der kommenden Jahrzehnte und darum, welche Ziele aus ihrer Sicht für das Überleben des Staates Israel essentiell sind. Wenn dieser Teil der israelischen Gesellschaft nicht aktiv wird, werden andere für ihn entscheiden, vielleicht um den Preis, den gemeinsamen Weg zu verlieren. Kennzeichnend hierfür ist es, dass anstelle eines Streits um Ziele persönliche Machtkämpfe treten, kaum noch Kommunikation zwischen Politikern und der breiten Öffentlichkeit stattfindet und die Distanz zwischen Arm und Reich größer wird, ebenso wie zwischen dem Zentrum und der Peripherie.

Welchen Hauptfragen muss sich diese Gruppe bei dem Bemühen um eine Neuausrichtung ihrer Ziele stellen? Erstens brauchen wir einen Staat, der klar bestimmte, verteidigungsfähige und international anerkannte Grenzen hat. Die Rückkehr zu den Grenzen von 1967 (mehr oder weniger) ist nicht nur Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen uns und den Palästinensern, wobei wir nicht warten sollten, bis sie bereit sind, mit uns darüber zu reden. Diese

---

1 1999 erschien von Dan Bar-On das Buch „The Other Within Us“: Changes in the Israeli Identity from a Social Psychological Perspective, Beer Sheva.

2 Anm. d. Übers.: Dieses Unglück mit über 20 Toten und 300 Verletzten ereignete sich am 25. Mai 2001.

Frage bedarf auch einer klaren Entscheidung zwischen der Mehrheit der israelischen Gesellschaft und den Siedlern und ihren Förderern. Sie schließt eine generelle Entscheidung darüber ein, wie wir unsere nationalen Ressourcen nutzen wollen. Die Siedlungen brauchen nicht nur einen ständigen und massiven Militärschutz, sondern verbrauchen einen großen Teil unserer wirtschaftlichen Ressourcen, der anderenfalls in das Erziehungs- und Gesundheitswesen und die weitere Industrialisierung des israelischen Staatsgebietes investiert werden könnte. Vierunddreißig Jahre der Besetzung und Kontrolle einer anderen nationalen Gruppe haben die Legitimität dieses Verhaltens nicht vergrößert, weder in unseren Augen noch in denen der Welt. Schlimmer noch, die Besetzung hat uns korrumpiert und uns gleichgültig werden lassen gegenüber uns selbst und dem Leid unserer Nachbarn. Sieht man die Slogans der Siedlerdemonstrationen der vergangenen Woche „Tod den Arabern!“, und die Art und Weise, wie ihre Jugendlichen die Araber demütigen, wo sie nur können, so gelangt man zu dem Schluss, dass wir unter uns eine faschistische und rassistische Gruppe haben heranwachsen lassen, die Ähnlichkeit mit den Neo-Nazis in Europa oder der Hamas in Gaza hat. Der einzige Unterschied ist, dass sie sich stark auf den Schutz der IDF stützen können, die eigentlich aufgestellt war, um Israel zu verteidigen, nicht aber diese Gruppen. Das Bild eines grinsenden Soldaten, der beobachtet, wie Siedler arabische Felder abbrennen, nachdem ein Baby verletzt worden war, sollte uns alle erschüttert haben. Die Tatsache, dass es gleichgültig akzeptiert wurde, zeigt, wie weit wir vom Wege abgekommen sind.

Zweitens müssen wir entscheiden, was für einen Staat wir innerhalb dieser endgültigen Grenzen haben wollen. Ich bin davon überzeugt, daß wir einen demokratischen Staat mit einer jüdischen Mehrheit wollen, die die Minderheiten, die innerhalb seiner Grenzen leben, respektiert. Deshalb wird Israel die meisten der palästinensischen Flüchtlinge nicht absorbieren können, selbst wenn es moralisch seinen Anteil an der Entstehung dieses Problems anerkennen wird und auch sollte. Wir müssen aber den Unterschied zwischen einer notwendigen moralischen Anerkennung und finanziellen Beteiligung an der Lösung des Problems und unserem Bedürfnis, eine jüdische Mehrheit im Staate Israel auf absehbare Zeit zu bewahren, klarstellen. Wenn ich sage, jüdische Mehrheit, dann meine ich nicht notwendigerweise einen jüdischen Staat im religiösen oder nationalen Sinn. Wir müssen nach kreativen Wegen suchen, damit die Minderheiten, die bei uns leben, in unseren Symbolen, Sprachen, Feiertagen und Institutionen Anknüpfungspunkte für ihre Form der nationalen Identifikation finden können. Eine solche Entscheidung erfordert zuallererst einen grundlegenden Wandel in unseren Beziehungen zur Minderheit der israelischen Araber, deren Rechte und Leiden wir über Jahrzehnte zu Unrecht ignoriert haben. Es war vor allem unsere Einstellung ihnen gegenüber, die ihre Führung so militant hat werden lassen, wie sie heute ist.

Zum dritten müssen wir die Beziehung zwischen religiösen und säkularen Juden in Israel neu bestimmen. Wiederum, es ist das Recht der säkularen Mehrheit den eigenen Weg und die eigenen Bedürfnisse zu definieren und dabei diejenigen der Angehörigen der religiösen Minderheit zu berücksichtigen, um eine gemeinsame Basis für ein Zusammenleben und für die Verantwortung für den Staat zu entwickeln. Dazu gehört insbesondere die Ausdehnung des nationalen Wehrdienstes auf alle und die Teilung der Kosten für die Ausbildung der Jugendlichen, damit sie später ihren Teil zur wirtschaftlichen Gesamtleistung beitragen. Die Anerkennung der besonderen Bedürfnisse der Religiösen darf nicht das Recht der säkularen Mehrheit berühren, über ihre Heirats- und Scheidungsangelegenheiten und Beerdigungen selbst zu entscheiden, ihre Feste zu feiern und ihre Einstellung zur Rolle der Frauen in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen.

Das vierte Ziel, das die zionistische Mitte neu zu definieren hat, betrifft die Beziehung des gesellschaftlichen Zentrums zur Peripherie einschließlich einer drastischen Verringerung des Abstandes zwischen den Armen und den Reichen in diesem Land. Ich verstehe darunter nicht nur die geografische Unterscheidung des Zentrums (Tel Aviv–Jerusalem) von den ländlichen Randgebieten, obwohl es zum Teil auch in diesem Sinne zutrifft, sondern es geht mir um die Verteilung von politischer und wirtschaftlicher Macht in der Gesellschaft. Wir sind eine kleine Gesellschaft mit wenig natürlichen Ressourcen und können uns keinen Graben zwischen Armen und Reichen leisten, wie dieser in den USA existiert. In den letzten drei bis vier Jahrzehnten haben wir zunehmend korrupte Normen des Machtstrebens und einen Mangel an sozialer Verantwortung entwickelt. Damit haben wir uns von der ursprünglichen zionistischen Vision weit entfernt. Etwas von der Bescheidenheit wieder zu beleben, die die zionistische Gründergeneration auszeichnete, würde uns gut anstehen. Hier ist viel zu tun, im Erziehungswesen ebenso wie in der Sozialpolitik, in der Offenheit für Vielfalt, was eine Umschichtung der Ressourcen entsprechend der veränderten Prioritätensetzung bedeuten würde. Wir müssen dabei entscheiden, ob wir auf das Niveau eines Dritt-Welt-Staates abrutschen oder dafür kämpfen wollen, zu den hoch entwickelten Ländern zu gehören. Dies sollte Ergebnis unserer Taten und nicht der moralischen Schuld sein, die die Welt uns gegenüber noch fühlt.

Das ist wahrscheinlich noch nicht das Ende der Liste von Zielen, die wir neu definieren sollten, aber sie ist umfassend genug, um eine Diskussion anzustoßen, die jetzt begonnen werden muss und nicht vertagt werden darf. Als nächstes sollte zu jedem dieser Punkte Stellung bezogen und eine moralische und politische Führung gebildet werden, die sich für die sofortige Umsetzung dieser Ziele einsetzt, nicht im Sinne eines persönlichen Machtkampfes, sondern für eine umfassende Erneuerung unseres Gesellschaftsvertrags. Sein Fehlen überlässt die gesellschaftliche und politische Bühne den Extremisten, deren partikuläre Zielsetzungen den Staat in Stücke reißen und ihn innerhalb kurzer Zeit desintegrieren wird. Mich stört besonders die gegenwärtige Schwäche derer, die schon vor langer Zeit hätten helfen können, eine solche erneuerte Gesellschaftsvision zu schaffen. Sie scheinen es heute vorzuziehen, anderen diesen Job zu überlassen. Damals vertrauten sie zunächst darauf, dass die Palästinenser sich nach Oslo „nett verhalten“ und dadurch die rechtsradikalen Machtpositionen sich von selbst auflösen würden. Jetzt, nachdem sie von den Palästinensern „enttäuscht“ sind, wollen sie internationale Interventionen, die für sie politische Probleme beilegen sollen. Andere träumen von einem „allgemeinen Krieg“, der das langsame Auszehren beendet, das sie nicht mehr aushalten. Gemeinsam ist diesen Tendenzen ein Gefühl der Hilflosigkeit und die fehlende Bereitschaft, den notwendigen internen Kampf um eine Neubestimmung der Ziele zu beginnen. Diese neuen Ziele sollten klären, wie der Zionismus in Zukunft beschaffen sein soll, nicht entlang einer bestimmten Denkrichtung oder einer gegebenen Tradition, sondern dem entsprechend, was der Staat Israel in seinen 53 Jahren in guter wie in schlechter Hinsicht geschaffen hat.

*(aus dem Englischen übertragen von Berthold Meyer)*